



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



3
—
19

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

als symbolisches Bild zierte dieses Mal ein Foto der Glienicker Brücke das E&P-Cover. Sie verbindet Berlin und Brandenburg und war während der deutschen Teilung ein prominenter Ort, an dem zum Beispiel Agentenaustausche stattgefunden haben. Das ausgewählte Bild vom 11. November 1989 zeigt zwei Tage nach der Grenzöffnung den nach Jahrzehnten der Verödung wieder einsetzenden deutsch-deutschen Grenzverkehr. Der Brückenschlag von der Geschichte zur Gegenwart steht daher ganz im Mittelpunkt dieses Heftes.

Dreißig Jahre nach dem Fall der Mauer ist die Aufarbeitung der Trennung und ihrer Folgen noch keineswegs an einem Ende angelangt. Wir haben daher die Direktorinnen und Direktoren von fünf Landeszentralen und der Bundeszentrale für politische Bildung zu ihren persönlichen Erlebnissen und ihrer Perspektive auf den Umgang mit 1989/90 befragt. In den Beiträgen von Philipp Springer und Ludwig Unger geht es um das Schicksal von geschleiften Orten und Zwangsumsiedlungen in der DDR sowie um interessante Einblicke in die Aufgaben und Karrierechancen von weiblichen Arbeits- und Führungskräften im MfS.

Nicolas Schillinger erinnert an ein Ereignis, das 1989 noch vor dem Fall der Mauer die Weltöffentlichkeit beschäftigte und heute angesichts der Demokratiebewegung in Hongkong wieder ganz aktuell erscheint: die Massendemonstrationen auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking und ihre gewaltsame Niederschlagung.

Über unterschiedliche Deutungsweisen des Attentatsversuchs auf Hitler am 20. Juli 1944 haben wir mit der Enkelin Claus Schenk Graf von Stauffenbergs, Sophie von Bechtolsheim, gesprochen. Michaela Karl und Monika Rox-Helmer beschäftigen sich schließlich mit den Ereignissen der kommunistischen Münchner Räterepublik und der Frage, wie man anhand von historischen Romanen Geschichte im Unterricht spannend machen und zugleich geschichtliche Kompetenz vermitteln kann.

Last but not least: Auch ein historisch-biographisches Rätsel können Sie wieder lösen – so viel können wir schon verraten: Dieses Mal geht es um eine Frau.

Wir wünschen eine interessante und im besten Fall auch unterhaltende Lektüre!

Die Redaktion

Autorinnen und Autoren dieses Heftes

Dr. Michaela Karl ist Lehrbeauftragte für politische Theorie an der Hochschule München und widmet sich neben ihrer wissenschaftlichen Arbeit den Biographien bayerischer Persönlichkeiten.

Dr. Monika Rox-Helmer arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Didaktik der Geschichte der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz ist Historiker und Direktor des Willy-Brandt-Zentrums für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław / Polen sowie Lehrstuhlinhaber für Zeitgeschichte am selben Zentrum.

Dr. Nicolas Schillinger ist Sinologe und Gastprofessor am Institut für Chinastudien der FU Berlin.

Prof. Dr. Rainer F. Schmidt ist Professor für neueste Geschichte und Didaktik der Geschichte an der Universität Würzburg.

Dr. Philipp Springer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.

Dr. Ludwig Unger leitet das Referat „Bayern“ der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.



@lz_bayern

Die BLZ ist ab sofort auch auf Twitter zu finden!

Folgen Sie unserem Account unter @lz_bayern, um immer auf dem neusten Stand über unsere aktuellen Projekte zu bleiben.



Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: landeszentrale@blz.bayern.de, Stichwort: Einsichten und Perspektiven. Hier können Sie auch ein kostenloses Abonnement der Zeitschrift beziehen.

Inhalt



Zeitenwende – Erinnerungen an das Jahr des Mauerfalls 1989 4

„Die Genossinnen arbeiten doch am zuverlässigsten“ 12

Frauen im Ministerium für Staatssicherheit

von *Philipp Springer*

Oft ist nur ein Gedenkstein geblieben 24

Umsiedlungsaktionen in der Zeit der DDR und geschleifte Orte an der Grenze zwischen Bayern und Thüringen

von *Ludwig Unger*



Tian'anmen 32

Die demokratischen Massenproteste in Peking am 4. Juni 1989

von *Nicolas Schillinger*

„Was macht Leute innerlich so frei – auch in einer Diktatur eigene Entscheidungen zu treffen?“ 44

Ein Interview mit Sophie von Bechtolsheim zur aktuellen Diskussion über ihren Großvater Claus Schenk Graf von Stauffenberg



Wer war es? 49

Ein historisch-biographisches Rätsel

von *Rainer F. Schmidt*

Der deutsche Überfall auf Polen. Der Auftakt zum Vernichtungskrieg (1939–1941) 52

von *Krzysztof Ruchniewicz*



Historische Jugendromane im Geschichtsunterricht – ein Medium zur Demokratieverziehung? 60

von *Monika Rox-Helmer*

Zwischen Utopie und Kommunismus: Die Münchner Räterepubliken 66

Teil II: „Es lebe die Weltrevolution!“ – Die Kommunistische Räterepublik

von *Michaela Karl*

Frauen in Bewegung 74

Zeitenwende

– Erinnerungen an das Jahr des Mauerfalls 1989

2019 blickt Deutschland auf 30 Jahre deutsche Einheit zurück. Die Bilanz fällt überwiegend positiv aus – doch fehlt es auch nicht an kritischen und nachdenklichen Stimmen, die darauf hinweisen, dass der Transformationsprozess noch lange nicht abgeschlossen sei. Die großen politischen Entwicklungen – aber vor allem auch die individuellen Geschichten der Menschen stehen daher im Mittelpunkt der politischen Bildungsarbeit im Gedenkjahr 1989/90.

Auf die Frage, wie man den 9. November 1989 verbracht und wie man die Nachricht vom Fall der Mauer erlebt habe, kann auch dreißig Jahre später so gut wie jede und jeder eine Antwort geben. Die Eindrücke von damals erscheinen weit weg – und sind überlagert von vielen Erfahrungen und Erlebnissen aus den letzten drei Jahrzehnten.

Die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung begleiten und unterstützen diesen Prozess in ihrer Arbeit für Demokratie und politische Teilhabe seit drei Jahrzehnten ganz intensiv. In den folgenden Kurzinterviews erzählen zwei Direktorinnen und vier Direktoren ihre persönlichen Erfahrungen mit dem 9. November

1989 und ziehen eine kurze Bilanz der vergangenen drei Jahrzehnte.

Da ein Bild oft mehr sagt als tausend Worte, haben wir sie gebeten, ein Bild auszusuchen, das für sie für die Deutsche Einheit steht. Das Ergebnis ist sehenswert – und sehr unterschiedlich.

Die einzelnen Zentralen setzen ganz verschiedene Schwerpunkte in der Auseinandersetzung mit der Geschichte und der Gegenwart der deutsch-deutschen Verhältnisse, aber alle sind sich einig darin, dass Freiheit als hohes Gut der Demokratie bewahrt und verteidigt werden muss.



Trabis am Grenzübergang Schirnding, 1989
Abbildung: Sven Simon/Süddeutsche Zeitung Photo

Die Redaktion von Einsichten&Perspektiven möchte Sie, liebe Leserinnen und Leser, einladen, uns zu erzählen, wie Sie den 9. November 1989 erlebt haben.

Ausgewählte Einsendungen werden im nächsten Heft veröffentlicht.



Dr. Martina Weyrauch

Landeszentrale: **Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung**
Alter: **61**
Geboren in: **Berlin Lichtenberg**



Die Glienicker Brücke verbindet Berlin mit Brandenburg; in den Zeiten der deutschen Teilung fand hier der Austausch von Agenten statt.

Fotos: LZ Brandenburg (li.); picture alliance/Fotograf: Jochen Eckel (re.)

Dieses Foto steht für mich für die Deutsche Einheit, weil... die Glienicker Brücke 1961 zum Symbol der Trennung (Agentenaustausch) wurde. Jetzt verbindet sie Berlin und Brandenburg. Das Landschaftsensemble um die Brücke wurde von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt.

So habe ich den 9. November 1989 erlebt: Am Abend des 9. November 1989 sah ich mit Freunden in Berlin Lichtenberg (also im Ostteil) im Westfernsehen die spektakuläre Pressekonferenz. Ich verstand die Aussagen Günter Schabowskis so, dass alle, die weg wollten, jetzt auch direkt über Westberlin gehen könnten. Da ich nicht gehen wollte, ging ich mit meiner Tochter (sieben Jahre) schlafen. Später klingelten die Nachbarn bei mir (wir waren zwölf Parteien im Haus) und wollten mich überreden, mit nach Westberlin zu kommen. Ich war fest davon überzeugt, wer rüber geht, der wird nicht wieder zurückgelassen. Alle wollten ihre Kinder im Bett lassen und nur mal rüber schauen. Ich hielt alle für naiv und verantwortungslos. Ich blieb da, mit einem Berg von Schlüsseln und zahlreichen schlafenden Kindern im Haus. Ich saß mutterseelenallein vor dem Fernseher, wo sich die jubelnden Menschen in den Armen lagen. Ich weinte stundenlang vor Freude. Gott sei Dank kamen alle Nachbarn zu ihren Kindern zurück. Zwei Tage später machte meine Familie bei unseren Verwandten in Berlin-Lichterfelde ein Freudenfest. Mit ordentlichen Visa fuhren wir hin. Die Mauer hatte unsere große Familie geteilt und es wurde ein unvergesslicher Tag.

Ich persönlich habe mir 1989 politisch erhofft, dass ... jetzt die volle Palette der Grund- und Menschenrechte auch für uns gilt. Ich war für eine temporäre Zweistaatenlösung. Daran mitzuwirken, die DDR dann geordnet und erhobenen Hauptes in die deutsche Einheit zu führen, das war mein Ziel.

So eingetroffen? Es ist teilweise so eingetroffen. Ich habe 1989 intensiv in mehreren Arbeits-/Untersuchungsgruppen mitgearbeitet. Es ging um die Rehabilitierung verwaltungsrechtlich, arbeitsrechtlich und strafrechtlich Verfolgter. Ich war Referentin im Ministerrat des MP Lothar de Maizière und verantwortlich für die völkerrechtlichen Fragen der Deutschen Einheit und Teil der Arbeitsebene der Zwei-plus-vier-Verhandlungen.

Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung setzt in ihrer Arbeit zur Deutschen Einheit vor allem auf... die Bedürfnisse der Brandenburgerinnen und Brandenburger. Zahlreiche freie Träger haben unterschiedliche Formate und Angebote geplant (Gesprächsreihen, Filme, ein Wendejahrmarkt). Es wird sehr bunt, fröhlich, aber auch nachdenklich.

Der beste Film, den ich zum Thema Einheit gesehen habe, heißt „Gärtner führen keine Kriege“. Die preußischen Schlösser und Gärten entlang der Havel sind heute UNESCO-Weltkulturerbe und einmalige Kulturlandschaft. 1961 wurden die Gärten im Grenzgebiet zwischen Potsdam und West-Berlin zu einem Schauplatz des Kalten Krieges: Mauer, Grenzzäune und Todesstreifen zerstörten über 35 Hektar der historischen Parkanlagen. Die Gärtner hielten über die Grenze hinweg Kontakt und versuchten soviel wie möglich zu retten. Man kann ihn z.B. unter <https://www.rbb-online.de/doku/f-g/gaertner-fuehren-keine-kriege.html> [Stand 30.09.2019] ansehen.

Das beste Buch, das ich zum Thema gelesen habe: Maxim Leo: „Haltet Euer Herz bereit“, weil es in sehr empathischer Weise sich familiär an das Thema heranwagt und jegliche Stereotype vermeidet.

Was können die Deutschen durch die Erfahrung der Friedlichen Revolution/den Prozess der Einheit international einbringen? Die Deutschen können international einbringen, dass eine friedliche Revolution möglich ist. Sie sollten sich eingestehen, dass das Ziel der inneren

Einheit bisher zu einfach formuliert wurde und vor allem viele Westdeutsche daran nicht interessiert sind. Wir sollten die Vielfalt Deutschlands feiern und die Perspektiven unterschiedlichster Art genießen. Ein buntes, offenes, vielfältiges Deutschland muss unser Ziel sein.

Dr. Alexander Jehn

Landeszentrale: **Hessische Landeszentrale für politische Bildung**
Alter: **54**
Geboren in: **Fulda**



Die ehemalige deutsch-deutsche Grenze zwischen Hessen und Thüringen. Heute befindet sich hier die Gedenkstätte „Point Alpha“.

Fotos: privat

Dieses Foto steht für mich für die Deutsche Einheit, weil... ich jetzt den Zaun zwischen Rasdorf und Geisa in der Rhön bei Point Alpha von beiden Seiten her überwinden kann, Menschen, die vorher getrennt waren, jetzt wieder zusammenfinden können, und weil niemand mehr sterben muss, weil er sein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung gestalten möchte.

So habe ich den 9. November 1989 erlebt: In völliger Freude, maximaler innerer Aufwühlung, so dass ich eigentlich gar nicht protokollarisch sauber sagen kann, was ich just zum konkreten Zeitpunkt der Maueröffnung getan habe. Die Tage waren wie ein Rausch, den man nie für möglich gehalten hätte. Die innere Sortiertheit, die wir heute an den Tag legen, wenn wir über die Friedliche Revolution und den Mauerfall reden, hatte ich damals nicht. Als jemand, der im Langschatten der Grenze am Fuß der Rhön großgeworden ist, war das für mich der erste Tag, bei dem ich ganz bewusst Weltgeschichte erlebt und gespürt habe. Es war ein Rausch – ohne Alkohol.

Ich persönlich habe mir 1989 politisch erhofft, dass ... alle Menschen, hüben wie drüben, knacksfrei und mit aufrechtem Gang frei durchs Leben gehen können. Zugegeben eine komische Antwort. Aber als Student habe ich oft in einem Geschäft am Fuldaer Bahnhof vor 1989 DDR-

Rentner bedient. Scheu, verunsichert, geduckt, fast kleinlaut äußerten sie dort ihre Bestellungen oder boten kleine Familienstücke zum Kauf an, um ihre D-Mark-Reserven zu vergrößern. Die Unfreiheit war spürbar auch im Kopf, im Verhalten. Das tat mir unendlich weh.

So eingetroffen? Ich glaube ja. Die Freiheit ist da. Zur Freiheit gehört auch, dass Menschen in einer Demokratie sagen können, was sie persönlich darunter verstehen und wie sie selbst für sich leben wollen. Das kann mitunter nicht zusammenpassen mit dem „Reiseziel des gesamtgesellschaftlichen Zuges“ oder dem, was für ein solches Ziel gehalten wird. Da würde ich mir mehr konstruktive Streitkultur wünschen, mehr Austausch als Rückzug und Einigelung in den jeweiligen „Käseglocken“.

Die Hessische Landeszentrale für politische Bildung setzt in ihrer Arbeit zur Deutschen Einheit vor allem auf... die Vermittlung der Bedeutung der Freiheit. Freiheit ist keine theoretische Größe, sondern ein höchst lebenspraktisches Gut.

Der beste Film, den ich zum Thema Einheit gesehen habe: „Der Dritte Mann“.

Weil? Dieser Film zeigt das Aberwitzige, Unnatürliche und Abgründige von Teilung. Und er schlägt den Bogen zu den Ursachen der Teilung. Ohne die Verbrechen des Nationalsozialismus hätte es Teilung und damit dann auch die Einheit nicht gegeben.

Das beste Buch, das ich zum Thema gelesen habe: Da gibt es ganz viele gute Bücher. Und viele haben die Landeszentralen wie die Bundeszentrale in ihrem Publikationsangebot.

Thomas Krüger

Landeszentrale: **Bundeszentrale für politische Bildung**
Alter: **60**
Geboren in: **Buttstädt**

Dieses Foto steht für mich für die Deutsche Einheit, weil... es den Aufbruch und alle damit verbundenen Chancen und Risiken in einer Momentaufnahme festhält. Es stammt aus dem bpb-Projekt: Wir waren so frei – Momentaufnahmen 1989/1990 (www.wir-waren-so-frei.de).

So habe ich den 9. November 1989 erlebt: In Tagen sind damals Jahre vergangen. Ich war Praktikant beim Bund der evangelischen Kirchen, beim Kunstdienst und wir haben einen Video-Workshop gemacht mit Künstlern aus West-Berlin, West-Deutschland, Frankreich... für mich war das schon international hoch spannend. Wir hatten tolle Diskussionen und am frühen Abend kamen Bekannte von mir rein, machten die Tür auf und sagten: „Die Mauer ist offen“. Damals hat man ja jeden Tag mit Neuigkeiten gerechnet, aber das ging dann doch ein bisschen zu weit. Ich war erstmal geschockt und bin dann nach dieser Veranstaltung nicht gleich rüber, sondern erst mal nach Hause und dann einen Tag später gefahren.

Ich persönlich habe mir 1989 politisch erhofft, dass... wir einen eigenen Weg gehen können. Ich habe mal gesagt: „Den Westen wollten wir auch nicht, also dieses kapitalistische System. Sondern eine demokratische und

Was können die Deutschen durch die Erfahrung der Friedlichen Revolution/den Prozess der Einheit international einbringen? International denken und handeln, keine nationalen Alleingänge, und den Wert einer europäischen Einigung nie geringachten.



Zwei Kinder vor der geöffneten Hinterlandmauer nahe der Neuruppiner Straße in Berlin-Zehlendorf, 21. Juni bis 22. September 1990

Foto links: Bundeszentrale für politische Bildung, Projekt: „Wir waren so frei“, vgl. <https://www.wir-waren-so-frei.de>; <http://www.bpb.de/presse/190133/fotos-zur-berichterstattung/> Fotografin: Mary Joy Knothe; Lizenz: cc by-nc-nd/3.0/de/ (Mary-Joy Knothe); rechts: bpb/Fotograf: Martin Scherag

faire Gesellschaft.“ Zu Kofferträgern der westdeutschen Gesellschaft zu werden: Das war nicht mein Ding!

So eingetroffen? Wir sind sicher noch nicht ganz am Ziel. Noch immer gibt es viel zu wenig Ostdeutsche in Führungspositionen, auch beim politischen Spitzenpersonal merkt man das. Bei manchen sorgt das schon für Enttäuschung und Skepsis, da geht auch Vertrauen verloren.

Die Bundeszentrale für politische Bildung setzt in ihrer Arbeit zur Deutschen Einheit vor allem auf... die Vermittlung der gemeinsamen deutschen Nachkriegsgeschichte. Eine gesamtdeutsche Nachkriegsgeschichte, die dem permanenten Diskurs unterworfen ist und aufklärend auf die beiden sehr unterschiedlichen deutschen Diktaturen im europäischen Kontext des 20. Jahrhunderts blickt, wird nachhaltig zur demokratischen Zivilgesellschaft beitragen und Empathie für die Demokratie sowie Akzeptanz für

Diversität wecken. Vielleicht ist es an der Zeit, nicht mehr nur von deutscher, „innerer“ Einheit, sondern auch von deutscher Vielfalt zu sprechen. In den europäischen, pluralistischen Migrationsgesellschaften des 21. Jahrhunderts kann es weder Geschichtstabus noch allzeit gültige Geschichtsdeutungen geben – und „die“ deutsche Einheit wird nie erreicht werden können. Politische Bildung ist divers und hilft dabei, Ambiguitäten zu deuten, sie ist zukunftsorientiert und so tatsächlich „der Zukunft zugewandt“.

Der beste Film, den ich zum Thema Einheit gesehen habe: „Good Bye Lenin“ von Wolfgang Becker.

Weil?... es eine wirklich tragikomische und unterhaltsame Geschichte über die Brüche der Zeitenwende und friedlichen Revolution ist.

Dr. Sabine Bamberger-Stemmann

Landeszentrale: **Landeszentrale für politische Bildung – Hamburg**
Alter: **55**
Geboren in: **Kassel**

Dieses Foto steht für mich für die Deutsche Einheit, weil... diese Geste den Weg zur deutschen Einheit als einen Weg mit den europäischen Nachbarn und nicht gegen sie gerichtet zeigte – und sie verband die deutschen Verbrechen in Polen während des Zweiten Weltkrieges mit den Ereignissen um den Mauerfall als unlösbare Verantwortung für ein zukünftiges demokratisches Deutschland. Der damalige erste demokratisch gewählte polnische Ministerpräsident, Tadeusz Mazowiecki, und Bundeskanzler Helmut Kohl trafen sich am 12.11.1989 in Kreisau – also direkt nach der Unterbrechung der Reise des Kanzlers nach Polen wegen des Falls der Mauer. Ich war im August 1989 privat in Polen gewesen, just in den Tagen

Das beste Buch, das ich zum Thema gelesen habe: „Endspiel“ und „Übernahme“ von Ilko Sascha Kowalczyk.

Weil?... Das erste Buch erzählt über die Akteure und den Beitrag der Bürgerrechtsbewegung der DDR zur friedlichen Revolution, das zweite über die Transformationen im Zuge des Einheitsprozesses. Beides sind wichtige Themen für mich.

Was können die Deutschen durch die Erfahrung der Friedlichen Revolution/den Prozess der Einheit international einbringen? Keine Mauer steht ewig!



Erinnerung in der Gedenkstätte Kreisau/Polen an das Treffen zwischen Helmut Kohl und Tadeusz Mazowiecki im November 1989.

Fotos: sz photo-image broker/Fotograf: Jörg Reuther (li.)/LZ Hamburg (re.)

des 50jährigen Gedenkens an den deutschen Überfall und kurz nach der Wahl Mazowieckis. Polen war demokratisch – der Fall der Mauer aber noch nicht denkbar. Kreisau war für mich in diesem Zusammenhang ein Wegstück zu einer neuen deutsch-polnischen Nachbarschaft und ein Symbol, dass eine deutsche Einheit, so sie denn wirklich realisierbar wäre, in jedem Falle mit diesen Nachbarn vollzogen werden würde.

So habe ich den 9. November 1989 erlebt: Ich war in meiner Studentengruppe, wir wollten eine Tanzformation einüben. Plötzlich kam einer der Freunde durch das Haus gesaust und rief völlig aufgeregt: „Die Mauer ist auf!“ – wir

anderen glaubten ihm kein Wort. Er empörte sich lautstark und dann: saßen alle den Rest der Nacht vor dem Fernseher.

Ich persönlich habe mir 1989 politisch erhofft, dass ... wir die Einheit tatsächlich schaffen können und dass dies zu einer Überwindung der europäischen Teilung führen würde. Mir waren als Osteuropahistorikerin die gesamten Bezüge zu den Nachbarn besonders wichtig – auch weil ich einige der Akteure in Ostmitteleuropa kannte und Angst um sie hatte – was sich in Litauen 1991 später beim Sturm auf den Fernsehturm bestätigen sollte.

So eingetroffen? Im Prinzip ja. Dinge können immer perfekter sein, aber eine Realität, die 2004 zur Aufnahme Polens, Tschechiens und anderer Länder in die EU führen würde, war deutlich mehr, als ich mir je hätte erträumen können. Der 1. Mai 2004 war einer der wichtigsten Tage meines Lebens.

Die Landeszentrale in Hamburg setzt in ihrer Arbeit zur Deutschen Einheit vor allem auf... Kennenlernen und Wahrnehmung der Relevanz der Einheit für eine demokratische Kultur in der Bundesrepublik. Die Demokratie wird stark durch den Diskurs über die verschiedenen Wege zur Einheit und zur gemeinsamen Gestaltung eines geeinten Deutschland.

Der beste Film, den ich zum Thema Einheit gesehen habe: Eher zum Thema Trennung: „Das Leben der Anderen“.

Weil? ... Er führt uns leise und immens dicht die „Alternative“ zu unserer Demokratie vor Augen.

Das beste Buch, das ich zum Thema gelesen habe: Vielleicht eines der wichtigsten: Martin Sabrow: Erinnerungsorte der DDR.

Weil? ... Wir uns vergewissern müssen, dass Geschichte Niederschlag hat – in den und für die Menschen, in den Sachen und in der Landschaft. Und weil wir nur, wenn wir dies begreifen, auch verstehen, wie wichtig Erinnerung und aus ihr heraus die Gestaltung von demokratischer Zukunft ist.

Was können die Deutschen durch die Erfahrung der Friedlichen Revolution/den Prozess der Einheit international einbringen? Sie können nur ihre Erfahrung als eine von vielen möglichen Wegen in die Debatte einbringen. Sie sollten Hybris vermeiden und zu viele gut(gemeint)e Ratschläge. Auch Irrwege und Irrtümer sind Erfahrungen – und vielleicht genau die, die für andere Gesellschaften wichtig sind, um die eigene Situation zu reflektieren und zu beurteilen.

Rupert Grübl



Landeszentrale: **Bayerische Landeszentrale für politische Bildung**
Alter: **57**
Geboren in: **Raubling**



Der ehemals durch die deutsch-deutschen Grenze geteilte Ort Mödlareuth, durchflossen vom Tannbach, liegt heute noch in Bayern (Landkreis Hof) und Thüringen (Saale-Orla-Kreis).

Dieses Foto steht für mich für die Deutsche Einheit, weil ... man an diesem Ort sehen kann, dass die Teilung unserer Nation überwunden wurde. Mödlareuth ist einer der wenigen Orte, wo letzte Reste der Mauer noch stehengelassen wurden, damit wir nie vergessen, dass unser Land geteilt war.

Fotos: LZ Bayern (li.)/sz photo - image broker/Fotograf: Jörg Reuther

So habe ich den 9. November 1989 erlebt: Ich habe das komplette Jahr 1989 bei der Bundeswehr in München verbracht. In der Nacht vom 9. auf den 10. November hatte ich Wachdienst und habe am Abend nichts mehr mitbekommen. Am nächsten Morgen habe ich im Wachlokal das Radio angeschaltet und war eigentlich gar nicht so überrascht, weil sich das ganze Jahr 1989 ja schon die Ereignisse angedeutet haben. Aber dass die Mauer dann so plötzlich aufging, hat mich dann doch wieder erstaunt.

Ich persönlich habe mir 1989 politisch erhofft, dass... die Teilung möglichst schnell überwunden wird. Ich war damals naiv und habe wie viele geglaubt, das würde schnell gehen, nicht nur in dem Sinn, dass die Grenzanlagen abgebaut werden, sondern im Sinne einer „wahren Wiedervereinigung“.

So eingetroffen? Jetzt ist das Ereignis doch schon 30 Jahre her und ich glaube nicht, dass schon endgültig zusammengewachsen ist, was zusammengehört, um Willy Brandt zu zitieren. Hier liegt noch ein gewisser Weg vor uns.

Die bayerische Landeszentrale setzt in ihrer Arbeit zur Deutschen Einheit vor allem auf die Vermittlung der Erkenntnis, dass Freiheit etwas ist, was sich nicht von

selber einstellt, sondern dass wir daran arbeiten müssen. Außerdem müssen wir verstehen lernen, dass Freiheit ein unschätzbar wertvolles Gut ist.

Der beste Film, den ich zum Thema Einheit gesehen habe: „Das Leben der anderen“.

Weil?... dort gezeigt wird, was ein menschenverachtendes System ausmacht, und was Leben in der Diktatur mit den Menschen macht; dass man sogar so weit geht, sich bis in die letzten privatesten Winkel der Menschen hinein zu bespitzeln.

Das beste Buch, das ich zum Thema gelesen habe: DAS Buch muss noch geschrieben werden.

Weil?... bei der Aufarbeitung dieser 40 Jahre deutscher Teilung und der 30 Jahre, die seither vergangen sind, noch so viele Fragen offen sind; weil dieses Thema noch so emotionsgeladen ist, und so viele Wunden längst nicht verheilt sind.

Was können die Deutschen durch die Erfahrung der Friedlichen Revolution/den Prozess der Einheit international einbringen? ... dass nachhaltige Veränderungen Zeit brauchen und dass man viel Geduld aufwenden muss.

Franz-Josef Schlichting

Landeszentrale: **Thüringen
Landeszentrale für
politische Bildung**
Alter: **55**
Geboren in: **Leinefelde/Thüringen**

Dieses Foto steht für mich für die Deutsche Einheit, weil... es die katholische Kirche in meinem Heimatdorf Deuna im Eichsfeld zeigt, in der sich nahezu die gesamte Einwohnerschaft am 2. Oktober 1990 vor Mitternacht



Die katholische Kirche in Deuna im Eichsfeld

Fotos: privat

versammelt hatte, um den Übergang zum 3.10. zu erleben. Beim Schein von nur wenigen Kerzen und in erwartungsvoller Stille lauschte man den zwölf Glockenschlägen, um dann bei vollem Geläut und der schließlich hell erleuchteten Kirche alle elf Strophen des Te Deum – also Großer Gott wir loben dich – zu singen. Etwa 600-700 Menschen, darunter auch von der westdeutschen Partnerpfarrei, waren dankbar und glücklich, umarmten sich, weinten, jauchzten vor Freude oder konnten angesichts der Ergriffenheit kein Wort über die Lippen bringen... . In dieser Kirche wurde – wie auch im gesamten katholischen Eichsfeld – jahrzehntelang wöchentlich bis zum 2.10.1990 für die Deutsche Einheit gebetet. „Dass Du unserem Volke die Einheit schenken mögest...“, lautete die Formel. Und nun war sie da!

So habe ich den 9. November 1989 erlebt: Das wichtigere Datum ist für mich der 9. Oktober. Er steht für den Durchbruch der Friedlichen Revolution. Ich bin mit zwei Kommilitonen nach Leipzig gefahren, um an der geplanten Demonstration teilnehmen zu können, was nicht ganz einfach war. Der Platz vor der Nikolaikirche war bereits dicht gefüllt. Als der Demonstrationszug auf dem Platz vor dem Gewandhaus ankam und auch dieser offenkundig voller Demonstrierender war – insgesamt ca. 70.000 – hatte ich die feste Gewissheit, dass mit dem heutigen Tag ein unumkehrbarer Umbruch im Gange sei. Der 9. November ist eine Folge des 9. Oktober – also der Friedlichen Revolution. Ich befand mich am 9.11. auf einer Bürgerversammlung, die sich fast bis Mitternacht hinzog. Niemand dort bekam etwas mit von den Ereignissen des Abends. Udenkbar im heutigen digitalen Zeitalter... .

Ich persönlich habe mir 1989 politisch erhofft, dass... die Macht der SED gebrochen wird; Freiheitsrechte sich durchsetzen – insbesondere auch Reisefreiheit – und ein Demokratisierungsprozess in Gang kommt.

So eingetroffen? Mehr als das! Im Zeitraum Sommer 1989 bis zum 3. Oktober 1990 hat die Realität die Phantasie überholt. Vieles, was in der Entwicklung rückblickend konsequent und zwangsläufig erscheint, war seinerzeit nicht oder kaum erwartbar.

Die Thüringische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit setzt in ihrer Arbeit zur Deutschen Einheit vor allem auf... eine angemessene Gewichtung der friedlichen und demokratischen Revolution als elementare Voraussetzung für den Prozess der Deutschen Einheit; außerdem auf die Erwartungshaltungen der DDR-Bürger sowie die Herausforderungen, Probleme und Langzeitfolgen, die sich aus dem damit verbundenen umfassenden Transformationsprozess ergaben, ohne den großen Gewinn, den die Einheit für alle – auch die Westdeutschen – brachte, aus den Augen zu verlieren. Schließlich gehört zum Thema auch die europäische und globale Dimension mit Deutschland als wiedervereinigtem und souveränem Akteur.

Der beste Film, den ich zum Thema Einheit gesehen habe: „Deutschlandspiel“ (zweiteiliger deutscher Fernsehfilm bzw. Dokudrama des ZDF aus dem Jahr 2000).

Weil? ... Er spannt den Bogen vom Herbst 1989 bis zum Tag der Wiedervereinigung; räumt der Friedlichen Revolution großen Raum ein und berücksichtigt zugleich alle anderen wichtigen Dimensionen des Prozesses in einer Mischung aus Dokumentation und Fiktion – informativ, spannend und unterhaltsam zugleich.

Das beste Buch, das ich zum Thema gelesen habe: Andreas Rödder, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung.

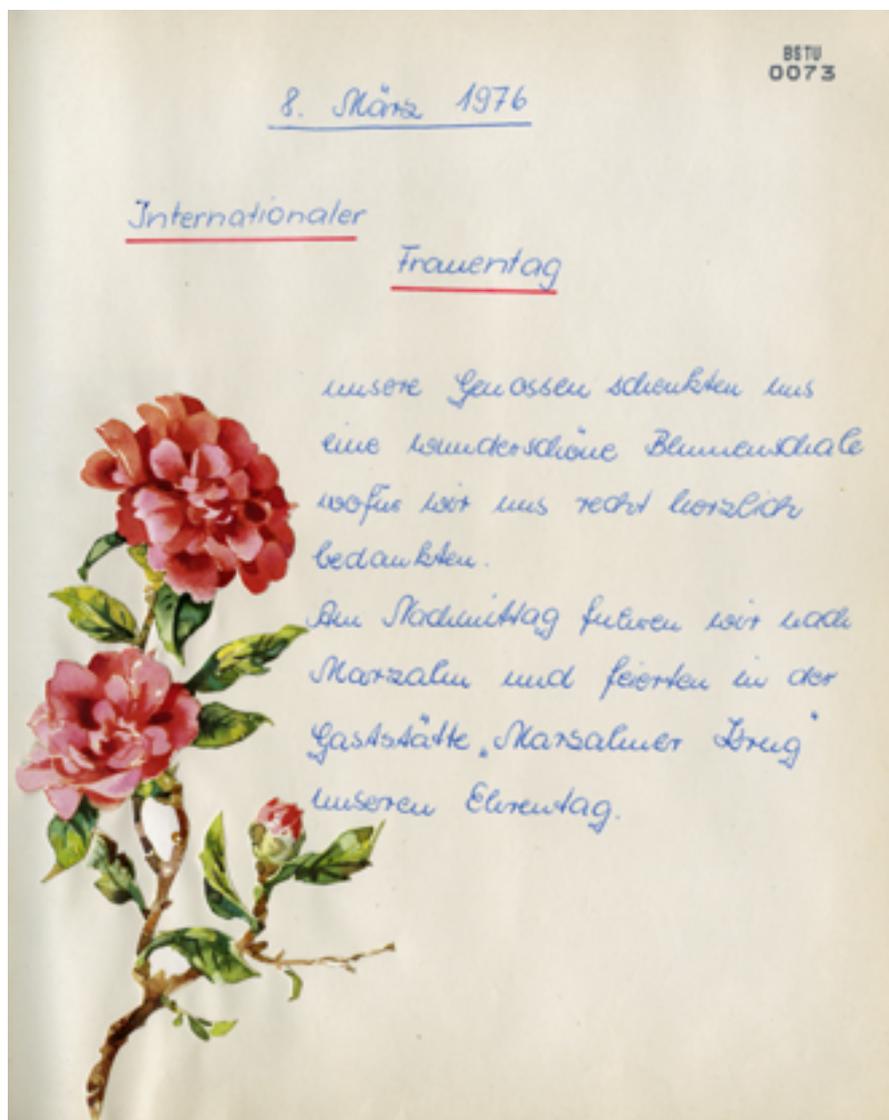
Weil? ... es sich um eine souveräne, sorgfältig differenzierende und mit großer Sensibilität für die unterschiedlichen Perspektiven von West- und Ostdeutschen geschriebene Gesamtdarstellung der Deutschen Einheit handelt.

Was können die Deutschen durch die Erfahrung der Friedlichen Revolution/den Prozess der Einheit international einbringen? Die Erfahrung und die Kunde von der Offenheit der Geschichte sowie der Kraft und Macht von Freiheitsbewegungen, der Selbstermächtigung und Subjektwerdung von Bürgerinnen und Bürgern. ▲

„Die Genossinnen arbeiten doch am zuverlässigsten“

Frauen im Ministerium für Staatssicherheit

von Philipp Springer



Eintrag zum „Internationalen Frauentag“ in einem Brigadebuch der Kartei- und Archivabteilung des MfS
Abbildung: BStU, MfS, Abt. XII 4095, S. 73

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) blieb von seiner Gründung bis zu seinem Untergang fest in Männerhand – fast 85 Prozent der über 91.000 hauptamtlichen Mitarbeiter, die im Jahr 1989 die Überwachung und Repression der DDR-Bevölkerung verantworteten, waren männlich. Wenige boten ein anderes Bild, darunter die für das Archiv und die Karteien zuständige Abteilung XII. Doch auch hier blieben leitende Funktionen meist Männern vorbehalten. Der Blick in die Geschichte der Abt. XII zeigt, welche Bedeutung Frauen im MfS trotz der fehlenden Gleichberechtigung hatten. Insbesondere anhand ausgewählter Biographien lässt sich erkennen, mit welchen Schwierigkeiten weibliche Hauptamtliche in dem von Männern geprägten Organ zu kämpfen hatten. Da die Frauen in der Regel auch die häusliche Arbeit und die Kindererziehung zu leisten hatten, galten sie MfS-intern als weniger belastbar – ein hoher Frauenanteil wurde deshalb nicht gern gesehen. Nichtsdestotrotz spielten Frauen auch in der Abt. XII, einem der „wichtigsten Sammelpunkte der Informationsflüsse“ innerhalb des MfS, eine nicht unbedeutende Rolle und trugen so zum Auf- und Ausbau des Repressions- und Überwachungsapparates bei.

Anfang 1962 hatten die männlichen Mitarbeiter der Abt. XII des Ministeriums für Staatssicherheit ein Problem. Sie waren einfach zu wenige, um, wie im MfS üblich, ihren Kolleginnen die Feier aus Anlass des Frauentages am 8. März mit Spenden zu finanzieren. Doch die Männer hatten Glück: Das Ministerium schoss 350,- Mark zu, die Feier konnte stattfinden.¹

Ein solches Problem war äußerst untypisch für den Alltag im MfS. In fast allen Dienstseinheiten der Geheimpolizei dominierten nämlich die männlichen Mitarbeiter – und dies galt sowohl für die Gesamtzahl der Mitarbeiter als auch in Bezug auf die jeweils leitenden Kader. So lag der Anteil hauptamtlicher Mitarbeiterinnen im MfS im Jahr 1954 bei rund 25 Prozent, bis zum Ende der DDR sank er sogar auf rund 15,7 Prozent.² Und der Eindruck, es mit einer „Männerwelt“ zu tun zu haben, verfestigt sich, wenn man die

unterschiedlichen Hierarchieebenen in den Blick nimmt. Bei nur 1,8 Prozent lag beispielsweise der Anteil weiblicher Abteilungsleiter im MfS im Jahr 1988. Und unter den „oberen Zweitausend“ der Besoldungsliste befanden sich 1989 nur 48 Frauen, davon 31 im Medizinischen Dienst.³

Die Gründe für diese Ungleichbehandlung von Frauen im MfS sind vielfältig. In erster Linie war sie Folge dessen, dass die Staatssicherheit ein militärisches Organ darstellte, durchdrungen vom gleichen Frauenbild und vom gleichen Korpsgeist männlicher Angehöriger wie etwa die Nationale Volksarmee. Auch dort waren Frauen natur-

.....

3 Vgl. Gieseke (wie Anm. 2), S. 55. Zu hauptamtlichen Mitarbeiterinnen des MfS liegen nur wenige Veröffentlichungen vor; vgl. Renate Ellmenreich: Frauen bei der Stasi. Am Beispiel der MfS-Bezirksverwaltung Gera, Erfurt 1999; Angela Schmole: Frauen im Ministerium für Staatssicherheit (MfS), in: Horch und Guck 34 (2/2001), S. 15–19; dies.: Frauen und MfS, in: Deutschland Archiv 29 (1996) H. 4, S. 512–525; dies.: Die Spitzenfrauen des MfS. Bei der Staatssicherheit diente das weibliche Personal nur selten in gehobenen Stellungen, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 18 (2005), S. 107–114; Elisabeth Martin: „Ich habe mich nur an das geltende Recht gehalten“. Herkunft, Arbeitsweise und Mentalität der Wärter und Vernehmer der Stasi-Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen, Baden-Baden 2014, S. 132–136; Alexander Bastian: Repression, Haft und Geschlecht. Die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit Magdeburg-Neustadt 1958–1989, Halle 2012, S. 25–30.

.....

1 Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), MfS, AS 76/70 Bd. 2, S. 76. Das schriftliche und audiovisuelle Erbe des MfS wird heute beim BStU im Stasi-Unterlagen-Archiv bewahrt und nach den Vorschriften des Stasi-Unterlagen-Gesetzes den Betroffenen bzw. der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

2 Vgl. Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS-Handbuch), Berlin 1995, S. 98 u. 101.

gemäß in der Minderheit. Zwar spielte die körperliche Überlegenheit von Männern im Alltag der Geheimpolizei weit weniger eine Rolle als bei der Armee, doch scheint dies trotzdem zum Bild von der Frau als dem weniger wertvollen Mitarbeiter beigetragen zu haben.

Zugleich spiegelte der Alltag im MfS in vielerlei Hinsicht auch die Lebensrealität in der DDR-Gesellschaft überhaupt. Zwar waren Frauen in der DDR in Fragen der Gleichberechtigung vor allem in den 1950/60er-Jahren etwa in arbeits- und familienrechtlicher Hinsicht weitaus bessergestellt als ihre Geschlechtsgenossinnen in der Bundesrepublik. Doch auch in der DDR lagen das Durchschnittseinkommen von Frauen und der Anteil von Frauen in Führungspositionen unter dem der Männer. Und wie im Westen trugen Frauen in der Regel die Hauptlast bei der Versorgung des Haushalts und der Kinder.

Schließlich soll es im MfS wohl auch, so der Historiker Jens Gieseke, „eine gehörige Portion Zweifel“ gegeben haben, „ob Frauen die für die operative Arbeit als notwendig erachteten tschekistischen Persönlichkeitsmerkmale wie Verschwiegenheit und Härte in ausreichendem Maße“ hätten aufbringen können. „Für ‚Schwatzhaftigkeit‘, eine der verpönten Charaktereigenschaften, galten Frauen als besonders anfällig“⁴, so Gieseke weiter – ohne allerdings konkrete Belege dafür zu nennen.

Im Selbstbild des MfS kamen Frauen oft nur als „Hinterland eines jeden Tschekisten“⁵ vor – so bezeichnete die Geheimpolizei die Freundinnen, Ehefrauen oder sonstigen Verwandten und Bekannten der männlichen Mitarbeiter. Dieses „Hinterland“ wurde aufmerksam beobachtet, galt es doch mit allen Mitteln die Konspiration zu schützen. Die Partnerinnen der hauptamtlichen Mitarbeiter betrachtete man im MfS als mögliches und zudem besonders effektives Einfallstor für feindliche Aktivitäten anderer Geheimdienste.

In diesem Selbstbild erscheinen Frauen dann als diejenigen, die dem männlichen Tschekisten den Rücken freihalten und dafür sorgen, dass sich der Mann seinen eindeutig wichtigen Aufgaben widmen kann. Einen Eindruck von diesem Bild gibt das Gedicht „Mein Vati“, das ein hauptamtlicher Mitarbeiter in der Anthologie „Wir über uns“ der Kreisarbeitsgemeinschaft „Schreibende Tschekisten“ 1985 veröffentlichte:

.....

4 Gieseke (wie Anm. 2), S. 56 f. Das MfS orientierte sich auf allen Gebieten am sowjetischen Vorbild, dem Geheimdienst KGB, und dessen Vorkämpfer, der Tscheke. Daraus leitete sich auch die (Selbst-) Bezeichnung als „Tschekisten“ ab und definierte die Rolle der MfS-Mitarbeiter in der Nachfolge des ersten Leiters der Tscheke Feliks Edmundowitsch Dzierzynski (1877-1926).

5 Zit. n. Schmole (wie Anm. 3), S. 516.

Mein Vati ist Tschekist.
Noch werd ich nicht ganz schlau,
was er da alles ist,
doch eins weiß ich genau:

Er macht es sich im Dienst
zu keiner Stunde leicht
und freut sich jeden Tag,
wenn er recht viel erreicht.

Mein Vati macht gern Spaß.
Er tobt oft mit mir rum.
Selbst eine Kissenschlacht,
die nimmt er mir nicht krumm.

Wenn ich mal Sorgen hab,
ist er sofort ganz Ohr.
Dann denkt er drüber nach
und schlägt mir manches vor.

Auch in der Schule läuft
mitunter mal was schief,
was viele nur empört,
doch Vati wird aktiv.

Er redet nicht drumherum,
sagt jedem ins Gesicht:
Wir ändern es vereint
und lamentieren nicht!

Kommt Vati abends spät
vom Dienst, schleicht er noch sacht
zu mir ins Zimmer und
wünscht mir ‚ne gute Nacht.

Das Telefon, das ruft
ihn manchmal ganz früh raus.
Danach kann's sein, er kommt
gleich Tage nicht nach Haus.

Da muß ich dann ganz lieb
zu meiner Mutti sein.
Sie ist genau wie ich
nun mal nicht gern allein.
Mein Vati ist Tschekist.
Es ist schwer zu durchschaun,
was er da alles ist.
Doch ich kann auf ihn baun.⁶

.....

6 Karlheinz Nobis: Mein Vati, in: Wir über uns. Anthologie der Kreisarbeitsgemeinschaft „Schreibende Tschekisten“, Berlin 1985, S. 86 f.

Solche Selbstbilder hauptamtlicher männlicher Mitarbeiter, aber auch der hohe Anteil von Männern im gesamten Kaderbestand und besonders in Führungspositionen des MfS könnten dazu verleiten, Frauen in der Frage der Täterschaft, der Mitwirkung am Repressionsregime des MfS generell zu entlasten. Dass weibliche Hauptamtliche im öffentlichen Bewusstsein, im Bild von der Stasi überhaupt keine Rolle spielen, dürfte eine derartige These stärken – Fotografien von ordensbehängten Stasioffizieren oder Kunstlederjacken tragenden Beschattern haben die Erinnerung derartig geprägt, dass nach 1990 für die Frage nach der Bedeutung weiblicher Hauptamtlicher, die immerhin rund ein Viertel bis ein Fünftel des gesamten Mitarbeiterbestandes ausgemacht hatten, meist kein Platz blieb.

Die geringe Aufmerksamkeit, die in der Öffentlichkeit und in der Forschung bislang den weiblichen Hauptamtlichen geschenkt wurde, rührt auch daher, dass im MfS Frauen vor allem in rückwärtig tätigen Dienstseinheiten eingesetzt worden waren, die mit Auswertungsaufgaben oder mit der Verwaltung des MfS-Personals beschäftigt waren. Besonders hoch lag der Frauenanteil beispielsweise in der Abteilung Finanzen und im Medizinischen Dienst. Hier wurden Zahlen von über 60 Prozent erreicht. Da sich die Forschung bislang jedoch vorrangig den zentralen, nah am „Feind“ operierenden und zugleich männerdominierten Aufgabenfeldern des MfS gewidmet hat, blieb der Blick auf die Rolle der weiblichen Hauptamtlichen auch deshalb meist unberücksichtigt.

Weibliche Hauptamtliche in der Kartei- und Archivabteilung

Zu den rückwärtig tätigen und zugleich durchaus weiblich geprägten Dienstseinheiten zählte die bereits erwähnte Abt. XII. Als Hüterin über die wichtigsten Karteien und Archivbestände des MfS sah sich diese Dienstseinheit, die kurz nach Gründung des Ministeriums 1950 gebildet worden war, in einer Selbstbeschreibung als „entscheidende Voraussetzung für eine gute Koordinierung der Arbeit am Feind“. Ihre Mitarbeiter verwalteten Millionen von Karteikarten, überprüften an den Karteischränken Freund und Feind, verzeichneten die ein- und ausgehenden Akten, bemühten sich um den Erhalt des Archivmaterials, verfilmten es und sorgten für Nachschub bei den notwendigen Formularen und Aktendeckeln. Die Mitarbeiter der Abteilung XII vernetzten das Wissen der unterschiedlichen MfS-Dienstseinheiten, ihre Arbeit bildete demnach, so unscheinbar die Abteilung innerhalb der Geheimpolizei auch auf den ersten Blick wirken mag, die Grundlage für die systematische Überwachung der Bevöl-



Mitarbeiterin der Abt. XII bei der Vorgangsregistrierung
Foto: BStU, MfS, Abt. XII Fo 95, Bild 2

kerung und für den Ausbau des Repressionsapparates – sie war das „Gedächtnis“ der Staatssicherheit.⁷

Der Frauenanteil in der Abt. XII lag deutlich über dem Durchschnitt für das gesamte MfS. So waren 1952 fast ein Drittel der Beschäftigten in der Abteilung XII Frauen,⁸ zehn Jahre später bereits die Hälfte.⁹ Im Laufe der 1970/80er-Jahre sank ihr Anteil jedoch langsam aber kontinuierlich: 1983 betrug er 42 Prozent,¹⁰ 1987 schließlich nur noch 37 Prozent,¹¹ also wieder fast so viel – bzw. wenig – wie in den 1950er Jahren.

Vor allem in den 1960er Jahren lassen sich in der Abteilung XII eine Reihe von Fällen finden, bei denen Mitarbeiterinnen der Abteilung mit Ehemännern verheiratet waren, die in anderen Abteilungen des MfS in leitenden Stellungen arbeiteten. Die Abteilung fungierte demnach auch als eine Versorgungsinstanz für Ehefrauen, deren Männer in der Geheimpolizei Karriere machten.

Entscheidender als der Anteil weiblicher Mitarbeiter am gesamten Kaderbestand ist ihr Anteil an den Leitungspositionen. Hier sah es in der Abt. XII nicht viel anders aus als im gesamten MfS: Je höher man auf die Karrierelei-

7 Vgl. Karsten Jedlitschka/Philipp Springer (Hg.): Das Gedächtnis der Staatssicherheit. Die Kartei- und Archivabteilung des MfS, Göttingen 2015.

8 BStU, MfS, AS 187/58, Bd.1, S. 255.

9 BStU, MfS, AS 82/70, S. 73.

10 BStU, MfS, Abt. XII 2161, S. 98 ff., hier S. 98.

11 BStU, MfS, Abt. XII 4415, S. 241.

ter blickt, desto weniger Frauen lassen sich dort finden. Allerdings ist auch hier ein Wandel zu beobachten. Während sich Mitte der 1970er Jahre eine Reihe von Frauen in der mittleren Führungsebene finden, waren im Jahr 1989 unter den 13 Leitungskadern der Abteilung – damit sind neben dem Leiter Heinz Roth und seinen drei Stellvertretern noch die neun Abteilungsleiter gemeint – nur zwei Frauen. Dies entsprach einem Anteil von rund 15 Prozent.

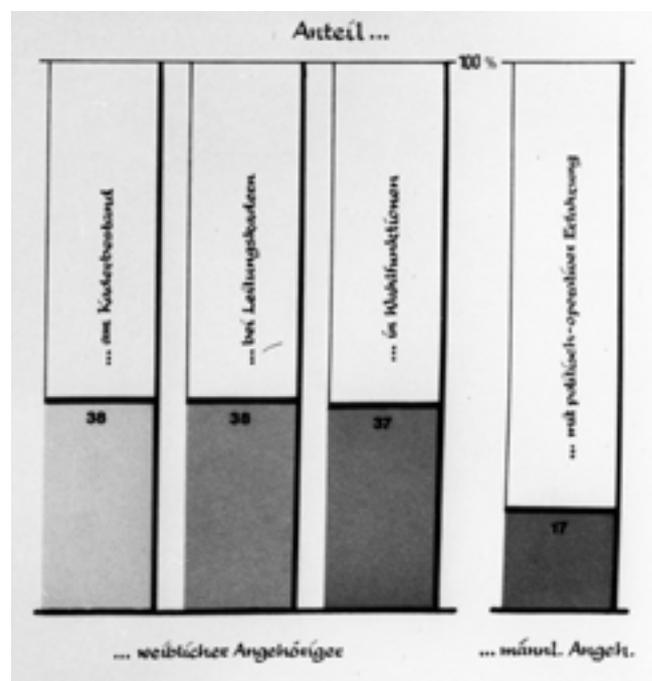
Die Tatsache, dass Frauen eine derartig geringe Rolle in der Leitung der Abteilung spielten, wollte man intern nicht allzu offensichtlich werden lassen. So zeigte eine Graphik aus einer Ausstellung, in der MfS-Mitarbeiter über die Leistungen der Abteilung informiert wurden, einen Frauenanteil von 38 Prozent „bei Leitungskadern“, der exakt dem Frauenanteil „am Kaderbestand“ entsprach.¹² Die Statistiker hatten einfach den Kreis von Führungskräften weiter gezogen, d.h. auch Referatsleiter in die Zählung aufgenommen, sodass frauenpolitisch alles in Ordnung schien.

Doch was waren das für Frauen, die trotz der begrenzten weiblichen Aufstiegsmöglichkeiten einige Stufen auf der Karriereleiter in der Abteilung XII nehmen konnten? Um diese Frage zu beantworten, ist es ratsam, auf die unterschiedlichen Generationen zu blicken, die Aufbau und Tätigkeit des MfS prägten – ein Blick, der sich in der Forschung zur Geschichte des MfS bislang im Wesentlichen auf die männlichen Hauptamtlichen gerichtet hat, der sich jedoch auch zur Analyse weiblicher Akteure beispielsweise in der Abt. XII nutzen lässt.

Eine ganz wesentliche Rolle spielte bis zu ihrem Ausscheiden in den 1960er Jahren – anschließend aber auch noch in der MfS-internen Traditionspflege – die älteste Gruppe von Mitarbeitern: altgediente Kommunisten, die nach 1933 Widerstand geleistet hatten, ins Exil gegangen oder inhaftiert gewesen waren und nach 1945 die politische Polizei mit aufgebaut hatten. Die zweite MfS-Generation bestand dann aus denjenigen, die bei Kriegsende noch jung genug waren, um nicht in den Nationalsozialismus verstrickt gewesen zu sein, aber alt genug, um nun im neuen System schnell Verantwortung zu übernehmen. Diese Lebenswege waren oft mit einem rapiden sozialen Aufstieg verbunden, der die Betroffenen zusätzlich an den Staat und vor allem auch an das MfS band. Schließlich folgte die dritte Generation. Ihre Angehörigen waren schon richtige „Kinder der DDR“, weniger geprägt durch die Euphorie des Anfangs als durch nüchterne Analyse

dessen, was ihnen der Staat bieten konnte. Oft begann mit dieser Generation auch die Karriere von MfS-Familien, wenn etwa der Sohn eines Hauptamtlichen ebenfalls zum MfS ging. Die vierte MfS-Generation spielte bei der Frage der Leitungsfunktionen keine Rolle, da ihre Angehörigen Ende der 1980er Jahre meist noch zu jung für höhere Positionen waren.

Auch bei der Struktur der weiblichen Hauptamtlichen in der Abteilung XII lassen sich diese generationellen Gruppen finden. Anhand einiger biographischer Beispiele sollen im Folgenden deren Lebens- und Karrierewege skizziert und auf diese Weise einige Aspekte der Rolle von Frauen im MfS veranschaulicht werden.



In einer internen Ausstellung der Abt. XII aus dem Jahr 1984 sollte ein Säulendiagramm dokumentieren, dass der Anteil von Frauen am Leitungspersonal (zweite Säule) demjenigen entsprach, der für das gesamte Personal der Abteilung (erste Säule) gezählt wurde. Tatsächlich aber waren Frauen in der Leitung der Dienst Einheit unterrepräsentiert, da ihr Anteil in höheren Hierarchieebenen deutlich geringer war als in niedrigen.

Abbildung: BStU, MfS, Abt. XII 4579, S. 164

Die altgediente Kommunistin

Die Anzahl altgedienter Kommunistinnen bei der ostdeutschen Geheimpolizei dürfte relativ überschaubar gewesen sein. In der Abteilung XII lässt sich nur eine einzige ermitteln: Hauptmann Klara Schellheimer, geborene Ruseck, geboren am 18. Oktober 1907 als Tochter eines Drehers und einer Hausfrau in Magdeburg. Die spätere Leiterin des Archivs der Staatssicherheit hatte nach dem Besuch der Volksschule eine Lehre als Stenotypistin absolviert und anschließend in diesem Beruf gearbeitet. 1931 trat

.....
12 BStU, MfS, Abt. XII 4579, S. 164.

sie der KPD bei und heiratete den Kommunisten Johann Schellheimer. Die beiden nahmen später seine Nichte als Adoptivtochter an. Gemeinsam mit ihrem Mann baute Klara Schellheimer nach 1933 eine Widerstandsgruppe auf. Von 1936 bis 1938 und von 1944 bis 1945 wurde sie deshalb inhaftiert. Auch ihr Mann war in Haft und wurde im Februar 1945 im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet.

Nach dem Krieg arbeitete Schellheimer zunächst als Stenotypistin für den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB), dann als Arbeitsschutzinspektorin beim Amt für Arbeit und Sozialfürsorge und schließlich als Kaderleiterin bei der Transportpolizei. Nun war der Weg zum MfS nicht mehr weit: Im März 1951 kam sie als Sekretärin zur Hauptabteilung Kader und Schulung in die Berliner Zentrale, nach verschiedenen anderen Abteilungen wechselte sie dann im November 1953 zur Abteilung XII, wo sie 1958 Leiterin des Referats 3, also des sogenannten Archivs der Geheimpolizei, wurde. Hier arbeitet Schellheimer bis zu ihrer Verrentung im Jahr 1964.

Während der Zeit, in der Schellheimer in der Abteilung XII arbeitete, spielte das „Sammeln“ von Unterlagen über NS-Verbrecher eine wichtige Rolle in der Arbeit des MfS. Mit den in Berlin zentralisierten Materialien sollten DDR-Bürger auf NS-Täterschaft überprüft werden, aber auch Munition im Propagandakampf mit der Bundesrepublik bereitgestellt werden. Dem Archivbereich kam dabei entscheidende Bedeutung zu. So reiste Schellheimer zusammen mit einem Kollegen im Jahr 1957 knapp drei Wochen nach Warschau, um in dortigen Archiven nach Unterlagen zu recherchieren. Ebenso wie sie selbst war auch ihr Kollege vor 1945 in Haft gewesen. Möglicherweise sollte diese Auswahl des Personals die Bereitschaft der Polen zur Kooperation erhöhen.

Auch nach ihrem Ausscheiden aus dem MfS blieb sie der Geheimpolizei verbunden. So wie zahlreiche andere – inzwischen verrentete – Angehörige ihrer generationellen Gruppe wurde sie 1969 für zweieinhalb Jahre als Zivilbeschäftigte angestellt.¹³ Offenbar ging es bei diesem Einsatz um die Aufbereitung der Karteien für die elektronische Datenverarbeitung – für diese sensible Arbeit benötigte man äußerst zuverlässiges Personal. Darüber hinaus wurde Schellheimer, die 1986 starb, im Rahmen der in den 1980er Jahren im MfS verstärkt einsetzenden Traditionsarbeit immer wichtiger. Mitarbeiter der Abtei-

lung XII dokumentierten ihre Biographie und stellten sie im Traditionskabinett, einem im MfS üblichen, der Traditionspflege gewidmeten Raum, aus. Zugleich erhielt die Grundorganisation der FDJ in der Abteilung den Ehrennamen „Johann Schellheimer“. Auf diese Weise wurde Klara Schellheimer zum Scharnier der Verbindungslinie zwischen dem aufopferungsvollen Kampf gegen den Nationalsozialismus und der Arbeit in der Abteilung XII. Dabei dürfte auch eine Rolle gespielt haben, dass man mit Schellheimer eine Frau als Vorbild präsentieren konnte. Insbesondere für die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen der Abteilung, die immer weniger „Helden des Kampfes gegen den Faschismus“ aus eigener Anschauung als Kollegen kannten, wurde so eine Identifikationsfigur aufgebaut, der nachgeeifert werden sollte.



Klara Schellheimer (1907-1986), Leiterin des Archivs der Abt. XII von 1958 bis 1964

Abbildung: BStU, MfS, KS 160/64, S. 150, Bild 3

„Unter Zurückstellung aller persönlichen Interessen“

Während also die Karrieren der seltenen „alten“ Kommunistinnen im MfS in besonderer Weise durch ihren Lebensweg im Nationalsozialismus befördert wurden, konnten die Angehörigen der nachfolgenden Generation, der sogenannten „Flakhelfergeneration“, einen derartigen Hintergrund nicht vorweisen. Sie waren meist noch zu jung für den Einsatz an der Front bzw. zur Übernahme tragender Funk-

.....
13 Vgl. BStU, MfS, Abt. XII 2666, S. 1.

tionen im NS-Regime gewesen, aber alt genug, um das Gemeinschaftsgefühl in den NS-Organisationen erlebt zu haben. Verbunden mit der Euphorie über den gesellschaftlichen und politischen Neuanfang, der ihnen eine glücklicher Zukunft versprach, bildete diese Art der Sozialisation eine zentrale Prägung für diejenige Bevölkerungsgruppe, die die weitere Geschichte der DDR in entscheidender Weise mitbestimmen sollte. Die fehlende kommunistische Biographie ersetzten sie oft durch bedingungsloses Engagement, totale ideologische Überzeugung und – im Fall der weiblichen hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS – oftmals durch Kinder- oder Ehelosigkeit. Ein Beispiel für eine solche Karriere im MfS ist Oberstleutnant Ingeburg Heinritz, hauptamtliche Mitarbeiterin der Abteilung XII – mit zum Teil mehrjährigen Unterbrechungen – von 1953 bis 1987. Ingeburg Heinritz wurde 1927 als Tochter eines Brettschneiders und einer Hausfrau in Olbernhau im Erzgebirge geboren. Sie besuchte die Volksschule. Von 1942 bis 1944 absolvierte sie eine Ausbildung zur Bürogehilfin und arbeitete anschließend über das Kriegsende hinaus als Angestellte in einer Firma in Olbernhau, bis sie im Oktober 1945 bei der örtlichen Stadtverwaltung anfang.

Der Wandel der politischen Verhältnisse ging an der jungen Frau nicht spurlos vorüber. Bereits im Mai 1946 wechselte sie zur SED-Kreisleitung ins nahe gelegene Marienberg, wo sie drei Jahre als Sachbearbeiterin tätig war. In die Partei – damals noch die KPD – war sie bereits am 1. September 1945 eingetreten. In diesen Erfahrungen ihrer Jugend dürfte auch der Grundstein für eine Lebensauffassung liegen, die Heinritz Jahrzehnte später in ihrer Abschiedsrede vor den Delegierten ihrer SED-Parteigruppe so formulierte: „Für mich persönlich war immer der Grundsatz entscheidend, [1.] nie zu vergessen, dass ich ein Kind der Arbeitsklasse bin, [2.] immer treu und zuverlässig zu meiner Partei und zu unserem Staat zu stehen, [3.] alle Beschlüsse der Partei bedingungslos zu erfüllen, [4.] meinen Auftrag im MfS als höchsten Parteauftrag zu betrachten, [5.] nach mehr Wissen zu streben und ein ehrlicher, bescheidener Mensch zu sein.“¹⁴

Den Aufbau der ostdeutschen Geheimpolizei erlebte Heinritz von Beginn an. Am 9. Januar 1950 wurde sie in der Abteilung K der Volkspolizei Sachsen eingestellt und arbeitete dann nach Gründung des MfS als Schreibkraft in der örtlichen Kreisdienststelle des MfS. Der anschließende Wechsel in die Abteilung PK (Politkultur) bedeutete für Heinritz einen deutlichen Einschnitt, denn damit war auch ein Umzug nach Berlin verbunden. Ihr Aufstieg in der

Geheimpolizei begann mit dem Wechsel zur Abteilung XII im November 1953. Bis 1961 arbeitete sie hier als Sachbearbeiterin, später als Hauptsachbearbeiterin. Dann wechselte sie in die neu geschaffene Arbeitsgruppe des Ministers, zu deren Anleitungsbereich die Abteilung XII gehört. In dieser Zeit, im Jahr 1965, absolvierte sie einen dreimonatigen Kurs „Einführung in die Datenverarbeitung“ bei der Betriebsakademie der Staatlichen Plankommission.¹⁵ Nach acht Jahren kehrte sie zur Abteilung XII zurück und wurde 1970 Leiterin des Arbeitsgebietes „Schlüsselung“, ein Jahr später des Referates 4 der Abteilung.

Damit gehörte sie zu den wichtigsten Akteuren der Einführung der Elektronischen Datenverarbeitung in der Abteilung XII. Denn das Referat sollte diese Einführung maßgeblich vorbereiten und umsetzen – ein Quantensprung für die Abteilung, deren Bedeutung innerhalb des MfS durch den Einsatz der modernen Technik in dieser Zeit zuzunehmen begann. Erst die neuen technischen Möglichkeiten der EDV eröffneten schließlich der Geheimpolizei die Möglichkeiten zu der so umfassenden Überwachung der Bevölkerung, wie sie Ende 1989 mit dem Ende der DDR offenbar werden sollte.

Offensichtlich war man an höherer Stelle mit Heinritz' Arbeit zufrieden, denn Ende 1974 wurde sie als Offizier für Sonderaufgaben im politisch-operativen Dienst zur ZAIG versetzt. In dieser Funktion fungierte sie als Datenschutzbeauftragte in der Arbeitsgruppe Datenschutz/Datensicherung.¹⁶ Bei dieser Aufgabe ging es natürlich nicht um das, was meist unter Datenschutz verstanden wird, nämlich um den Schutz der Daten der Bürger. Vielmehr wirkte Heinritz in ihrer Rolle als Datenschutzbeauftragte in einem Kernbereich der Konspiration, jener tragenden Säulen des Selbstverständnisses der Geheimpolizei. Der Schutz elektronischer Daten bildete dabei in dieser Zeit einen ganz neuen Zweig der Konspiration, mit der insbesondere ausländische Geheimdienste am Zugriff auf die Speicher des MfS gehindert werden sollte.

Mit der Planung und Realisierung des EDV-Einsatzes war auch die elektronische Erfassung der in den riesigen Karteien gespeicherten Personendaten verbunden. Die dafür notwendigen Tätigkeiten – im MfS als „Datenumsetzung“ bezeichnet – wurde vorwiegend von Frauen ausgeübt. So kam es, dass Heinritz ein ausgesprochenes „Frauenreferat“ leitete: Im Jahr 1969 waren von den insgesamt 28 Hauptamtlichen des Referates 23 weiblich, und

.....
14 BStU, MfS, Abt. XII 4359, S. 42–55, hier S. 50.

.....
15 Vgl. BStU, MfS, Abt. XII 5148, S. 3.

16 Vgl. BStU, MfS, Abt. XII 5148, S. 23.



Mitarbeiterin der Abt. XII an der Personenkartei F 16. Die Kartei diente dem zentralen Nachweis von Personen, die in das Blickfeld operativer Dienstseinheiten des MfS geraten waren.

Abbildung: BStU, MfS, Abt. XII Fo 92, Bild 2

zwar vorwiegend junge Frauen, „die“, wie es in einer Beurteilung Heinritz' von 1973 heißt, „über keine Erfahrungen in der Arbeit des MfS verfügten“.¹⁷ Heinritz habe, so die Beurteilung weiter, „entscheidenden Anteil daran, dass sich diese Mitarbeiterinnen gute Fachkenntnisse aneigneten, ihr Aufgabengebiet schnell beherrschten und die Arbeitsleistungen rasch anstiegen“. Schließlich vermerkte die Beurteilung auch: „Sie fühlt sich für die Sorgen ihrer Genossen voll verantwortlich und es gelingt ihr [...], den jungen Genossen tschekistische Verhaltensweisen anzuerziehen“¹⁸.

Was das heißt, deutet eine Beurteilung an, die Heinritz im September 1972 über eine untergeordnete, 24-jährige Unteroffizierin verfasste. Neben Formulierungen, die zum Standardrepertoire solcher Beurteilungen gehörten, notierte sie: „Genn. Uffz. K[.] pflegt gute Sitten und Umgangsformen, hat ein sehr gepflegtes Äußeres und kleidet sich mit viel Geschmack. Sie neigt allerdings zur äußerlichen Auffälligkeit. In ihrem charakterlichen Verhalten zeigt sich manchmal ein überbetontes Wesen und hinterlässt den Eindruck, dass sie sich stark in den Vordergrund schiebt. [...] Sie muss darauf bedacht sein, sich

natürlicher zu geben und wird damit mehr Anklang bei ihrer Umwelt finden.“¹⁹ Über eine weitere junge Mitarbeiterin schrieb Heinritz im gleichen Jahr: „Genn. B.[...] hat eine derbe aber nicht verletzende Art und müsste oftmals in ihrer Ausdrucksweise gewählter sein, obwohl sie auch auf diesem Gebiet bereits an ihrer Persönlichkeitsformung gearbeitet hat.“²⁰

Zwar finden sich auch in – von männlichen wie weiblichen Vorgesetzten geschriebenen – Beurteilungen männlicher Hauptamtlicher in der Regel Einschätzungen des Charakters und des Verhaltens gegenüber Kollegen, schließlich wollte das MfS umfassend über seine Mitarbeiter informiert sein. Doch weisen einige Bemerkungen Heinritz' – zum Beispiel das „gepflegte Äußere“, die „guten Sitten“ und die Kleidung – darauf hin, dass bei Frauen zusätzliche Kriterien hinzukommen konnten.

Kritisch vermerkte Heinritz in ihrem Text über die Untergeordnete K., dass diese geplante Qualifizierungsmaßnahmen ablehnen müssen, da sie „durch die Abholung ihrer beiden Kinder vom Kindergarten und deren Betreuung den regelmäßigen Besuch der Studienveranstaltungen

17 BStU, MfS, Abt. XII 5148, S. 11 ff., hier S. 11.

18 BStU, MfS, Abt. XII 5148, S. 11 ff., hier S. 12.

19 BStU, MfS, Abt. XII 2680, S. 11 ff., hier S. 13.

20 BStU, MfS, Abt. XII 3323, S. 14 ff., hier S. 16.

staltungen nicht garantieren“²¹ konnte. Außerdem habe die Frau Schwierigkeiten gehabt, sich in das Kollektiv einzuleben, da sie wegen der Kinder verkürzt arbeitete und „durch die häufigen Erkrankungen ihrer Kinder viel“²² ausgefallen sei.

Eine Form von „Frauensolidarität“, die durchaus denkbar gewesen wäre, klingt in diesen Worten nicht mit. Möglicherweise lag dies daran, dass Heinritz keine Familie hatte. Ihre kinderlos gebliebene Ehe war 1959 geschieden worden. Anders als die meisten anderen weiblichen Mitarbeiter der Abteilung in dieser Zeit war sie demnach nicht für die Versorgung eines größeren Haushalts oder für die Betreuung der Kinder zuständig – Aufgaben, die damals auch in der DDR meist den Frauen verblieben.

Allenfalls Spurenelemente eines gemeinsamen weiblichen Gruppenbewusstseins hauptamtlicher Mitarbeiterinnen lassen sich bei Heinritz finden, etwa in einem Vermerk über einen, durch übermäßigen Alkoholkonsum männlicher Kollegen aus dem Ruder gelaufenen Arbeitseinsatz im Naherholungsobjekt der Abteilung XII. „Zum Schluss haben nur noch die Genossinnen aktiv gearbeitet“, notierte Heinritz, „so dass es Bemerkungen der Gen[ossinnen] gab, die zum Inhalt hatten, dass die Genossinnen doch am zuverlässigsten arbeiten. Wir haben auch darüber gesprochen, dass es schade um die Zeit ist, wenn man nur zum Einsatz fährt und dann nichts tut.“²³ Auch wenn Heinritz hier ihre „Genossinnen“, d.h. eigentlich ihre Untergebenen, sprechen lässt, so erkennt man in dem Zitat dennoch ein weibliches „Wir-Gefühl“ – ohne dass dies allerdings Auswirkungen auf die Rolle der Frauen im MfS-Apparat gehabt hätte.

Heinritz – und das ist sicherlich typisch für diese Generation von MfS-Mitarbeiterinnen – „lebte“ für ihre Arbeit. „Kennzeichnend für sie ist [...] ihre hohe Einsatzbereitschaft unter Zurückstellung aller persönlichen Interessen“, vermerkte eine Beurteilung von 1973 über sie. An anderer Stelle wurde gelobt, dass Heinritz „im durchgehenden 4-Schichtrythmus“²⁴ arbeite. Und in ihrer Abschiedsrede vor den Delegierten ihrer SED-Parteiorganisation im Jahr 1985 beschrieb Heinritz selbst den Arbeitsalltag der Führungskräfte: „Die Menge der Aufgaben eines Leiters und seine Verantwortung für das Ganze ist sehr groß und verlangt den Einsatz der ganzen Person. Ein Leiter hat mehr

Zeit im Dienst aufzubringen, er hat keinen pünktlichen Feierabend. Ich kann oftmals erst nach offiziellem Dienstschluss in Ruhe etwas durcharbeiten.“²⁵ Eine derartige Lebensweise war eine wichtige Voraussetzung für Frauen wie Heinritz, um in den 1950er und 1960er Jahren einen – wenn auch bescheidenen – Aufstieg in der Abteilung XII zu nehmen.

Doch Ehe- und Kinderlosigkeit verhinderten nicht, dass Heinritz' Aufstieg nach ihrer Rückkehr von der ZAIG zur Abteilung XII im Jahr 1979 an sein Ende kam. Sie wurde wieder Leiterin der für die EDV zuständigen Unterabteilung. Diesen Posten behielt sie bis zu ihrer Verrentung am 1. Juni 1987. Seit den 1970er Jahren begannen jüngere und oftmals besser qualifizierte Kader nachzurücken – möglicherweise ein wichtiger Grund für Heinritz' Verharren in ihrer Funktion.

Anlässlich ihrer Verrentung richtete die Abteilung XII eine kleine Feier aus. Die Fotos dieser Feier dokumentieren nicht nur das Abschiedsgeschenk – einen Rasenmäher –, sondern sie unterstreichen noch einmal eindrucksvoll die männliche Dominanz in der Abteilung in dieser Zeit.

Probleme von Vereinbarkeit von MfS und Familie

Denjenigen Tschekistinnen aus Heinritz' Generation, die Hausfrau und Mutter waren, blieb sogar eine solche bescheidene Karriere häufig versperrt. Und diese Frauen waren es auch, die die männlichen Führungskräfte zu der Einschätzung kommen ließen, Frauen mit Kindern seien ein zentrales kaderpolitisches Problem der Abteilung – neben dem in den 1950er- und 1960er-Jahren gleichfalls hohen Anteil alter und gesundheitlich angeschlagener männlicher Mitarbeiter. So urteilte der Leiter der Abteilung Oberstleutnant Paul Karoos im Oktober 1962: „Durch die Konzentration kranker Genossinnen und Genossen und der grossen Anzahl Mitarbeiterinnen mit Klein- und schulpflichtigen Kindern, ist die Einsatzfähigkeit der Dienstseinheit sowie auch die Arbeitsdurchführung sehr stark gehemmt.“²⁶

Während in dieser Zeit die älteren Männer, die oft als Widerstandskämpfer im KZ gesessen hatten und nicht selten von operativen Einheiten kamen und somit nun in der Abteilung XII gleichsam „auf's Altenteil“ geschoben worden waren, oft krankheitsbedingt ausfielen, wurden die jungen Frauen oft schwanger und verließen dann bald wieder das MfS – mühsam mussten dann neue Kader

21 BStU, MfS, Abt. XII 2680, S. 11 ff., hier S. 12.

22 BStU, MfS, Abt. XII 2680, S. 11 ff., hier S. 13.

23 BStU, MfS, Abt. XII 2738, S. 15 f., hier S. 15.

24 BStU, MfS, Abt. XII 5148, S. 23 f., hier S. 24.

25 BStU, MfS, Abt. XII 4359, S. 42–55, hier S. 50.

26 BStU, MfS, AS 82/70, S. 61.



Oberstleutnant Ingeburg Heinritz, vermutlich bei ihrer Verabschiedung im Jahr 1987, mit dem männlichen Leitungspersonal der Abt. XII
 Abbildung: BStU, MfS, Abt. XII 4359, S. 6, Bild 25

gefunden werden. Blieben die Frauen nach der Geburt der Kinder im MfS, so war es üblich, dass im Falle der Erkrankung der Kinder die Mütter – und nicht etwa die Väter – sie zu Hause betreuten und somit nicht zur Arbeit kommen konnten. Im Jahr 1962 zählte man in der Abteilung insgesamt weit über 2000 Ausfalltage, von denen über elf Prozent durch die Abwesenheit der Mütter wegen ihrer kranken Kinder bedingt waren – die restlichen betrafen Krankheiten oder Kuraufenthalte der Mitarbeiter selbst. Bei den durch Krankheiten der Kinder bedingten Ausfalltagen handelte es sich um unbezahlten Urlaub, sodass dadurch die Motivation der Eltern, den in der Regel besser verdienenden Vater und nicht die Mutter für die Pflege „abzustellen“, kaum gestärkt worden sein dürfte.

Frauen waren angesichts derartiger Probleme in der Regel nicht so flexibel einsetzbar wie ihre männlichen Kollegen. Dies betraf auch die Frage der Arbeitszeiten. Schichtarbeit war unter den Bedingungen, die die Sorge für Haushalt und Familie vorgaben, kaum möglich. Und manchmal konnte auch ein weinendes Kind zu Sonderwünschen führen, die das kritische Urteil der Vorgesetzten über ihre weiblichen Mitarbeiter verstärkt haben dürfte.

Ein weiteres Problem bereitete den männlichen Führungskräften der weit verbreitete Wunsch der weibli-

chen Hauptamtlichen mit Kindern, zumindest für eine begrenzte Zeit verkürzt zu arbeiten. Solchen Wünschen galt es im Sinne des MfS entgegenzutreten. „Der Anteil der teilbeschäftigten weiblichen Angehörigen konnte durch zielstrebige Überzeugungsarbeit und Klärung persönlicher Probleme erheblich gesenkt werden“²⁷, berichtete etwa der vierte Leiter der Abteilung XII, Roland Leibold, 1973 über die „Kaderarbeit“ in seiner Dienst Einheit – Teilzeitarbeit erscheint vor dem Hintergrund solcher Formulierungen fast wie „untschekistisches Verhalten“.

Diese Problematik beschäftigte das MfS seit den 1950er Jahren, doch seit den 1970er, vor allem aber in den 1980er Jahren bekam das Thema eine zusätzliche Brisanz. Von den sozialpolitischen Maßnahmen, mit denen die SED aus politischen und ökonomischen Gründen für Frauen mit Kindern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärkte, war nämlich das MfS als „Arbeitgeber“ ebenso wie alle anderen DDR-Betriebe betroffen. In seinem „Bericht über die Erfüllung der Aufgaben der Kaderarbeit im Jahre 1987“ beklagte sich etwa der letzte Leiter der Abteilung XII, Oberst Heinz Roth, mehr oder minder

.....

27 BStU, MfS, Abt. XII 2648, S. 95.

offen darüber, dass 38 Prozent seiner weiblichen Untergebenen „die sozialpolitischen Maßnahmen (z.B. 40-Stunden-Woche) in Anspruch“²⁸ nähmen. Neben dem hohen Anteil älterer Mitarbeiter seien diese Maßnahmen die zentrale Belastung für die „Kaderstabilität“. Entspannung für die Zukunft sah Roth in erster Linie in der „Zuführung junger, schichtdienstfähiger und gesundheitlich voll belastbarer Angehöriger“. Dass damit eher nicht weitere Frauen gemeint waren, auch wenn Roth das im Kaderbericht nicht so deutlich hätte formulieren dürfen, zeigt sich schon allein an der Entwicklung des Frauenanteils in der Abteilung XII – bis Ende der 1980er Jahre sank dieser, wie schon erwähnt, kontinuierlich.

Karrierechancen einer Nachgeborenen

Trotzdem stiegen auch in dieser Zeit Frauen in mittlere Leitungsfunktionen der Abteilung XII auf, ohne dass allerdings eine von ihnen in dieser Zeit bis zur Ebene der Stellvertreter des Leiters der Abteilung vorgedrungen wäre. Welche Karrieren für diese nachrückende Generation möglich waren, zeigt das Beispiel von Oberstleutnant Rosemarie Redmann.

Am 4. Dezember 1945 wurde Redmann in einem Dorf im Erzgebirge, zufälligerweise nur wenige Kilometer vom Geburtsort ihrer späteren Kollegin Heinritz, geboren – „unehelich“, wie die Kaderkarteikarte des MfS vermerkt.²⁹ Ihre Mutter war systemnah und arbeitete später als politische Mitarbeiterin bei der SED-Stadtleitung Leipzig. Nach der Grundschule in ihrem Heimatdorf und der Erweiterten Oberschule in Leipzig konnte Redmann an der Arbeiter- und Bauernfakultät Halle II 1964 das Abitur ablegen. Anschließend begann sie eine Ausbildung zur Chemiefacharbeiterin in Bitterfeld – mit Erfolg, denn bereits 1965 nahm sie an der TU Dresden ein Studium in der Fachrichtung „elektrische Energieanlagen“ auf. Hier zählte sie „zu den besten Studenten“, wie ihre Kaderakte vermerkte. Im selben Jahr heiratete sie – ihr Mann war ebenfalls Chemiefacharbeiter und studierte später Mathematik. Drei Monate nach der Hochzeit trat Redmann schließlich auch der SED bei, nachdem sie in den üblichen Massenorganisationen FDJ, FDGB, Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) und Gesellschaft für Sport und Technik (GST) bereits früher Mitglied geworden war.

28 BStU, MfS, Abt. XII 4415, S. 241.

29 Vgl. im Folgenden BStU, MfS, Abt. XII 4161, S. 4–13.

Noch während ihres Studiums, das 1970 endete, nahm die Abt. XII Kontakt zu ihr auf. Am 28. März 1969 führten zwei Vertreter der Abteilung ein Kadergespräch mit ihr, schlossen einen Vorvertrag und versprachen eine Erhöhung des Stipendiums um 80,- Mark.³⁰ Redmann erklärte sich zu einer hauptamtlichen Tätigkeit bereit, auch der notwendige Wechsel aus ihrem bisherigen Spezialgebiet Elektrotechnik zur EDV fiel ihr nicht schwer, denn „die Wahl ihrer jetzigen Studienrichtung [sei] seinerzeit etwas unglücklich zustande“ gekommen. Am selben Tag sprachen zwei andere MfS-Mitarbeiter mit Redmanns Ehemann und gewannen ihn für eine Tätigkeit bei der Hauptabteilung VI. Später wurde auch ihr Bruder hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS.

Offensichtlich trug die Faszination, die von der damals noch neuen elektronischen Datenverarbeitung ausging, dazu bei, dass sich Redmann beim MfS verpflichtete. Hier sah sie wohl ihre Chance, an der Entwicklung moderner Technologie mitwirken zu können. Hinzu kam, dass sie sich in einem familiären Umfeld bewegte, in dem offenbar keine Zweifel am Herrschaftsanspruch von SED und MfS existierten. Außerdem dürfte vermutlich auch die finanzielle Seite eine Rolle bei der Entscheidung für eine Verpflichtung beim MfS gespielt haben.

Am 1. Oktober 1970 nahm Redmann ihre Tätigkeit in der Abt. XII in Berlin auf und beschäftigte sich hier in den nächsten Jahren hauptsächlich mit Fragen der EDV. Bereits 1974 wurde sie stellvertretende Referatsleiterin, später stieg sie auf zur Referatsleiterin, dann zur stellvertretenden Leiterin der Auswertungs- und Kontrollgruppe. Im Jahr 1985 schloss sie schließlich ihren kontinuierlichen Karriereweg als Leiterin der für die Zentrale Personenkartei zuständigen Abteilung XII/6 ab. Damit fungierte Redmann in der Abteilung XII in dieser Zeit als diejenige Frau mit dem höchsten Rang und der wichtigsten Funktion.

Anders als ihre Vorgängerinnen in leitenden Positionen der Abteilung XII blieb Redmann nicht kinderlos. 1972 wurde sie Mutter einer Tochter, unterbrach ihre Berufstätigkeit jedoch nicht. Einerseits dürften die sozialpolitischen Maßnahmen die außerfamiliäre Betreuung von Kindern mittlerweile erleichtert haben, andererseits werden der Druck des MfS und sicher auch die Bereitschaft der Mitarbeiterin dazu beigetragen haben, dass die Unterbrechung nur auf Schwangerschaft und Wochenbett beschränkt blieb.

30 Vgl. im Folgenden BStU, MfS, Abt. XII 4161, S. 2 f.

Wie das Beispiel Redmann zeigt, hatten sich die Lebens- und Karrierewege leitender hauptamtlicher Mitarbeiterinnen im MfS somit durchaus analog zu den in der gesamten DDR-Gesellschaft sich wandelnden Rahmenbedingungen geändert. Trotzdem blieb die Geheimpolizei eine „Männerwelt“, in der Frauen weiterhin keine bedeutende Rolle im Blick auf Führungspositionen spielten – Redmanns Aufstieg war auch in der Abt. XII in dieser Zeit eine Ausnahme.

Frauen in der „Männerwelt“ des MfS

Der Bedeutung von Frauen im MfS wird man jedoch nicht gerecht, wenn man allein auf die leitenden Kader blickt, zumal eine solche Perspektive dazu führen könnte, die Mitverantwortung von Frauen für das Wirken der Geheimpolizei gering zu schätzen – eben weil es so wenige weibliche Führungskräfte gab. In der Abt. XII arbeiteten nämlich auch Dutzende von Frauen an untergeordneter Stelle und verrichteten hier über Jahre Tag für Tag ihren Dienst: bei der Dateneingabe, an den Karteiumlaufschranken, bei der Aktenausgabe, als Sekretärin, bei der Postver-

teilung, in der Verwaltung der archivierten Unterlagen. Sie bildeten gemeinsam mit ihren männlichen Kollegen die Voraussetzung für die Repressions- und Überwachungsmaßnahmen, mit denen das MfS die DDR-Gesellschaft unter Kontrolle zu halten versuchte.

Eine ehemalige hauptamtliche Mitarbeiterin aus der Abteilung Rückwärtige Dienste erläuterte 1993 in einem Zeitungsinterview, sie und ihre Kolleginnen seien im MfS „nicht als Frauen [...], sondern als funktionierende Schraubchen“ wahrgenommen worden – sie hätten „in einem doppelten Patriarchat gelebt: in dem der Gesellschaft und in dem des Militärs“. Tatsächlich waren Frauen bei der Staatssicherheit jedoch nicht nur „Schraubchen“ oder „Opfer“ männlicher Dominanz. Sie trugen vielmehr an vielen Stellen zum Funktionieren des Repressionsapparates bei. Der Blick auf die weiblichen Hauptamtlichen – im Jahr 1989 immerhin rund 14 000 – kann somit unsere Erkenntnisse über die Tätigkeit und Wirkungsweise des Ministeriums für Staatssicherheit und unser Bild vom MfS weiter schärfen. ■

Oft ist nur ein Gedenkstein geblieben

Umsiedlungsaktionen in der Zeit der DDR und
geschleifte Orte an der Grenze zwischen Bayern und Thüringen

von Ludwig Unger



Gedenkstein Liebau
Foto: gemeinfrei,
[http://commons.
wikimedia.org](http://commons.wikimedia.org)

„Hier stand das Dorf Liebau/erstmalig erwähnt 1317/1952 Flucht aller Dorfbewohner/1975 Abriß des Dorfes auf Anordnung des SED Regimes.“ – Ein Gedenkstein mit dieser Inschrift erinnert an den ehemaligen Ort Liebau südlich von Sonneberg – vor zwei Jahren hätten die Bewohner das 800-jährige Bestehen feiern können. Doch es gibt ihn nicht mehr, die DDR-Diktatur hatte sein Ende beschlossen und hat diese Entscheidung rücksichtslos umgesetzt. Rund 70 Menschen hatten 1952 dort noch gelebt. Von drei Seiten aus war der Ort in Thüringen von bayerischem Gebiet umgeben – vergleichbar mit einem Dorf Kleinensee im hessisch-thüringischen Grenzgebiet – allerdings unter anderen Vorzeichen. Diese Ortschaft im Landkreis Bad Hersfeld-Rotenburg war von drei Seiten von DDR-Gebiet eingeschlossen und in den Ort führte lediglich eine Zugangsstraße – als Weg hinein und hinaus.

Im Fall von Liebau war es umgekehrt. Gerade mal 200 Meter breit war die „Nabelschnur“ zwischen dem kleinen Dorf und der DDR. Zu nah schien aus der Sicht der SED-Verantwortlichen – auch vor Ort – der kapitalistische Westen; zu verlockend hätte er auch auf die Bewohner des Dorfes wirken können. Und das galt nicht nur für die Menschen in Liebau. Genau das ist am Ende auch geschehen. Es kam zu der sog. Friedlichen Revolution vieler Menschen in der DDR.

Die Errichtung eines „antifaschistischen Schutzwalls“ war für die SED-Führung unter Walter Ulbricht und Ministerpräsident Otto Grotewohl 1961 das gegebene politische Mittel – sich abschotten und abgrenzen hieß die Devise. Die Ausgangslage dazu relativ günstig. Denn bereits in den ersten Jahren nach der Errichtung der DDR wurde die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR auf Befehl der SED recht scharf kontrolliert. Die DDR hatte z. B. 1951 eine 200-Meter-Zone geschaffen, deren Zutritt nur besonders Berechtigten erlaubt war. Ein Jahr später allerdings bekam diese Kontrolle eine ganz neue Dimension: 1952 – und nicht erst seit 1961 – wurde die Grenzsicherung massiv verstärkt

– Grenzanlagen systematisch aufgebaut.¹ Nun sollte die Grenze aus Sicht der SED-Führung unüberwindbar werden. Die Begründung dafür liest sich in der „Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands vom 26. Mai 1952“ kurios und soll die reale Motivation vertuschen: „Das Fehlen eines entsprechenden Schutzes der Demarkationslinie seitens der Deutschen Demokratischen Republik wird von den Westmächten dazu ausgenutzt, um in immer größerem Umfange Spione, Diversanten, Terroristen und Schmuggler über die Demarkationslinie der Deutschen Demokratischen Republik zu schleusen.“² Das Ministerium für Staatssicherheit wurde vom Ministerrat der

.....

1 Zum Grenzregime einfürend u.a.: Peter Joachim Lapp: Grenzregime der DDR, Aachen 2013; Ingolf Hermann/Hartmut Rosunger/Karsten Sroka: Lexikon der innerdeutschen Grenze. Das Grenzsicherungssystem, die Folgen und der zeitgeschichtliche Rahmen der innerdeutschen Grenze und der Berliner Mauer in Stichworten, Schriftenreihe des Bürgerkomitees des Landes Thüringen e.V., Bd. 20, Bad Langensalza 2017; Albert Reinhold/Hans-Jürgen Salier: Grenzerfahrungen kompakt. Das Grenzregime zwischen Südthüringen und Bayern/Hessen von 1845 bis 1990, Leipzig – Hildburghausen 2009; Klaus Schroeder/Jochen Staadt (Hg.): Die Todesopfer des DDR-Grenzregimes an der innerdeutschen Grenze 1949 – 1989“, in: Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, Bd. 24, Berlin 2017.

2 Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands vom 26. Mai 1952, siehe: <http://www.verfassungen.de/ddr/demarkationslinienverordnung52.htm> [Stand: 24.09.2019] sowie in: Daniel Zuber: Billmuthausen, Leitenhausen und Erlebach – die geschleiften Dörfer im Heldburger Unterland 1945 – 1987, hg. vom Förderverein Gedenkstätte Billmuthausen e.V., Hildburghausen 2009, S. 204 ff.



Liebau vor dem Abriss des Ortes durch die Stasi, Liebaupanorama BStU, MfS, BV Suhl, Abt. VII 7219, Bl.7
Foto: Anne Heinlein

DDR „beauftragt, unverzüglich strenge Maßnahmen zu treffen für die Verstärkung der Bewachung der Demarkationslinie“. Mit der ergänzenden „Polizeiverordnung über die Einführung einer besonderen Ordnung an der Demarkationslinie“ vom gleichen Tag wurden „eine 5 Kilometer breite Sperrzone“ sowie unmittelbar an der Demarkationslinie ein zehn Meter breiter Kontrollstreifen und ein etwa 500 Meter breiter Schutzstreifen eingerichtet. Personen, die in der Sperrzone wohnten, mussten sich eine besondere Wohnberechtigung für die Sperrzone mit Stempel im Ausweis genehmigen lassen; das kulturelle und soziale Leben in der Sperrzone bedurfte künftig besonderer Genehmigungen und wurde auch zeitlich eingeschränkt. Und das „Überschreiten des 10 Meter Kontrollstreifens ist für alle Personen verboten“.³ Sanktioniert werden sollte die Übertretung des Kontrollstreifens im Bedarfsfall mit der Schusswaffe. Personen, die nicht in der Sperrzone wohnten, benötigten zum Besuch eine Genehmigung.

Konkret hatte die Verordnung des DDR-Ministerrats menschenverachtende Maßnahmen zur lückenlosen Überwachung des Grenzraumes zur Folge. Diese wurde in der entsprechenden Polizeiverordnung deutlich.

Greifbare Schritte waren in der Folge z. B. die Errichtung von Bretter- und Holzzäunen sowie von Stacheldrahtzäunen. Und es ging dabei nicht – wie von der SED-Führung behauptet – um eine Präventionsmaßnahme gegen Eindringlinge vom Westen auf das Gebiet der DDR. Nein, es ging um die existenzielle Angst des DDR-Regimes, dass ihm die eigenen Bürgerinnen und Bürger mit einer Abstimmung mit den Füßen auf Nimmer-Wiedersehen den

Rücken kehrten, um in Freiheit, Selbstbestimmung und seit der Währungsreform auch in zunehmend prosperierenden Verhältnissen zu leben. Hunderttausende hatten seit Gründung der DDR den Weg nach Westen bereits gesucht und gefunden. Die SED wollte diesen Aderlass stoppen – Eile war geboten. Und die Opfer dieser Ministerratsentscheidung – der Ministerrat war in der Einparteiendiktatur zunehmend ein ausführendes Organ der SED – waren die Menschen, die im sozialistischen „Arbeiter- und Bauernstaat“ in Grenznähe lebten, deren soziale Kontakte eingeschränkt wurde – die Begegnung untereinander und die Kommunikation mit Menschen außerhalb der Sperrzone.

Tausende Menschen wurden zwangsumgesiedelt

Bald startete die DDR-Führung die erste Welle von Zwangsumsiedlungen von Menschen in der Sperrzone⁴ – man kann hier auch von Deportationen oder – wie es die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur tut – von „Verschleppung“ sprechen und damit die menschliche Problematik noch stärker betonen. Betroffen waren vor allem Bürgerinnen und Bürger in der Sperrzone wie Erlebach oder in unmittelbarer Nähe zu dieser wie in Billmuthausen, Leitenhausen und Ummerstadt.⁵ Denn für diese schien es am einfachsten, ihre Gelegenheit zur vermeintlichen „Republikflucht“ zu nutzen.⁶ Entsprechend brachten ihnen die SED und die Sicherheitsorgane Misstrauen entgegen.

3 Polizeiverordnung über die Einführung einer besonderen Ordnung an der Demarkationslinie vom 26. Mai 1952, siehe: <http://www.verfassungen.de/ddr/demarkationslinienverordnung52-v1.htm> [Stand: 24.09.2019]; ferner in: Daniel Zuber (wie Anm. 2), S. 207–212.

4 Einen Überblick über die Zwangsumsiedlungen liefern: Inge Bennewitz/Rainer Portratz: Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze: Analysen und Dokumente, Berlin 2012.

5 Zur Situation in den drei Orten Billmuthausen, Leitenhausen und Erlebach, siehe: Zuber (wie Anm. 2).

6 Zuber (wie Anm. 2) schildert einzelne Beispiele zu den Orten Billmuthausen, Leitenhausen und Erlebach.



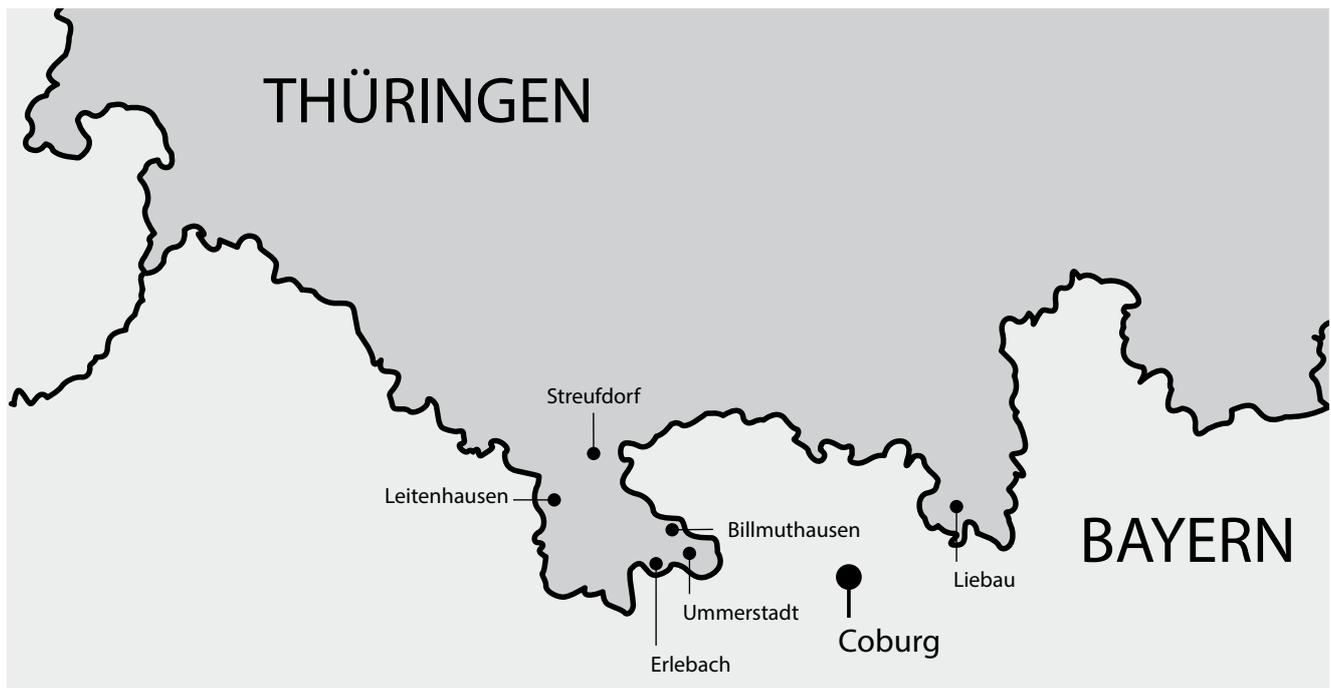
Zunächst wurden vor allem „politisch unzuverlässige“ Menschen ihrer Heimat beraubt und nach äußerst kurzfristiger Information mit Lastwagen in das Landesinnere verbracht. In den frühen Morgenstunden wurden die betreffenden Menschen bei der „Aktion Ungeziefer“⁷ in der Regel von Volkspolizisten ins Bürgermeisteramt gebracht und ihnen wurde die bevorstehende Aussiedlung bekanntgegeben. Der zeitliche Vorlauf reichte meist nicht einmal dazu aus, das nötigste Hab und Gut zu packen, um es auf die bereits vor dem Haus stehenden Lastwagen zu verladen. Die „Aktion Ungeziefer“ des Ministeriums für Staatssicherheit und der Volkspolizei traf im Juni 1952 unvermittelt viele Bürgerinnen und Bürger der DDR in der Sperrzone.⁸ Rund 390.000 Männer, Frauen und Kinder lebten in der Sperrzone, rund 8.300 wurden binnen weniger Wochen als „Ungeziefer“ aus ihren Häusern herausgerissen – die offizielle Begründung dazu lautete: Es seien „kriminelle Subjekte“ und „Staatsfeinde“. Diese Argumentation des SED-Staates sollte bei den einen Angst erzeugen – z. B. bei Dissidenten, was einem Bürger drohen könne, wenn er sich nicht einfügt – und andere zugleich in Sicherheit wiegen – nämlich „Regimekonforme“, die, so schien es, keine Veränderungen zu fürchten bräuchten.

7 Yvonne Doms: „Aktion Ungeziefer: „Der Mensch ist nichts – Befehl ist alles“. Die Zwangsaussiedlungen 1952 in der DDR unter besonderer Berücksichtigung der Berichterstattung in der west- und ostdeutschen Presse sowie der lokalgeschichtliche Blick auf die Ereignisse im südthüringischen Raum. Masterarbeit im Masterstudiengang Geschichte in der Fakultät Geistes- und Kulturwissenschaften der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Bamberg 2014 ; Landeszentrale für politische Bildung Thüringen (Hg.): Thüringer Blätter zur Landeskunde. Zwangsaussiedlungen in Thüringen 1952 und 1961, Erfurt 1996.

8 Bennewitz/Pongratz (wie Anm. 4), S. 41 f.; Doms (wie Anm. 7), S. 15 f.

Und an ihrem neuen Wohnort wurden viele von ihnen, wie im Juli 2019 Marie-Luise Tröbs, die Präsidentin des Bundes der Zwangsausgesiedelten, beim „Campus der Freiheit“ in Mödlareuth wieder einmal sagte, durch Difamierungen über ihr angebliches Vorleben, die bereits vor ihrer Ankunft von Stasi-Mitarbeitern oder sonstigen Helfershelfern verbreitet wurden, sozial isoliert. Wer als „Krimineller“ diffamiert in ein Mehrfamilienhaus einzog, der wurde ausgegrenzt und seine Chancen auf eine neue Heimat waren rapide gesunken.

Nicht überall ergaben sich die Bewohner, denen die Zwangsumsiedlung bevorstand, widerstandslos ihrem Schicksal. In Streufdorf unweit von Heldburg in Südthüringen etwa erlebten die Volkspolizisten am 5. Juni 1952 unerwartet massiven Widerstand. Sie trafen auf wehrhafte Mitbürger auf und hinter Barrikaden und wurden von diesen mit Steinen beworfen. Der Bürgermeister spielte eine Schlüsselrolle dabei, den Widerstand zu organisieren. Erst nachdem die Volkspolizei aus Hildburghausen und Meiningen Verstärkung erhalten hatte, konnte sie den Widerstand u. a. mit berittener Polizei brechen. Das Zweiländermuseum in Streufdorf sowie ein Gedenkstein an der evangelischen Kirche dieses Dorfs im Landkreis Hildburghausen halten die Erinnerung an dieses Unrecht gegenüber den Menschen in Streufdorf lebendig. Auch in Liebau nahmen die Menschen die Zwangsmaßnahmen der Diktatur nicht hin. Hier kam es nicht zur gewalttätigen Auseinandersetzung, sondern alle rund 70 Bewohner flüchteten ins benachbarte Franken – sie nahmen sogar das Großvieh mit sich. In Billmuthausen z. B. flüchteten 34 Menschen mit allem, was sie tragen konnten, in die Bundesrepublik. Die Fluchtbewegung war nicht auf diese wenigen Orte begrenzt. Insgesamt haben der ersten Umsiedlungsaktion wohl 4.000 Menschen getrotzt und erfolgreich den Weg in den Westen beschritten.



Geschleifte Orte in Thüringen, die in diesem Beitrag behandelt werden
Karte: LZ, Agentur Mumbeck

Auch im Fachwerkstädtchen Ummerstadt, wo auch DDR-Grenztruppen stationiert waren, widersetzten sich Bürgerinnen und Bürger der Zwangsumsiedlung. Auf bayerischer Seite gründeten sie später eine „Gemeinschaft der Ummerstadter“, die auf einem Hügel mit Blick auf ihre Heimatstadt zu Beginn der 1960er Jahre ein Kreuz errichtete – das Ummerstadter Kreuz –, wo regelmäßig Gedenkveranstaltungen an das Schicksal der Menschen jenseits der Grenze stattfanden.

Mauerbau von 1961 als neue Eskalationsstufe

Neun Jahre später, im Juni 1961, hat zwar der Vorsitzende des Zentralkomitees der SED und Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht noch behauptet: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“⁹ Doch war mit seiner Aussage die Katze aus dem Sack: Die Idee einer Mauer und damit einer weiteren Abschottung gegenüber den Menschen im Westen Deutschlands war damit öffentlich – gerade durch das verräterische „Niemand“. Mit dem Mauerbau ab dem 13. August – symbolträchtig gerade in Berlin – sowie dem Austausch der Stacheldrahtzäune gegen erhöhte Metallgitterzäune und den Einsatz von

9 Diese Aussage tätigte Walter Ulbricht im Rahmen einer Pressekonferenz vom 15. Juni 1961, die damals vom Fernsehen übertragen wurde.

Minen im Grenzgebiet wurde eine neue Eskalationsstufe der Abschottung der DDR und ihrer Menschen gegenüber dem anderen Teil Deutschlands erreicht – ein Abbild der neuen Dimension des Kalten Krieges.

In der DDR drehte der Apparat des mächtigen Stasi-Chefs Erich Mielke das Rad der Unterdrückung der Bevölkerung weiter. Neben dem Grenzregime waren dies die Bespitzelung durch die Stasi, das damit verbundene Sanktionssystem bis hin zur Inhaftierung, das von der Partei beherrschte Erziehungswesen. Die „Entleerung“ der grenznahen Gebiete ging weiter: Mit der „Aktion Kornblume“, die andernorts z. B. auch „Aktion Festigung“ genannt wurde, wurden im Herbst 1961 neuerlich Menschen deportiert und irgendwo in der DDR neu angesiedelt – im Landesinnern – mehr als 3.000 Menschen sind es im Rahmen dieser zweiten Welle gewesen.¹⁰ Die Begründungen waren vielfältig und betroffenen Parteimitgliedern wurde die Umsiedlung sogar unter Hinweis

10 Die Berliner Zeitung vom 6.4.2016 bezieht sich auf die Aussage von Wolf-Rüdiger Knoll vom Institut für Zeitgeschichte in Berlin als Gesprächspartner. Siehe den Beitrag: Susanne von Schenck: http://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2011/10/06/drw_201110060918_aktion_kornblume_-_zwangsumsiedlu_b71b0d24.mp3 „Aktion „Kornblume“ – Zwangsumsiedlungen an der innerdeutschen Grenze. (MP3; 3,4 MB, gesendet am 1. Oktober 2011 in der Sendung Ortszeit auf HYPERLINK "/wiki/Deutschlandradio_Kultur"Deutschlandradio Kultur [Stand 21.07.2014].

auf ihre Pflicht gegenüber der Partei und dem Staat nachdrücklich angeraten. Die einen folgten, die anderen hielten an ihrer Heimat fest – so gut sie konnten.

Auch bei der „Aktion Kornblume“ verloren viele ihre Freunde und Familien, sie büßten ihr Haus und ihre Wohnung ein. Über ihre gewohnte Arbeit in der gewohnten Einrichtung wie einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft, einem Volkseigenen Betrieb oder einem der noch bis in die 1970er Jahre bestehenden kleinen und mittelständischen Familienbetrieben hinaus wurden auch die sozialen Bande zu Kolleginnen und Kollegen, zu den Nachbarn durchschnitten. Für Kinder und Jugendliche wurden Klassengemeinschaften zerrissen. Unsicherheit traf die Menschen: Wo werde ich wohnen? Was werde ich arbeiten? Finde ich eine neue Heimat? Warum wird mir ein solches Schicksal zuteil? Der Sohn einer Familie, die damals in Ummerstadt aufgrund der Westkontakte des Vaters das Schicksal der Zwangsumsiedlung traf und in Suhl neue Wurzeln schlagen sollte, hat gegenüber dem Autor gerade die menschliche Dimension thematisiert.¹¹ Selbst um seine Großeltern in dem historischen Ummerstadt zu besuchen, musste der Junge nach der Zwangsumsiedlung einen Passierschein beantragen – immer bangend, ob dieser auch genehmigt würde. Später konnten die Anträge nur noch von den Angehörigen in der Sperrzone selbst gestellt werden. Das machte es schwer, die engsten Verwandten zu besuchen – die Bande zerrissen.

In den späten 1960er und 1970er Jahren wurde parallel das Grenzregime weiter verschärft – im Sinne des DDR-Regimes weiter „optimiert“: Betontürme, Selbstschussanlagen und Signalzäune ergänzten den „Schutz der Demarkationslinie“. Die Selbstschussanlagen wurden ebenso wie die Minen erst in den 1980er Jahren abgebaut – auch im Umfeld eines großzügigen Kredits der Bundesrepublik Deutschland an die DDR.

Zuzug begrenzen, eine Region ausdünnen

Gänzlich entvölkern wollte und konnte die SED-Führung die Sperrzone nicht. Denn dazu hätte man ja knapp 390.000 Menschen auf der gesamten Länge der DDR-Grenze von der Ostsee bis nach Oberfranken deportieren müssen. Die mögliche Wirkung innerhalb wie außerhalb des Landes war schwer einzuschätzen. Allein der Versuch einer noch größeren Umsiedlungsaktion hätte sicher zu

massivem Widerstand geführt. Und die Ausdünnung der Bevölkerung in Grenznähe einschließlich der Deportationen sollte ja möglichst geräuschlos vollzogen werden. Freilich ließ sich in der Presse der benachbarten Landkreise in der Bundesrepublik die Zwangsumsiedlung nicht gänzlich verschweigen, aber der Blick der bundesdeutschen Medienvertreter konzentrierte sich vermehrt auf das Fluchtverhalten und die nach der Bundesrepublik Deutschland Geflohenen, weniger auf die Deportation selbst. Die DDR-Medien verkündeten die Grundlinie der Verordnung von Ministerrat und Polizeiverordnung und ergänzten diese um Nachrichten über die Meldung von Freiwilligen¹² aus dem Grenzgebiet zu den Sicherheitsorganen der DDR.

Die SED-Diktatur behielt ihr Ziel bei: die Reduzierung der Bevölkerung in unmittelbarer Grenznähe. Hauptmaßnahme dazu war die radikale Begrenzung des Zuzugs in das Grenzgebiet; das betraf auch heiratswillige junge Menschen, deren Partner in der Sperrzone lebten. Es gab Fälle, wie ein Beispiel aus Billmuthausen belegt, in denen sogar jungen Männern, die aus Grenzorten stammten, untersagt wurde, nach dem Militärdienst wieder in ihren Heimatort zurückzuziehen. So konnte man die grenznahe Region weiter ausdünnen. Auch Aufenthalte in Grenzorten zu Ausbildungs- und Lehrzwecken wurden reduziert. Die Infrastruktur um die und in den Orten in der Sperrzone wurde beschnitten: So wurden Buslinien eingestellt, Schulunterricht nicht mehr vor Ort gehalten, Einkaufsmöglichkeiten geschlossen. Frei werdende Häuser wurden in der Regel unmittelbar abgerissen, das noch zu Bauzwecken geeignete Material abtransportiert. Die SED setzte zudem ein Stück weit auf Verlockungen: Familien, die freiwillig das Grenzgebiet verließen, wurde staatliche Unterstützung für den Neubeginn andernorts versprochen, die über die viel zu gering ausfallende Entschädigung der Zwangsumgesiedelten für ihre verlorenen Häuser im Grenzgebiet hinausging. Schließlich war die Zwangsumsiedlung der Menschen im Grenzgebiet ein zentrales Instrument.

Ganze Orte werden entvölkert und die Gebäude abgerissen

Zunächst gab es freilich durchaus widersprüchliche Signale. Dies spiegelt sich z. B. in der Entwicklung der Orte wider. In Liebau wurden nach der Flucht der Einwohner sogar zunächst wieder Menschen angesiedelt: In die nun frei gewordenen Häusern zogen Familien ein – freilich aus der

11 Gespräch von Dr. Ludwig Unger mit Rainer Malsch am 17.10.2018 in Ummerstadt.

12 Doms (wie Anm. 7), S. 72 ff.



In Billmuthausen (links) – Billmuthausen, Thüringen, erstmals urkundlich erwähnt: 1340 nach Chr., gewüstet 1978 (rechts)
Fotos: © Heinlein, Gnaudschun, Wüstungen: aus der Privatsammlung Ludloff

Region. Erst 1975 wurden auf Beschluss der SED-Bezirksleitung in Suhl die restlichen Bewohner zwangsumgesiedelt und die Gebäude abgerissen – der Ort wurde geschleift. Die Gründe für die zunächst zögerliche Umsiedlung mögen vielfältig sein – einer war sicher der fehlende notwendige Wohnraum für die Menschen, die umgesiedelt werden sollten, ein anderer das Ansinnen, diese ohne große Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu realisieren.

Liebau war nicht der einzige Ort, dessen gesamte Bevölkerung deportiert und dessen Gebäude allesamt abgerissen wurden. Es gab über 50 „geschleifte Orte“¹³ und sie liegen auch nicht nur in Thüringen, sondern entlang der deutsch-deutschen Grenze. Als Beispiele für geschleifte Orte in Sachsen – nahe der bayerischen Grenze – seien Markusgrün bei Heinersreuth sowie Troschenreuth südlich von Plauen genannt.

Der Blick zurück nach Thüringen: Gerade in den 1970er und 1980er Jahren lässt sich die Schleifung einiger betroffener Orte festmachen. Nach dem Wegzug der letzten Familie aus Leitenhausen z. B. wurden das Gut und die bestehenden Gebäude 1972 abgerissen. Wie auch in Billmuthausen wurde nur der Friedhof verschont – die

.....

13 Zu den geschleiften Orten siehe u. a. Annette Kaminsky (Hg.), Ruth Gleinig (Bearb.): Orte des Erinnerns: Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR, Berlin 2016. 2017 hat die Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur eine Ausstellung zum Thema „Wüstungen – Geschleifte Orte an der innerdeutschen Grenze“ in Berlin gezeigt.

Familien widersetzten sich z. T. den Umbettungen von verstorbenen Verwandten. Dort hatte bereits die Sowjetische Militäradministration die Beseitigung des bisherigen Gutshauses angeordnet,¹⁴ die Kirche wurde Mitte der 1960er Jahre auf Anordnung der Behörden abgerissen. In den 1970er Jahren wurden die Billmuthausener zum Verlassen ihrer Heimat genötigt. 1978 hat man das Dorf geschleift. Erlebach war wenige Jahre später von diesem Schicksal betroffen – hier hatten zwei Einwohnerinnen unter Androhung des Suizids bewirkt, dass die Zwangsumsiedlung hinausgezögert wurde. 1986 – aus heutiger Sicht nur drei Jahre vor dem Fall des Eisernen Vorhangs – hatten die letzten Bewohner Erlebach verlassen, der Ort wurde völlig dem Erdboden gleichgemacht.

Soziales Leben und Geschichte gehen verloren

Mit dem Verbot des Zuzugs von Menschen aus anderen Regionen, ja sogar aus der Umgebung, der Ausdünnung der Infrastruktur sowie mit der Zwangsumsiedlung der bisherigen Einwohner, ferner mit dem Abriss freierwerdender Gebäude kam es bereits vor dem faktischen Aus vieler Ortschaften im unmittelbaren Grenzgebiet zum Ende oder einem massiven Rückgang des sozialen Lebens. Mit der Zwangsräumung und der Schleifung wurden dann über das

.....

14 Die Befehlsgewalt bis 1949 hatte die Sowjetische Besatzungsmacht. Der Abriss erfolgte noch vor Gründung der DDR.

dramatische menschliche Schicksal hinaus historische Orte dem Vergessen preisgegeben. Gerade in dem im thüringischen Süden konnten die Ortschaften auf eine lange – mit Quellen belegbare – Geschichte menschlichen Miteinanders und Schaffens zurückblicken.

Die zentralen Motive des Handelns der DDR-Führung im Kalten Krieg waren die absolute Kontrolle über den Grenzraum und die vermeintliche hundertprozentige Sicherheit, dass dieser nicht verletzt oder durchbrochen wurde. Nur, wenn sie die eigene Bevölkerung im Griff hatte, war ihre Herrschaft gesichert. Die Menschen waren der SED einerlei – die Zwangsumsiedlungen mit den geschleiften Orten waren eine von vielen Folgen dieses menschenverachtenden Vorgehens.

Ein Jubiläum kann das Erinnern fördern

Das 30-jährige Jubiläum zum Fall der Mauer 2019 und zur Wiedervereinigung bietet eine nahezu einmalige Chance, Erinnerung zu fördern: Neben Hohenschönhausen, Hoheneck und Mödlareuth gehören auch die geschleiften Orte zu den Erinnerungsorten, die nicht in Vergessenheit geraten dürfen.

Vielorts aber droht den geschleiften Orten das vollständige Schwenden aus dem kollektiven Gedächtnis – zumindest werden sie häufig einfach übersehen. Erlebach etwa ist

zwar in einen „Grenzweg“ – nämlich den des Zweiländermuseums in Streufdorf der Initiative Rodachtal – einbezogen, aber es gibt keinen Wegweiser von den Nachbarorten, wie man – und das sowieso nur über einen Feldweg – dort hinzufinden vermag. Auf Billmuthausen etwa macht lediglich ein kleiner Wegweiser in Bad Colberg aufmerksam. Schnell ist er übersehen. Und nicht jeder, der seinen Ausflug durch das landschaftlich reizvolle fränkisch-thüringische Grenzgebiet macht, sucht eigens die Touristen-Info auf, um nach dem geschleiften Ort zu fragen.

Dabei bietet das 30-jährige Jubiläum des Falls des Eisernen Vorhangs und der Deutschen Wiedervereinigung eine einmalige Gelegenheit dazu, an die jüngste deutsche Geschichte mit dem Leid der Teilung, dem harten Alltag der Menschen östlich des Eisernen Vorhangs und der Freude über die Wiedervereinigung 1990 zu denken und die Erinnerungsarbeit neu zu intensivieren. Eine wichtige Aufgabe, die im Moment noch gute Voraussetzungen hat: Viele Menschen, die zwangsumgesiedelt wurden, leben noch und können ihre Erfahrungen weitergeben. Aber auch die mediale Aufbereitung der Erlebnisse der Menschen, die aus ihrer Heimat unerwartet deportiert wurden, ist eine Chance: Sie wird z. B. im Zweiländermuseum in Streufdorf und in Point Alpha im „Haus auf der Grenze“ zwischen Hessen und Thüringen genutzt. 🌟

Zweiländerweg Rodachtal

Über den Zweiländerweg Rodachtal, der von der Initiative Rodachtal eingerichtet wurde, kann man z. B. den geschleiften Ort Billmuthausen und das Ummerstädter Kreuz erreichen.

Siehe:

<https://regio.outdooractive.com/oar-rodachtal/de/tour/fernwanderweg/zweilaenderweg-rodachtal/11974250/> [Stand 24.09.2019]

Über das Grenzregime und den Alltag auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs kann man sich z. B. informieren beim:

Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth

Mödlareuth Nr. 13
95183 Töpen/Mödlareuth

Internet: www.museum-moedlareuth.de

Ganz in der Nähe von Mödlareuth liegen die beiden geschleiften Orte
Markusgrün bei Heinersreuth
Troschenreuth südlich von Plauen.

Tian'anmen¹

Die demokratischen Massenproteste in Peking am 4. Juni 1989

von Nicolas Schillinger



Eine Bildikone der Gegenwart: Der „Tank Man“ stellt sich den Panzern der chinesischen Volksarmee entgegen, 4. Juni 1989.
Foto: *akg-images/Fotograf: Jeff Widener*

¹ Dieser Beitrag erschien in Erstfassung in der Reihe „Die Geschichte hinter dem Bild“ der Thüringischen Landeszentrale für politische Bildung, Erfurt 2019.

Der Tank Man

Am 5. Juni 1989, dem Tag nach der gewaltsamen Beendigung der Massenproteste auf dem Tian'anmen-Platz im Herzen der chinesischen Hauptstadt Peking, patrouillieren Panzer auf der Chang'an-Allee. Die breite Straße trennt den Platz von der Verbotenen Stadt und dem mit Maos Porträt geschmücktem Tor, dem Tian'anmen, das auch dem Platz seinen Namen gibt. Einige hundert Meter entfernt davon liegt der Zhongnanhai-Park, der der chinesischen Regierung sowie der Kommunistischen Partei der Volksrepublik China als Sitz dient.

Ein nicht näher identifizierter Passant mit einer Einkaufstüte in jeder Hand stellt sich der Panzer-Kolonne in den Weg und blockiert ihre Weiterfahrt. Er verhindert Versuche, ihn zu umfahren und klettert auf den vordersten Panzer, um mit der Besatzung zu diskutieren. Schließlich wird er von herbeieilenden Zuschauern weggezogen. Sein weiteres Schicksal ist bis heute unklar. Die spätere Angabe, dass es sich um den 19-jährigen Wang Weilin handelte, wurde nie verifiziert. Es wird spekuliert, dass er entweder – unmittelbar danach oder nach jahrelangem Gefängnis-aufenthalt – hingerichtet wurde oder aber untertauchen konnte und somit unversehrt geblieben ist. Zahlreiche ausländische Journalisten beobachteten die Szene. Fotos und Filmaufnahmen von dem später als „Tank Man“ bezeichneten Mann gingen um die Welt und machten ihn weltweit zu einem Symbol für den Drang nach Demokratie, zivilen Ungehorsam und der Unbeugsamkeit der Bevölkerung gegenüber autoritärer oder sogar totalitärer Staatsmacht.

In historischer Retrospektive impliziert das Bild vom *Tank Man* jedoch noch etwas Anderes. Es steht vor allem für ein historisches Ereignis, das bis heute nicht eindeutig aufgeklärt ist und über das viele Missverständnisse und konkurrierende Versionen im Umlauf sind. Während europäische und amerikanische Beobachter zu Beginn von einem Massaker an Tausenden oder gar Zehntausenden Studierenden ausgingen, spricht die chinesische Regierung damals wie heute von etwas mehr als 200 Toten, einschließlich der Soldaten, die „heldenhaft“ das Regime verteidigten. Die meisten Wissenschaftler, Journalisten und chinesische Dissidenten sind sich einig, dass es ein Massaker auf dem Tian'anmen-Platz selbst am 4. Juni 1989 mit Tausenden Opfern wohl nicht gegeben hat. Die meisten Toten waren Pekinger Bürger/innen und Arbeiter/innen, die sich den heranrückenden Truppen auf dem Weg zum Platz in den Weg stellten. Nichtsdestotrotz ist die Kommunistische Partei Chinas (KPCh), welche die Regierung der Volksrepublik China stellt, mit beträchtli-

cher Militärmacht von weit über 100.000 Soldaten, ausgerüstet mit Angriffswaffen und schwerem Kriegsgerät, brutal gegen die eigene Bevölkerung vorgegangen. Sie zog früh die blutige Niederschlagung der Protestbewegung in Betracht und ließ zu, dass auf unbewaffnete Zivilisten gefeuert wurde.

Demokratiebewegung und Proteste

Der Tod des chinesischen Politikers Hu Yaobang am 15. April 1989 war der Auslöser der studentischen Proteste auf dem Tian'anmen-Platz, dem Platz des Himmlischen Friedens. Trauerbekundungen für den als moderat und liberal angesehenen Hu schlugen schnell in Forderungen nach mehr Freiheit und Mitsprache um. Die Studierenden begannen nicht nur, Vorlesungen zu boykottieren, sondern auch in wachsender Zahl auf dem Platz zu demonstrieren. Von einigen hundert Studierenden zu Beginn der Proteste wuchs die Zahl der Beteiligten bis Anfang Mai auf mehrere Zehntausend Teilnehmer/innen an.



Massendemonstration auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking, 27. April 1989

Foto: ullstein bild-dpa

Unter der Führung der renommierten und ältesten chinesischen Universität, der Peking Universität, organisierten die Studierenden der Pekinger Universitäten einen Autonomen Studierendenverband. Am 18. April überreichte dieser Verband eine Petition mit sieben Punkten an den Nationalen Volkskongress, dem Parlament und zumindest formal wichtigsten staatlichen Entscheidungsorgan der Volksrepublik China. Die Studierenden forderten unter anderem die Neubewertung von studentischen

Protesten des Jahres 1986, die aufgrund der schlechten Ausbildungssituation an Schulen und Universitäten und der miserablen Zukunftsaussichten junger Menschen aufgekommen waren. Zentrales Anliegen der Studierenden war die Rehabilitierung von Intellektuellen, die während verschiedener politischer Kampagnen in den 1980er Jahren aufgrund ihrer Kritik am Regime und den aus ihren Augen unzureichenden Reformen verurteilt wurden. In diesem Zusammenhang verlangten sie auch die Neubewertung der Rolle Hu Yaobangs, der damals durch seinen Reformkurs als Verursacher der Proteste zur Verantwortung gezogen und als Generalsekretärs der KPCh abgesetzt wurde. Weitere zentrale Forderungen waren Presse- und Publikationsfreiheit sowie die unparteiische Berichterstattung über die studentischen Demonstrationen und Forderungen. Zudem sollten die Ausgaben im Erziehungs- und Bildungsbereich und die Gehälter von Intellektuellen erhöht werden. Schließlich sollte die Partei sich klar zum Kampf gegen Korruption verpflichten, und hochrangige Parteikader ihre Einkünfte offenlegen.

Die Regierung lehnte den Autonomen Studierendenverband als legitimes Vertretungsorgan ab und war ausschließlich bereit, mit den offiziellen, von der KPCh organisierten Verbänden zu sprechen. Auf Betreiben von Deng Xiaoping, dem de-facto-Machthaber der Volksrepublik zwischen 1979 und 1997, veröffentlichte die offizielle Volkszeitung (*Renmin Ribao*) am 26. April einen Leitartikel zu den Demonstrationen. In diesem wurden die Studierendenproteste als „Aufruhr“ und – auch wenn der Begriff als solcher

nicht benutzt wurde, aber deutlich impliziert war – „konterrevolutionär“ verurteilt. Außerdem wurde der Vorwurf erhoben, dass die Studierenden von außen, durch staatsfeindliche Hintermänner, manipuliert würden.

Die offizielle Verurteilung der Proteste erzeugte große Empörung. Die „Demokratiebewegung“ erhielt nun noch größeren Zulauf unter Studierenden und wurde zudem von der breiten Pekingener Stadtbevölkerung unterstützt. Neben neu gegründeten autonomen Arbeiterverbänden nahmen unterschiedlichste Gruppen wie Vertreter der Presse oder sogar Polizei- und Militärangehörige an den Demonstrationen teil. Die Bewegung wurde von reformorientierten Partei- und Regierungsangehörigen unterstützt. Vor allem Zhao Ziyang, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas und Vertreter von radikalen Wirtschaftsreformen, sympathisierte mit der Bewegung. Durch den Zuspruch von Journalisten sowie von Zhao und anderen Politikern kam es trotz Pressezensur ab Ende April 1989 zu einer relativ ausführlichen und wohlwollenden Berichterstattung über die Proteste.

Am Jahrestag der 4.-Mai-Bewegung 1919, die in der Volksrepublik China offiziell als Geburtsstunde der marxistischen Bewegung einen hohen Stellenwert genießt, erreichte die Bewegung schließlich einen vorläufigen Höhepunkt. Etwa 60.000 Studierende sowie 240.000 weitere Teilnehmer/innen demonstrierten auf dem Tian'anmen-Platz. Sie forderten die Rücknahme des Leitartikels und die Einstufung der Protestaktionen als „patriotisch“ und „demokratisch“. Sowohl Zhao als auch die



Osttor der Universität Peking
Foto: ullstein bild/Caro/Fotografin: Gabriele Baertels

Hardliner und Gegner der Demokratiebewegung innerhalb der Regierung zeigten sich in dieser Phase um Mäßigung bemüht. Angesichts des anstehenden chinesisch-sowjetischen Gipfeltreffens und Besuchs des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow, der auch die Präsenz von zahlreichen ausländischen Korrespondenten in Peking zur Folge hatte, suchten sie eine Eskalation zu verhindern. Und auch die Studierenden vermieden es zunächst, Partei und Regierung direkt zu provozieren und damit die mögliche Beendigung der Bewegung herbeizuführen. Obwohl die Proteste von den Studierenden der Pekinger Universitäten ausgingen, bestand die Bewegung aus einer stetig wachsenden und gemischten Front aus den Bewohnern/innen der Hauptstadt. Auch in Shanghai, Tianjin oder anderen Städten waren Studierende schon seit Ende April dabei, ähnliche Aktionen wie in Peking zu organisieren und auch dort wurden sie bald von Arbeiter/innen und anderen Gesellschaftsschichten unterstützt. In Shanghai, Nanjing, Wuhan, Xia'an, Changsha, Dalian und Changchun kam es zu großen Demonstrationen mit tausenden oder Zehntausenden Teilnehmern/innen.

Ausweitung der Kampfzone

Sowohl die kommunistische Führung als auch die Studierendenbewegung spaltete sich immer deutlicher in radikalere und gemäßigtere Flügel auf. Zhao Ziyang versuchte, auf die Forderungen der Studierenden nach Dialog und Anerkennung der Bewegung zumindest teilweise einzugehen. Obwohl sich auch die Hardliner innerhalb der chinesischen Führung um Ministerpräsident Li Peng schließlich zu informellen Gesprächen bereit erklärte, konnte Zhao eine weitere Zuspitzung nicht verhindern. Unterstützt von Pekinger Journalisten verlangten die Studierenden weiterhin vehement die Rücknahme des Artikels in der Volkszeitung vom 26. April, eine freie und unzensurierte Berichterstattung sowie einen echten Dialog auf Augenhöhe. Sie forderten ein Treffen zwischen der kommunistischen Führung und Vertretern des Autonomen Studierendenverbands, das live im Radio und Fernsehen übertragen werden sollte.

Am 13. Mai 1989 begannen Studierende mit einem Hungerstreik, dem sich innerhalb von Tagen über 3000 weitere anschlossen. Spätestens jetzt waren die Ereignisse in Peking im Fokus der Öffentlichkeit. Die Bilder von kollabierenden jungen Menschen beeindruckte weite Teile der chinesischen Bevölkerung. Führende Intellektuelle bekannten sich in Unterstützerschreiben zu den Hungerstreikenden und auch Bewohner/innen Pekings strömten nun mehr denn je zum zentralen Ort des Geschehens,



Einige Hundert chinesische Studierende sitzen am 22. Mai 1989 vor der Großen Halle des Volkes in Peking einer Polizeieinheit gegenüber.
Foto: picture-alliance/dpa/Fotografin: Catherine Henriette



Ein Student im Hungerstreik wird medizinisch versorgt, 16. Mai 1989.
Foto: picture alliance/AP/Fotograf: Sadayuki Mikame

dem Tian'anmen-Platz, um ihre Sympathie und Solidarität kund zu tun. Nachdem die Ankunft von Gorbatschow am 15. Mai dort mit einer Großdemonstration von über 150.000 Teilnehmern/innen begleitet wurde, zogen am 17. Mai weit über eine Million Protestierende durch die ganze Stadt. Die umfassende Beteiligung von Fabrikarbeiter/innen kam dabei einem Generalstreik gleich.

Für diese kommunistische Führung bedeuteten die Aktionen vor dem Hintergrund des chinesisch-sowjetischen Gipfeltreffens und der damit verbundenen, internationalen Berichterstattung einen massiven Gesichtverlust. Darüber hinaus sah sie ihren Machtanspruch in Frage gestellt. Spätestens jetzt fiel sie gegen die Stimme

von Zhao Ziyang die Entscheidung, den Platz gewaltsam räumen zu lassen. Zhao und Li Peng besuchten zwar hungerstreikende Studierende im Krankenhaus, doch wurde dies als „Treffen“ und nicht als „Dialog“ deklariert und erst späterer als Zusammenschritt im Fernsehen ausgestrahlt. Beide zeigten sich am 19. Mai auch kurz auf dem Tian'anmen-Platz. Die kommunistische Führung verhängte wenig später den Ausnahmezustand über Peking für den folgenden Tag, den 20. Mai.

Die Verordnung einer Ausgangssperre und Räumung des Platzes wurde jedoch sowohl von den Studierenden als auch den Stadtbewohner/innen zunächst weitgehend ignoriert. Über eine Million Bürger/innen protestierten gegen die Verhängung des Ausnahmezustands. Während Arbeiter/innen ihre Streiks fortsetzten, begannen Bürger/innen und Bauern/Bäuerinnen in den Pekinger Außenbezirken damit, Barrikaden gegen ins Stadtzentrum vorrückende Soldaten zu errichten. Obwohl es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen etwa zwischen bewaffneter Polizei und Demonstrierenden kam, ging die Armee sehr zögerlich vor. Truppentransporte wurden durch Blockaden und Menschenmengen gestoppt, Soldaten und Offiziere wurden zur Umkehr oder zur Diskussion gezwungen. Einzelne Militäreinheiten solidarisierten sich mit den Protestierenden. Dabei wurde deutlich, dass ein militärisches Vorgehen gegen die Studierenden und die Pekinger Stadtbewohner/innen bei der militärischen Führung der Volksbefreiungsarmee sehr unpopulär war und von vielen Offizieren in Peking in Frage gestellt wurde.

Obwohl die Studierenden am 21. Mai offiziell ihren Hungerstreik beendeten, forderte der Autonome Studierendenverband in einem offenen Brief den Rückzug von Deng Xiaoping und Li Peng – eine gravierende Forderung, die auch auf großen Demonstrationen in Shanghai und Guangzhou wiederholt wurde. Trotzdem flachte die Bewegung in der Folgezeit allmählich ab. Viele Demonstrierende hielten sich ohne Unterbrechung seit Wochen auf dem Platz auf, wo regelrechte Camps errichtet wurden. Andererseits griff auch Angst vor einem gewaltsamen Vorgehen der Regierung um sich. Denn Truppen aus dem ganzen Land wurden mobilisiert und nach Peking gebracht. Tausende Studierende beschlossen dennoch, die Proteste und teilweise auch Hungerstreiks fortzusetzen. Pekinger Studierende wurden nun durch angereiste Studierende aus ganz China unterstützt und schließlich fast vollständig ersetzt. Studierendenführer wie Wu'er Kaixi oder Wang Dan, die vorschlugen, den Platz zu verlassen, wurden abgesetzt oder ignoriert. Unter Führung der Studentin Chai Ling wurde ein „Hauptquartier zu



Der besetzte Platz des Himmlischen Friedens, 28. Mai 1989.
Foto: picture alliance/AP Photo/Fotograf: Jeff Widener



Studierende der Kunstakademie haben eine Statue „Göttin der Demokratie“ errichtet, die der Freiheitsstatue in New York nachempfunden ist.
Foto: ullstein bild – AP



Li Lu (li.) und Chai Ling auf der Konferenz „Anatomie des Hasses“ 1990 in Oslo
Foto: akg-images/NTB scanpix/Fotograf: Morten Hvaal

Verteidigung des Tian'anmen-Platzes“ gegründet. Die verbleibenden Studierenden radikalisierten sich zunehmend und versuchten, die Bewegung am Leben zu erhalten. Einige Protestierende beschmierten das Porträt Maos am Tian'anmen mit Farbe – eine radikale Aktion, die sogar der Autonomen Studierendenverband verurteilte. Dennoch wurden die Forderungen nach echter Demokratie nach westlichem Vorbild nun immer deutlicher. Am 30. Mai enthüllten die Demonstrierenden auf dem Tian'anmen unter den Augen Zehntausender Zuschauer eine der amerikanischen Freiheitsstatue nachempfundene Skulptur, die sie als „Göttin der Demokratie“ bezeichneten. Ein gewaltsamer Konflikt um den symbolträchtigen Tian'anmen-Platz wurde nun unausweichlich.

Die Niederschlagung der Proteste

Bereits am 1. Juni sammelte die Volksbefreiungsarmee Truppen in der unmittelbaren Nähe des Tian'anmen-Platzes. Am folgenden Tag versuchten unbewaffnete Soldaten und Sicherheitskräfte vergeblich, die Demonstrierenden vom Platz zu entfernen. Am Abend begann daraufhin der militärische Vormarsch aus den äußeren Bezirken Pekings Richtung Stadtmitte. Die klare Anweisung der Soldaten war, den Platz bis zum 4. Juni, 6 Uhr morgens, zu räumen, Zugänge zu sichern und dabei möglichst ohne übermäßige Härte vorzugehen. Dennoch waren sie mit schwererem Kriegsgerät, AK-47 Sturmgewehren und kupferummantelte Stahlpatronen, die extreme Verletzungen hinterlassen, ausgestattet. Der gewaltige Druck, die unzweideutigen Befehle auf jeden Fall erfüllen zu müssen, führten zu der tragischen Eskalation der Ereignisse, die letztlich niemand anders als die Kommunistische Führung um Li Peng, Yang Shankun und Deng Xiaoping zu ver-

antworten hatte. Sie wollte ihre Macht und ihren Herrschaftsanspruch demonstrieren und war bereit, ein Exempel zu statuieren.

Nachdem die vorrückenden Truppen zunächst erneut zurückhaltend auf die sich ihnen entgegenstellenden Pekinger Bürger/innen reagierten, gingen sie schließlich energisch und teilweise äußerst brutal gegen Protestierende vor. Soldaten feuerten auf verschiedenen umkämpften Kreuzungen und Straßenzugängen zum Tian'anmen-Platz auf Zivilisten, die sich den Truppen entschieden und wütend entgegenstellten. Dabei kam es auch immer wieder zu Lynchmorden an Soldaten. Im Unterschied zu den Soldaten waren die Protestierenden jedoch unbewaffnet. Die Armee schoss auch nicht nur auf sich zur Wehr setzende und mit Molotow-Cocktails werfende Mobs, wie die offizielle Version der Ereignisse später nahelegte, sondern feuerte auch wahllos auf demonstrierende Menschenmengen. Selbst auf Krankenwagen und Rettungskräfte, die Verletzte aus dem Kampfgebiet evakuieren und ins Krankenhaus bringen wollten, wurde geschossen. Die wohl schwerste Auseinandersetzung mit zahlreichen Toten und Verletzten ereignete sich am Nachmittag des 3. Juni an der verbarrikadierten Muxidi-Kreuzung, die einige Kilometer östlich auf dem direkten Weg zum Tian'anmen-Platz liegt. Der Widerstand der Pekinger Stadtbevölkerung gegen die vorrückende Armee zeigt, dass der Tank Man, der sich mutig den Panzern in den Weg stellte, kein Einzelfall war. In unzähligen Fällen stellten sich Menschen alleine oder als Menge den Soldaten in den Weg und bezahlten dies mit dem eigenen Leben.



Panzer rücken über brennende Barrikaden hinweg gegen die Protestierenden vor.
Foto: ullstein bild



Auf diesem Foto, das am 5. Juni 1989 aufgenommen wurde, fliehen drei nicht identifizierte Männer vom Pekinger Platz des Himmlischen Friedens. Der Mann im Hintergrund blockiert die heranrückende Panzerkolonne. Das Bild wurde auch von zahlreichen anderen Fotografen und Kameralenten festgehalten und schließlich zu einem oft reproduzierten Symbol der Ereignisse.
Foto: picture alliance/AP/Fotograf: Terri Jones

In den frühen Morgenstunden des 4. Juni wurde planmäßig der Platz selbst abgeriegelt. Am Vortag befanden sich dort noch etwa 100.000 Demonstrierende – schließlich verblieben 3000 bis 5000 Studierende, die sich um das Denkmal des Volkshelden gegenüber dem Tian'anmen gesammelt hatten. Nach Verhandlungen mit den befehlshabenden Offizieren und unter Vermittlung des Popstars He Dejian sowie des späteren Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo beschlossen sie, den Platz zu räumen. Obwohl viele von ihnen inhaftiert und misshandelt wurden, gab es keine systematische Folterung und die meisten kamen mit dem Leben davon. Bei der anschließenden Zerstörung der von den Demonstranten aufgebauten Zeltstadt, wurden jedoch einige Studierende unbeabsichtigt von Panzern niedergewalzt.

Am Tag nach der Beendigung der Proteste sammelten sich wieder Tausende Bürger/innen um den abgeriegelten Tian'anmen-Platz und forderten Aufklärung über die Ereignisse des Vortags. Das Militär schoss erneut in die Menschenmenge, die sich dem Platz genähert hatte und daraufhin tumultartig die Flucht ergriff. Der gewaltsame Einsatz des Militärs fand vor allem zwischen dem Abend des 3. und dem Morgen des 4. Juni statt. Es dauerte jedoch bis zum 6. Juni, bis es die Stadt völlig unter Kontrolle und die Proteste weitgehend aufgelöst hatte. Tage lang herrschte nun Stillstand. Der öffentliche Nahverkehr war eingestellt und es war unklar, wer das Kommando führte und ob es vielleicht sogar einen Staatsstreich gegeben hatte. Erst am 9. Juni meldete sich die Kommunisti-



6. Juni 1989 in Peking
Foto: picture alliance/AP/Fotograf: Vincent Yu

sche Führung zu Wort: In einer Fernsehansprache in den Abendnachrichten gratulierte Deng Xiaoping der Armee zu ihrem erfolgreichen Einsatz und der Niederschlagung „konterrevolutionärer Unruhestifter“.

Ausmaß und Tragweite

In zahlreichen anderen Städten in China war es zu Demonstrationen, Protestaktionen und teilweise sogar Ausschreitungen gekommen, die von Studierenden, Arbeiter/innen und anderen Bürger/innen getragen wurden. Neben Peking gingen vor allem in Shanghai zeitweise Zehntausende Menschen auf die Straße. Die chinesische Regierung selbst gibt an, dass es in 84 Städten zu Unruhen gekommen war, an denen sich insgesamt 2,8 Millionen Studierende von 600 Hochschulen beteiligt hatten. Peking diente Protestierenden in anderen Städten als Vorbild und Symbol: Nirgendwo anders gab es einen so umstrittenen und mit Bedeutung aufgeladenen Ort wie den Tian'anmen-Platz. Nirgendwo anders fühlte die kommunistische Partei ihren Herrschaftsanspruch bedroht und schritt mit einer so großen Militärmacht ein.

Unmittelbar nach dem 4. Juni stellten sich sowohl die Menschen in Peking als auch internationale Beobachter sofort die Frage, wie viele Opfer die gewaltsame militärische Sicherung der Stadt gekostet hatte. Wie hoch war die Zahl der Toten und Verletzten? Beruhend auf den Ausmaßen der Demonstrationen der vorausgehenden Wochen vermeldeten amerikanische und europäische Medien, dass mehrere Tausend Menschen umgekommen seien. Die

chinesische Regierung veröffentlichte dagegen die Zahl von knapp 300 Toten und etwa 8000 Verletzte, die später nach unten auf 241 Tote und etwa 7000 Verletzte korrigiert wurde. Unter den Opfern befanden sich nach offiziellen Angaben 36 Studierende und über 100 Soldaten und Offiziere. Auch die Verletzten waren laut Regierung hauptsächlich Angehörige des Militärs, die von „aufgestachelten und aggressiven Mengen“ angegriffen worden seien und sich lediglich verteidigt hätten.

Das chinesische Rote Kreuz gab an, dass 2600 Menschen ums Leben kamen. Diese Zahl wurde annähernd vom Botschafter der Schweiz bestätigt (2700 Tote), der in seiner Funktion als Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes eine eigene Untersuchung in den Pekinger Krankenhäuser durchführte. Die offiziellen chinesischen Medien verwendeten für kurze Zeit die Angabe des Roten Kreuzes. Auch auf der Straße war schnell die Rede von 2000 bis 3000 Toten. Obwohl diese Zahl heute relativ plausibel erscheint, bleibt sie eine Schätzung. Wie die wesentlich geringere offizielle Angabe oder die Annahme von Zehntausend oder mehr Opfern kann sie nicht belegt oder widerlegt werden. Die Anzahl der Verletzten ist noch schwieriger zu erfassen. Viele vermieden es aus Angst, überhaupt ins Krankenhaus zu gehen oder wurden von Ärzten und Krankenhauspersonal schnellstmöglich nach Hause geschickt.

Wahrscheinlich ist zudem, dass zumindest ein Teil der Krankenhäuser vorgewarnt wurde, sich auf die Ankunft von Verletzten oder Toten vorzubereiten. Viele Ärzte waren jedoch nicht informiert. Dies spricht dafür, dass die Parteiführung wenig koordiniert vorgegangen ist und nicht mit dem tatsächlichen Ausmaß einer blutigen Niederschlagung der Demonstrationen gerechnet hatte. Regierung und Armee behinderte schon sehr früh Versuche, die Zahl der Toten und Verletzten zu erfassen. Beispielsweise wurden Röntgenaufnahmen oder Totenscheine vernichtet. Andererseits hielten sich auch Angehörige aus Angst vor Repressionen zurück, Todesfälle zu vermelden. Leichen wurden versteckt und erst zu einem späteren Zeitpunkt unter Angabe einer anderen Todesursache beigesetzt. Dass die Volksbefreiungsarmee zwecks Beweisvernichtung Leichen auf dem Tian'anmen-Platz verbrannte, ist jedoch sehr unwahrscheinlich.

Das Militär

Der Einsatz des Militärs war sowohl innerhalb der politischen als auch der militärischen Führung heftig umstritten. Der Gedanke „aus dem Volk“ zu sein

und diesem zu dienen ist tief im Selbstverständnis der Volksbefreiungsarmee verwurzelt. Dennoch ist sie vor allem als Parteiarmee konzipiert und historisch eng mit der Geschichte der Kommunistischen Partei verbunden, deren Führungsanspruch sie in letzter Konsequenz immer verteidigen wird.

Mit Verhängung des Ausnahmezustands gegen Ende Mai wurden große Truppenkontingente in den äußeren Bezirken Pekings versammelt, die aus dem ganzen Land zusammengezogen wurden. Verschiedenen Schätzungen zufolge waren 150.000 bis 300.000 Mann sowie fast einhundert Panzer und zahlreiche gepanzerte Fahrzeuge beteiligt. Der Grund der Parteiführung, sich militärischen Einheiten aus nahezu allen Regionen Chinas für das Vorgehen gegen die Proteste zu bedienen, war die Skepsis gegenüber den in und um Peking stationierten Truppen. Für den Einsatz Anfang Juni wurden zudem Einheiten gemischt und neue Armeegruppen erstellt. Auf diese Weise sollte die Verantwortung für das gewaltsame Vorgehen von der gesamten Volksbefreiungsarmee – und nicht lediglich von bestimmten Einheiten – getragen werden. Diese umfassende Mobilisierung kostete allerdings Zeit und wurde als Zögern oder gar als ernstzunehmender Machtkampf innerhalb der kommunistischen Führung ausgelegt. Diese Interpretation verstärkte sich innerhalb der Pekinger Bevölkerung durch das zurückhaltende Vorgehen der Soldaten Ende Mai und führte auch zu der Vorstellung, dass sich „gute“ Truppen auf der Seite der Demonstrierenden gegen die „bösen“ Truppen der Regierung stellten. Einen Konflikt innerhalb des Militärs oder auch der Versuch eines militärischen Staatsstreichs gab es jedoch nicht, auch wenn Anfang Juni tatsächlich einzelne Offiziere und Soldaten Befehle verweigerten und sich Einheiten (unabsichtlich) gegenseitig beschossen.

Stattdessen ist der gesamte Militäreinsatz von schlechter Planung gekennzeichnet, bei der zwar disziplinierte, jedoch relativ schlecht ausgebildete und unerfahrene junge Soldaten weitgehend ihrem Schicksal überlassen wurden. Sowohl die Versorgung der Truppen als auch die Durchführung der militärischen Operation waren schlecht vorbereitet. Offiziere zeigten sich im Einsatz wenig flexibel – Einheiten, die auf Unvorhergesehenes stießen oder sich mit nicht planmäßigen Entwicklungen konfrontiert sahen, reagierten in der Regel abwartend und passiv. Auch mit der eigenen Ausrüstung gingen Soldaten oft nachlässig um und ließen beispielsweise Fahrzeuge, die an der Weiterfahrt gehindert wurden, zurück. Die hohe Zahl beschädigter Fahrzeuge nährte ebenfalls

Gerüchte über einen innermilitärischen Konflikt oder die absichtliche Zerstörung durch die Armee zu Propagandazwecken und als Rechtfertigung für das massive Vorgehen. Auch über die Absicht, veraltete Wagen und Gerät auf diese Weise loszuwerden, wird spekuliert. Tatsächlich handelte es sich wohl um Desinteresse und Passivität. Mangelndes Verantwortungsbewusstsein und fehlende Eigeninitiative der Offiziere und Soldaten in Kombination mit schlechter militärischer Planung und Druck durch die Parteiführung, die aus einem übersteigerten Bedrohungsgefühl wenig politisches Fingerspitzengefühl zeigte, führten am Ende zu der blutigen Niederschlagung der Proteste in Peking.

Hintergrund: Reform und Öffnung

Die Demonstrationen auf dem Tian'anmen-Platz entstammten nicht aus einer spontanen Erhebung oder Bewegung, sondern reichen in ihren Ursprüngen bis zum Ende der Mao-Zeit und der sogenannten wirtschaftlichen Öffnung Chinas zurück. Der Tod Mao Zedong am 1976 führte nach einer kurzen Übergangszeit zum Aufstieg von Deng Xiaoping, der der Volksrepublik China nach den Wirren der Kulturrevolution eine Politik der „Reform

und Öffnung“ verordnete. Das Land sollte wirtschaftlich an den Rest der Welt angebunden und durch kapitalistische Sonderwirtschaftszonen modernisiert werden. Tatsächlich führte diese wirtschaftspolitische Kehrtwende zu einer starken Erhöhung des Lebensstandards großer Teile der Bevölkerung. Dabei wurde jedoch in Kauf genommen, dass die Gesellschaft der kommunistischen Volksrepublik China immer ungleicher wurde. Die Schere zwischen arm und reich geht bis heute von Jahr zu Jahr weiter auf.

Obwohl der Wohlstand vor allem der urbanen Bevölkerung zu Beginn der 1980er Jahre deutlich gestiegen war, gab es auch zahlreiche Menschen und Schichten, die sich durch die gestiegenen Erwartungen als Verlierer betrachteten. Für zahlreiche Industriearbeiter/innen fiel die Sicherheit einer lebenslang garantierten Festanstellung und Versorgung durch den Staat weg. Wirtschaftliche Liberalisierung und marktwirtschaftliche Experimente bedeuteten für viele zunächst Arbeitslosigkeit und Instabilität. Auch die Intellektuellen, zu denen nach chinesischer Definition auch Studierende gehören, sahen sich mit einer vergleichsweise geringen Verbesserung ihrer Lebenssituation konfrontiert. Ihre Gehälter konnten nicht mit den



Deng Xiaoping (1904 - 1997)
Foto: sz photo/dpa/picture alliance



Zhao Ziyang (1919 - 2005)
Foto: sz photo/Fotograf: Lothar Kucharz

steigenden Lebenskosten mithalten. Problematisch war vor allem, dass sich die ökonomische Situation der Parteikader im Vergleich zu allen anderen Bevölkerungsteilen offensichtlich deutlich stärker verbessert hatte. Denn die marktwirtschaftlichen Reformen boten auch reichlich Möglichkeiten, staatliche Gelder zu veruntreuen und zu unterschlagen. Ende der 80er Jahre nahm zudem die Inflation riesige Ausmaße an – verursacht durch ein von Zhao Ziyang angestoßenes Programm für schnelles Wirtschaftswachstum.

Zhao, der als ranghöchster Unterstützer der Studierenden und Demonstrierenden 1989 galt, hatte daher bereits Ende 1988 deutlich an politischer Macht verloren. Innerhalb der politischen Führung gehörte er zum Flügel der Reformer, die vor allem eine radikale wirtschaftlich-gesellschaftliche Neuorientierung vertraten und teilweise auch vorsichtige politische Veränderungen in der Zukunft für vorstellbar hielten. Daneben gab es verschiedene Gruppen, die eine Abkehr von der maoistischen oder stalinistischen Ideologie entweder völlig ablehnten oder nur geringen ökonomischen Reformen zustimmten. Ende der 70er Jahre war die Formel der „Vier Modernisierungen“ ausgegeben worden, die eine exklusive Konzentration auf die Bereiche Landwirtschaft, Industrie, Militär sowie Technologie und Wissenschaft ausgab. Intellektuelle forderten jedoch noch eine „Fünfte Modernisierung“: Demokratie. Diese Forderung bezog sich allerdings auf mehr politische Beteiligung und nicht etwa auf freie Wahlen. Neben einer Besserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung verlangten sie im Laufe der 80er Jahre immer wieder mehr Mitsprache und schnellere Reformen. Die Parteiführung, die stets betonte am Sozialismus und der Herrschaft der KPCh festhalten zu wollen, reagierte auf die Forderungen der Intellektuellen mit Kampagnen „gegen die geistige Verschmutzung“ (1983) und „gegen bürgerliche Liberalisierung“ (1987). Intellektuelle wurden verfolgt und Hu Yaobang, der als Fürsprecher der Intellektuellen galt, wurde entmachtet. Deng Xiaoping, der bis dahin zumindest als Sympathisant politischer Reformen gegolten hatte, erwies sich als orthodoxer Verfechter von Stabilität und der autoritären Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei.

Doch Proteste gegen die Regierung und die Implementierung von Reformen ebten nicht ab und schlug teilweise in radikale Gesellschafts- und Kulturkritik um. Die geschichtsphilosophische Fernsehserie „Flusselegie“ (chinesisch: *Heshang*) entwarf ein bewusst überzeichnetes, düsteres Bild von der niedergehenden chinesischen Zivilisation, die sie als statisch, stagnierend und despotisch

darstellte. Im Gegensatz dazu stand die innovationsfreudige, offene und demokratische Zivilisation Europas. Kritik an der chinesischen Kultur, Tradition und Gesellschaft schloss dabei auch aktuelle, negative Entwicklungen wie die schlechte Situation der Intellektuellen, die Beschränkung der Meinungs- und Forschungsfreiheit, menschengemachte Katastrophen in China sowie Fehler der Partei bei der Reformumsetzung ein. Die 1988 im chinesischen Staatsfernsehen erstmals gezeigte Serie hatte ein Millionenpublikum und wurde sowohl von der Staatsführung als auch in den entferntesten Winkel des Landes kontrovers diskutiert. Orthodoxe Kader befürchteten eine Aufstachelung vor allem von Studierenden, die für mehr Demokratie und Mitsprache demonstrieren würden.

Die Hardliner innerhalb der Regierung betonten immer wieder, dass die Studierenden 1989 nicht alleine für ihre schnell aufgestellten und gut organisierten Protestaktionen verantwortlich waren, sondern von regierungsfeindlichen Hintermännern aus dem In- und Ausland unterstützt wurden. Richtig ist, dass zahlreiche Universitätslehrer wie der Schriftsteller Liu Xiaobo und Astrophysiker Fang Lizhi mit ihren Studierenden Demokratie und aktuelle gesellschaftspolitische Themen immer wieder in ihren Kursen diskutierten. Fernsehserien wie „Flusselegie“ zeigen, dass die Proteste auf dem Tian'anmen-Platz im Kontext einer breiten intellektuellen Debatte um politische Reformen stattfand und keine aus dem europäisch oder amerikanischen Ausland orchestrierte „Konterrevolution“ war.

Die Intellektuellen und Studierenden forderten 1989 nicht nur eine Verbesserung des eigenen Lebensstandards, sondern auch mehr Mitbestimmung, intellektuelle Autonomie und Meinungsfreiheit. Das Ende der Führung der Volksrepublik China durch die KPCh wurde zwar selten direkt gefordert, doch war dies in den Augen der orthodoxen Parteiführer stets implizit vorhanden. Anders als bei den vorangehenden Protesten 1986 wurden die Studierenden von der breiten Bevölkerung unterstützt, weil die Unzufriedenheit über Inflation und Korruption ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht hatte. Trotz unterschiedlicher sozialer Zusammensetzung und Ziele sowie einer zumindest anfänglich vorhandenen Distanz zwischen Studierenden und der arbeitenden Bevölkerung entstand im April und Mai 1989 ein neuartiges politisches Bewusstsein einer zivilen Gesellschaft.

Folgen der Tian'anmen-Proteste

Im Gegensatz zum *Tank Man*, dessen Schicksal ungeklärt bleibt, gelang es einigen Hundert Studierenden, darunter



Panzer und Soldaten sperren den Platz des Himmlischen Friedens, 10. Juni 1989.

Foto: picture alliance/AP/Fotograf: Sadayuki Mikami

Studierendenführer wie Wang Dan und Wu'er Kaixi, über Hongkong ins Ausland zu fliehen. Auch führende Intellektuelle wie Fang Lizhi gingen ins Exil in die USA. Viele andere beteiligte Demonstrierende oder Intellektuelle wie Liu Xiaobo wurden jedoch inhaftiert und spektakulär in Fernseh-Gerichtsverhandlungen verurteilt. Die juristische Aufarbeitung dauerte noch über zwei Jahre an. Tausende Beteiligte wurden inhaftiert oder, in fast 50 bekannten Fällen, zum Tode verurteilt. Neben den wichtigsten Aktivisten der Studierendenbewegung ging die Regierung hauptsächlich gegen kritische Intellektuelle und Arbeiter/innen vor. Eine von vielen Studierenden befürchtete „Säuberung“ der Universitäten blieb aus. Bei über einhundert Offizieren und ungefähr 1400 Soldaten wurden Disziplinarmaßnahmen durchgeführt. In den folgenden Monaten tauschte die Regierung zudem sechs von sieben regionalen Militär-Oberbefehlshabern aus. Innerhalb der Volksbefreiungsarmee haftete an beteiligten Einheiten jahrelang ein schlechtes Image.

International wurde die Niederschlagung der Proteste aufs Schärfste verurteilt. Der großen medialen und offiziellen Empörung schlossen sich Sanktionen an. Die USA und die EU verhängten ein Waffenembargo. Doch bereits zwei Jahre später hatten sich die Beziehungen zwischen der Volksrepublik und den meisten anderen Staaten weitgehend normalisiert. In einer Mischung aus Desinteresse und Opportunismus auf der Seite des Auslands sowie Drohungen und Angeboten auf der Seite der chinesischen Führung sind die Ereignisse auf dem Tian'anmen-Platz heute weitgehend vergessen oder werden nur sporadisch



Studierende treffen sich gegenüber der chinesischen Botschaft in Washington am 1. Oktober 1989.

Foto: picture alliance/AP/Fotograf: Dennis Cook

in den Medien behandelt. In China wird die Erinnerung an Tian'anmen aktiv unterdrückt. Gedenkfeiern sind nicht erlaubt, Berichte oder die Nennung bestimmter damit zusammenhängender Begriffe wie „sechs vier“ (*liu si* für den 04. Juni 1989) werden bis heute äußerst streng zensuriert. Offizielle Darstellungen beschreiben die Proteste nach wie vor als gewalttätige Revolte, die nur durch das mutige Eingreifen der Armee beendet werden konnte.

Den Studierenden und später den weiteren Beteiligten aus der Bevölkerung Pekings und anderen Städten ging es nicht um den Sturz der kommunistischen Partei, sondern um mehr Beteiligung und gerechtere Reformen. Es wird oft angenommen, dass den Protestierenden die

volle Tragweite ihrer Forderungen nicht bewusst war. Aus der Sicht der KPCh wurde durch die Demonstrationen ihr Anspruch auf Alleinherrschaft und Führung in Frage gestellt. Alleine die vehement und lautstark vorgetragenen Forderungen bedeuteten einen immensen Prestige- und Autoritätsverlust von Regierung und Partei, der sich im Laufe der 1980er Jahre entwickelt hatte und durch die Proteste hunderttausender Menschen im Frühjahr 1989 vollends deutlich wurde.

Die mittelfristige Reaktion der KPCh war und ist eine Art unausgesprochener Deal mit der neuen urbanen Mittelschicht: steigender Wohlstand anstelle politischer Partizipation, Meinungsfreiheit und unabhängiger Justiz. Verlierer sind vor allem die ländliche Bevölkerung sowie verschiedene Minderheiten, die durch wachsende Ungleichheit, Verdrängung und Umweltverschmutzung bedroht sind und ihrem Unmut in landesweit tausenden Protesten jährlich Ausdruck verleiht.

Die Partei hat erkannt, dass sie ihre Legitimität nicht mehr aus dem Sozialismus und auch nicht alleine aus wirtschaftlichem Wachstum beziehen kann. Seit den frühen 1990er-Jahren betreibt sie eine massive Aufwertung von Nationalismus und Patriotismus auf Kosten der Rolle sozialistischer Ideologie, beispielsweise in Schulbüchern, TV-Sendungen, Denkmäler und offiziell gefeierten Jubiläen. Dabei wird die historische Leistung der Partei bei der „Rettung der Nation“ hervorgehoben, vor allem im Kampf gegen den europäischen Imperialismus und gegen Japan im frühen 20. Jahrhundert sowie die Errichtung eines souveränen und weitgehend autarken Staates. Nur die Partei könne die Stabilität und Existenz der jahrhundertealten und großartigen chinesischen Nation garantieren. Aus diesem Glauben wird letztlich heute auch mehr oder weniger vorsichtig der Anspruch auf mehr weltpolitische Bedeutung für die chinesische Nation abgeleitet. ■

Literatur:

Timothy Brook: *Quelling the people. The military suppression of the Beijing Democracy Movement*, New York, Oxford 1993.

Andrew J. Nathan/Perry Link: *Die Tiananmen-Akte. Die Geheimdokumente der chinesischen Führung zum Massaker am Platz des Himmlischen Friedens*, Berlin 2001.

Tony Saich (Hg.): *The Chinese people's movement. Perspectives on spring*, Armonk 1990.

Peter Schier/Ruth Cremerius/Doris Fischer: *Studentenprotest und Repression in China April–Juni 1989. Chronologie, Dokumente, Analyse*. Hamburg 1993.

Jonathan Unger/Geremie Barmé: *The pro-democracy protests in China. Reports from the provinces*. London, New York: Routledge 2015.

Dokumentarfilme

The Gate of Heavenly Peace. Regie: Richard Gordon und Carma Hinton, Drehbuch: Geremie Barmé und John Crowley, USA 1995.

The Tank Man. Frontline Season, 24 Episode 5. Regie und Drehbuch: Antony Thomas, USA 2006, vgl. <https://www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/tankman/> [Stand: 01.10.2019].

„Was macht Leute innerlich so frei – auch in einer Diktatur eigene Entscheidungen zu treffen?“

Ein Interview mit Sophie von Bechtolsheim zur aktuellen Diskussion
über ihren Großvater Claus Schenk Graf von Stauffenberg



Sophie von Bechtolsheim, geb. 1968, ist Historikerin und Kommunikationswissenschaftlerin; die Enkelin von Claus Schenk Graf von Stauffenberg arbeitet als Mediatorin und stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums der Stiftung 20. Juli 1944.

Abbildung: privat



Abbildung: Herder-Verlag

Wann haben Sie beschlossen, das Buch „Stauffenberg. Mein Großvater war kein Attentäter“ (München 2019) zu schreiben?

Sophie von Bechtolsheim: Die Initiative kam letztlich vom Herder-Verlag. Im Frühjahr war die Biographie „Stauffenberg. Porträt eines Attentäters“ von Thomas Karlauf (München 2019) werbewirksam anlässlich des 75-jährigen Gedenkens an den 20. Juli 1944 erschienen. Der inhaltliche Ansatz und vor allem die Methodik sind meines Erachtens diskussionswürdig. Im ganzen Feuilleton – bis auf DIE ZEIT und dem SWR – ist dieses Buch ziemlich positiv aufgenommen worden, was ich angesichts seiner aus meiner Sicht äußerst schwierigen Hauptthese sehr verwunderlich fand. Für mich war klar, dass die Debatte über den 20. Juli dadurch wieder neu befeuert werden sollte – bis hin zu der Konsequenz, „Stauffenberg“ (und damit die Verschwörung des 20. Juli 1944) müsse „neu gedacht“ werden.

Die Biographie von Thomas Karlauf spannt einen Zeithorizont auf, der für uns heute nicht ohne Weiteres verständlich ist; man vollzieht mit der Lektüre nach, dass die Zugehörigkeit zur Wehrmacht nicht nur militärischen Drill und unbedingte Loyalität, sondern auch bestimmte Wertevorstellungen bedeutete. Der Autor rückt dann den intellektuell-elitären Einfluss Stefan Georges, der heute vielen Menschen gar nicht mehr geläufig ist, in den Mittelpunkt ...

Sophie von Bechtolsheim: Im Mittelpunkt steht die These, dass es Stauffenberg um ein „Ethos der Tat“ ging, also um die Handlung um ihrer selbst willen, der ein ernsthafter moralischer Impuls abgehe. Die Tat am 20. Juli 1944 sei ohne Blick auf die Zukunft, im Rückblick auf die Zeit im Dichterkreis erfolgt. Dies ist für mich nicht überzeugend und widersprüchlich dargestellt. „Belegt“ wird diese Behauptung mit Analogien und Indizienketten, was ein großes methodisches Problem darstellt. Genau das hat Prof. Kraus aus Passau auch im Juli in der FAZ kritisiert. Ein Problem bei solchen hochtheoretischen Thesen wie bei Karlauf ist, dass sie zu stark aus unserer Zeit heraus formuliert sind. Leider stehen Zeitzeugen wie Ewald von Kleist, der selbst bereit war, sich mit Hitler in die Luft zu sprengen, heute nicht mehr zur Verfügung, um Dinge geradzurücken. Er hätte diesen theoretischen Konstrukten deutlich widersprochen. Auch das geistige Erbe Stefan Georges als ein Hauptmotiv für das Attentat ist m.E. völlig überbewertet. In diesem Buch ist viel Widersprüchliches zu finden – die Empörung Stauffenbergs über die Verbrechen an der Ostfront, gleichzeitig die Aussage, das Gewissen, eine moralische Einstellung habe keine wirkliche Rolle gespielt. Ganz konkret gesagt: Wenn man ein Verbrechen als Verbrechen erkennt und das einem Mögliche tut, um das zu beenden, dann hat das unzweifelhaft eine moralische Dimension. Eine quellenkritische Herangehensweise ist wichtig; Quellenkritik als Vorwand zu benutzen, um Aussagen von Zeitzeugen pauschal zu verwerfen, ist handwerklich problematisch. Da muss man sich schon die Mühe machen, einzelne Personen und einzelne Aussagen auf Glaubwürdigkeit zu überprüfen

Auf der Ebene der Vermittlung, insbesondere im Geschichtsunterricht, steht sicher mehr noch das Stauffenberg-Bild im Vordergrund, das den 20. Juli 1944 als Symbol eines „anderen Deutschlands“ interpretiert, das den Gewissenskonflikt des Individuums zwischen Dienst an der höheren Sache (also der Beendung der Diktatur), gegenüber dem persönlichen Glück würdigt.

Sophie von Bechtolsheim: Offenbar ist es verkaufsträchtiger, mit einem ganz neuen Stauffenberg-Bild das alte zu

ersetzen. Viel weniger spektakulär, aber dafür gründlich recherchiert ist eine brillante Biografie von Ulrich Schlie erschienen, in einer aktuell überarbeiteten Ausgabe. Das hat leider längst nicht so viel Aufmerksamkeit gefunden wie das Genannte. Hier werden die Quellen objektiv und nicht so spekulativ ausgewertet. Viele Leserinnen und Leser werden sich aber kaum die Mühe machen, alle verfügbaren Texte zum Thema zu lesen – und so war einfach die Sorge groß, dass ein verzerrtes Bild vom 20. Juli entstehen könnte. Das hätte nicht nur meinen Großvater, sondern die Geschichte der ganzen Verschwörung verzerrt und das Vermächtnis beschädigt.

Haben Sie das Gefühl, dass durch Ihre Reaktion auf Karlaufs Buch die Figur Ihres Großvaters wieder ins rechte Licht gerückt wurde?

Sophie von Bechtolsheim: Das kann ich nicht beurteilen. Wahrscheinlich ist es gelungen, dem Versuch dieses Ansatzes, die Deutungshoheit zu diesem Thema zu erlangen, etwas entgegenzustellen. Es kamen sehr viele Reaktionen auf mein Buch von Leuten, die die Welt nicht mehr verstanden haben. Was sich aber langfristig in der öffentlichen Wahrnehmung durchsetzt, kann ich nicht vorhersehen.

Wie wahrscheinlich ist es, dass Claus Schenk Graf von Stauffenberg „vom Sockel gestoßen“ werden könnte?

Sophie von Bechtolsheim: Herr Karlauf hat gesagt, er wolle Stauffenberg nicht vom Sockel stoßen, eher einen neuen errichten. Mich würde interessieren, was das für ein Sockel sein soll. Dann war plötzlich doch die Rede von „bewundernswertem Mut“ – aber kann man nicht sogar – um ein extremes Beispiel zu wählen - auch bei IS-Kämpfern oder Amokläufern von etwas Ähnlichem wie Mut sprechen? – Diese wissen ja auch, dass sie persönliche Risiken mit ihrer Tat eingehen. Hier geht es doch nicht um Sockel oder Nicht-Sockel. Hier geht es doch erstmal um korrekte Geschichtsschreibung und dann um die Frage, inwieweit die Haltungen, Entscheidungen und Handlungen dieser Menschen, die zumeist ihr Leben lassen mussten, für uns heute noch vorbildlich und relevant sein können.

Welche Rolle spielt Stauffenberg in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik?

Sophie von Bechtolsheim: Die Rezeptionsgeschichte des 20. Juli 1944 setzt am 21. Juli 1944 ein. Diese Geschichte sagt viel mehr über die Zeiten aus, in der interpretiert, vereinnahmt, gedeutet wurde, als über die Verschwörung

selbst. Deutschland blickt auf eine entsetzliche jüngste Geschichte zurück; es ist schwer, eine kulturelle Traditionslinie über diesen enormen Zivilisationsbruch hinweg zu bilden. Insofern bieten sich die Männer und Frauen des Widerstands, des „anderen Deutschlands“ an. Das kann aber weder für ein geschöntes Bild deutscher Geschichte noch für parteiliche Instrumentalisierung herhalten. Auch reicht die Kategorisierung „konservativer“ oder „militärischer“ Widerstand nicht aus. Die Verschwörung war bis in die verschiedensten gesellschaftlichen Kreise vernetzt. Dass sich die Kenntnis über den Widerstand oftmals auf den Namen Stauffenberg bündelt, ist schade. Auch das verzerrt die Geschichte des 20. Juli 1944.



Innenhof des Bendlerblocks, Berlin, Aufnahme aus dem Jahr 1987. Hier wurde Claus Schenk Graf von Stauffenberg mit anderen Verschwörern hingerichtet.
Foto: szPhoto/Timeline Images/ RalphH

Das entscheidende Moment bei der Betrachtung bzw. Würdigung der Verschwörung bleibt aber doch, dass sich die Verschwörer vor der Situation sahen, ihre eigentlichen Prinzipien (ihren militärischen Eid etc.) und ihre persönliche Situation hintanzustellen, um die Diktatur zu beenden.

Sophie von Bechtolsheim: Es ist uns allen zu wünschen, dass wir nie vor solchen Entscheidungen stehen müssen. Was mich zudem interessieren würde, ist jenseits der sozialen Herkunft der Widerständler zu fragen: Wie sah es in der Familie Stauffenberg aus – wie sah es in den Familien Bonhoeffer, Dohnanyi, Scholl, Probst aus, also: Was sind die Komponenten, die Menschen dazu bringen, sich in Zeiten der Diktatur eine innere Freiheit zu erhalten, um einen Akt des Widerstands in die Tat umzusetzen – gegen ihre Grundloyalität z.B. dem Offiziercorps oder der Wehrmacht gegenüber.

Die Familie meines Großvaters hat sich z.B. immer als Dienstadler verstanden, z.B. in den Diensten des württembergischen Königs – aber immer mit dem Selbstbewusstsein, einen eigenen Kopf zu bewahren. Mein Großvater

hat zum Erstaunen der Familie die militärische Laufbahn eingeschlagen. Er wollte seinem Land, dem Volk dienen. In erster Linie war man sich selbst bzw. seinem Gewissen verpflichtet, und dies bedeutete Verantwortung.

Mich interessiert: Was macht Leute innerlich so frei – auch in einer Diktatur eigene Entscheidungen zu treffen? Was macht Dissidenten zu Dissidenten – auf der ganzen Welt – in der Türkei, in China etc.?

Wenn Forscher so etwas wie den Saulus-/Paulus-Bruch bei meinem Großvater suchen, wundert mich das. Die wenigsten Menschen erleben doch sowas. Die meisten machen langsame Erkenntnisprozesse durch. Mein Großvater hat sich mehrfach als Handlungsgrundlage auf sein Gewissen berufen. In der Familie gab es ursprünglich zwar eine sehr skeptische Haltung Hitler gegenüber; da gab es schon früh einen Onkel, der seinen Neffen zur Opposition überreden wollte. Das hatte er erst mal abgelehnt. Daraus kann man aber umgekehrt nicht schließen, dass er glühender Hitler-Anhänger war; er war meiner Meinung nach eher pragmatisch eingestellt.

Wie schwer ist es eigentlich, den eigenen Großvater als Projektionsfläche zu erleben?

Sophie von Bechtolsheim: Das ist nicht schwer, eher bisweilen ärgerlich. Manchmal wird ja gesagt: Hier würde er sich im Grabe umdrehen. Das wissen wir nicht. Wenn Parteien z.B. meinen Großvater vereinnahmen und mit seinem Konterfei Werbung über Twitter verbreiten, ist das anmaßend. Seriöse Parteien machen das allerdings nicht. In einem Fall haben wir das kurz vor der Wahl erfahren und haben familienintern entschieden, nicht dazu Stellung zu beziehen, um nicht noch mehr Aufmerksamkeit herzustellen.

Wann haben Sie zum ersten Mal begriffen, wer Ihr Großvater war?

Sophie von Bechtolsheim: Daran kann ich mich nicht erinnern. Das war wohl sehr früh; darum wurde allerdings nie ein großer Bohei gemacht. Wenn wir gefragt haben, haben wir Antworten bekommen. Ich habe sehr spät angefangen, mich mit der historischen Bedeutung des Großvaters zu beschäftigen.

Gab es ein spezifisches Schulerlebnis?

Sophie von Bechtolsheim: Ich kann mich erinnern, wie wir in der 9. Klasse das Thema durchgenommen haben und da war das Foto meines Großvaters im Schulbuch. Das war ein sehr komisches Gefühl – dein Großvater ist Allgemeingut. Da war mir der Mensch total fremd. Ich habe erst später angefangen, meine Großmutter intensiv zu befragen.

Wie hat Ihre Familie die Repressalien der Nazis nach dem Umsturzversuch verarbeitet?

Sophie von Bechtolsheim: Wenn Sie sie fragen, würden alle sagen: Gut. Meine Großmutter hat das Ganze vielleicht sogar ein bisschen marginalisiert. Die Verhöre in der Prinz-Albrecht-Straße waren bestimmt unschön; sie hat darauf bestanden zu sagen, dass sie nie gefoltert worden sei. Die größte Folter waren für sie wohl die Wanzen und allein zu sein – wie in der Schachnovelle von Stefan Zweig. Sie erzählte, dass diese Situation auch etwas Entlastendes gehabt habe: Sie musste nicht mehr entscheiden, nur noch aushalten. Es lag nicht mehr an ihr, Strategien des Versteckens zu entwickeln. Sie hat wohl nicht viel gewusst und sie hat nichts rausgelassen. Ihr wurde das „Frauchen am Herd“ abgenommen. Die Verschwörer hatten – besonders im Hinblick auf die Familien – vorsorglich auch Strategien weitergegeben, um möglichst wenig zu erzählen. Das hat zur Folge, dass wir letztlich nicht genau wissen, wie viele Personen in die Verschwörung involviert waren. Das Ausmaß des Staatsstreichs ist wohl letztlich nicht erfasst.



Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Ehefrau Nina verlassen nach der Trauung die Jakobskirche in Bamberg, 26. September 1933
Foto: sz photo

Für die Kinder war das dann ja nochmal eine ganz andere Aufgabe. Wie unterscheiden sich diese Perspektiven?

Sophie von Bechtolsheim: Mein Vater und mein Onkel trugen als Politiker und Bundeswehrsoldat beide öffentliche Verantwortung. Sie wussten, dass sie an den Glanz meines Großvaters nicht heranreichen würden, haben aber trotzdem in aller Demut ihre Aufgaben übernommen. Ein Onkel hat meine Großmutter zweimal im Abstand von zehn Jahren gefragt, wie sie es denn geschafft habe, seine Haltung vor den Kindern zu verteidigen – in dem Sinne, dass sie ihm keine Vorwürfe machen würden. Sie hat beide Male wortgleich geantwortet: „Das schien mir nicht nötig zu sein“. Sie hat gespürt, dass die Kinder nicht an ihrem Vater zweifeln würden. Sie haben das Handeln ihres Vaters nie in Frage gestellt, obwohl vor allem der Älteste damals natürlich auch schon durch die Schule und die Zeitung infiltriert war – er wollte eigentlich zum „Jungvolk“. Als meine Großmutter gesagt hat: „Der Papi ist tot, weil er versucht hat, den „Führer“ umzubringen“, wusste mein Onkel bei allem Entsetzen über den Tod des Vaters, dass er nun aus der NS-Gesellschaft ausgestoßen sein würde. Trotzdem hat er ihn nicht in Frage gestellt ... Auf die Frage, warum der Papi das getan habe, habe meine Großmutter geantwortet – nach der Erzählung meiner zwei Onkel, die sich unabhängig von einander daran erinnern: „Er meinte, es für Deutschland tun zu müssen.“ – Sie selbst hat später erzählt, sie habe gesagt, er habe sich geirrt. Sie habe das gesagt, um die Kinder und sich zu schützen. Das Programm war auf Überleben gestellt. Dies war offenbar auch mit meinem Großvater verabredet und, dass sie unbedingt für die Kinder überleben müsse. Ich könnte mir vorstellen, dass sie beides gesagt hat. Von der Bedeutung ist beides ja nicht so weit entfernt. In der Version, an die sich ihre Söhne erinnern, liefert sie allerdings eine Begründung mit, die offenbar die Zeit hindurch getragen hat. Ich kann nur bewundern, wie meine Großmutter es mit dieser Taktik und ihrer ganzen Weisheit erreicht hat, mit dieser Erklärung die Kinder zu überzeugen. Die Frauen der Widerständler haben ihren Männern den Rückhalt gegeben, dass sie sich im Fall des Scheiterns darauf verlassen konnten, dass die Familie geschützt wird.

Hat sich Ihr Großvater überhaupt persönlich geäußert über den Schritt des persönlichen Opfergangs und die damit verbundene Gefährdung seiner Familie – das, was ihn in vielen Augen zu einem Helden macht?

Sophie von Bechtolsheim: Es gibt – bezogen auf den NS-Staat - diesen Satz von ihm: „Wenn das, was im Gange ist,



Gräfin Nina von Stauffenberg (1913 – 2006) mit drei ihrer fünf Kinder (aufgenommen wahrscheinlich 1954)

Abbildung: picture alliance/dpa/Fotograf: Adolf von Castagne

so weitergeht, ist Familie nicht mehr möglich, gibt es sie nicht mehr, ist sie sinnlos.“ Das ist für mich der Schlüsselsatz. Meine Großmutter hat das wohl rückhaltlos unterstützt. Wie hätte man in so einem Land überhaupt noch weiterleben können? Was wäre das für die Kinder, für alle Menschen in Deutschland für eine Zukunft gewesen? Berthold von Stauffenberg hat ja sinngemäß gesagt: „Auch wenn es misslingt, wir müssen es für unsere Kinder tun.“ Es gab insofern diesen Unterschied zwischen beruflichem Handeln und Handeln für die Familie nicht; es ging um das Ganze. Ich habe ein Problem mit dem Heldenbegriff – für mich sind Helden Comicfiguren wie Tom und Jerry – sie fallen in den Papierhäcksler und kommen unten lebendig raus, die Kategorie passt für mich nicht. Die Verschwörer des 20. Juli 1944 waren Menschen. Sie sind für ihre Überzeugungen umgekommen. Für mich ist der Begriff des Vorbilds wichtiger. Da ist dann Reflexion noch möglich, daran kann man sich orientieren. ▀

Interview: Rupert Grübl/Monika Franz

Wer war es?

Ein historisch-biographisches Rätsel

von Rainer F. Schmidt



Obschon ihr Name anderes vermuten ließ, war ihr Leben eine einzige Niederlage – jedenfalls gemessen an ihren Ansprüchen, ihrer Erziehung und ihrem Ehrgeiz.

Sie war die älteste Tochter der damals mächtigsten Frau der Welt. Anders als ihr späterer Ehemann kannte sie keinen elterlichen Dauerstreit, keine Eiseskälte in der Beziehung zu den Eltern, kein soldatisches Gepräge, sondern nur Bildung, Elitebewusstsein und Pflichtgefühl.

Ihr Vater hatte mit ihrer Mutter insgesamt neun Kinder. Seine Erstgeborene, und nicht die anderen acht, war sein Ein und Alles. Schon als Kind saß sie auf seinem Schoß am Schreibtisch und wurde von ihm in die Geheimnisse der Staatsführung eingeweiht. Seiner ältesten Tochter und nicht etwa seiner Frau schüttete er sein Herz aus, fragte sie um Rat und teilte ihr seine innersten Gedanken mit.

Und sie erfüllte seine Erwartungen über alle Maßen: mit ihrer frühreifen Altklugheit und ihrer brillanten Auffassungsgabe, ganz im Gegensatz zu ihrem Bruder, der sich - trotz seiner Rolle als Thronanwärter - allen elterlichen Erziehungsbestrebungen entzog, der undiszipliniert und hedonistisch lebte.

Ihre Mutter, leidenschaftlich verliebt in ihren früh verstorbenen Mann und eifersüchtig auf die Tochter, hatte keine Einwände, als schon früh ein respektabler Freier auf den Plan trat. Sie war zu diesem Zeitpunkt gerade mal zehn Jahre alt. Er war ein sanftmütiger und ihr intellektuell unterlegener Prinz, aber als einziger Sohn der zukünftige Thronanwärter in seinem Land, zudem mit einer markanten Statur ausgestattet. Im Auftrag ihres Vaters führte sie ihn durch die Weltausstellung, in einer Stadt, deren Konzerthalle bis heute den Namen ihres Vaters trägt. Dort zeigte sie ihm stolz den größten Diamanten der Welt und erklärte ihm die Funktionsweise eines sog. „Alarmbettes“, das die Ingenieure ihres Landes konstruiert hatten. Es konnte den Schläfer zu jeder beliebigen



Abbildung: picture alliance/imageBROKER/Manfred Bail

Zeit wecken, indem es ihn aus dem Bett in ein kaltes Bad katapultierte.

Beide entflammten sofort füreinander und versicherten sich in zahllosen Briefen ihrer Sehnsüchte und Liebe. Als sie 14 war, hielt er um ihre Hand an, mit 18 wurde dann am 12. Januar 1858 Vermählung gefeiert. Der Leitartikel in der größten Zeitung ihres Landes artikulierte genau das, was ihre Eltern sich von der Heirat versprochen: Das unbedeutende Land, in das sie geschickt werde, könne sich glücklich schätzen, ob der Verbindung mit der hochstehendsten Nation der Welt. Die Ehe sei eine Art von Entwicklungshilfe, sowohl politisch wie kulturell. Man hoffe deshalb, dass sie nach einigen Jahren nicht wieder in abgerissenen Kleidern vor der eigenen Haustüre stehe.

Tatsächlich war sie schockiert, als sie an einem eisigen Februartag in ihrer neuen Heimat eintraf. „Ich habe nur noch eine einzige warme Stelle, und das ist mein Herz,“ so stöhnte sie. Entsetzlich empfand sie die Dürftigkeit ihrer neuen Umgebung: keine Bäder, keine Wasserklosetts, die Kamine ungefeigt und unbrauchbar, die Fenster ließen sich nicht öffnen, und wenn sie offen waren, nicht wieder schließen.

Nach dem Willen ihres Vaters sollte sie eine Botschafterin des Fortschritts in seiner alten Heimat sein. Deshalb mäkelte sie unablässig an den Zuständen herum, die sie vorfand: an den Federbetten, die durch Wolldecken aus ihrer Heimat ersetzt werden müssten; an der ungesunden Ernährung der Kinder, die – anders als in ihrer Heimat – früh ihre Zähne verlören; am Silberbesteck, das zu dünn und zu leicht sei, und an den Bildern im Schloss, die teilweise nur billige Kopien seien.

Vor allem aber nahm sie Anstoß an ihrer Rolle als Frau am Hof und in der Gesellschaft. „Was man sich hier wünscht, ist ein billiges Werkzeug in den Händen der Männer, eine Art Kammerfrau, die sich gut anzieht, hübsch aussieht und im eigenen Haus eine Puppe ist. Hier soll eine Frau nichts anderes sein als eine Türkin im Harem“. Noch bevor das Wort geprägt wurde, galt sie nach den Maßstäben ihrer Umgebung als Emanze. Bei den Frauenrechtlerinnen jedoch rief sie goldene Erwartungen hervor, mit ihrem Engagement für eine bessere Bezahlung von Frauenarbeit und für die soziale Gleichstellung. Mehr als die Teilnahme am Turnunterricht für Mädchen konnte sie allerdings nicht erreichen.

Diese undiplomatische, besserwisserische Art verschaffte ihr keine Beliebtheit in ihrer neuen Umgebung. Sie war und blieb die Ausländerin, ein trojanisches Pferd, wie Bismarck höhnte. Einzig bei ihrem Gemahl erntete sie die erhoffte Zustimmung. Er liebte sie über alles und folgte immer willig ihren Ratschlägen.

Diese Ratschläge versuchte sie vergeblich auch bei Bismarck zu platzieren, den sie bald für ein ausgemachtes Ungeheuer hielt und in ihrer alten Heimat nach Kräften anschwärzte. Sie war genau der Typus einer selbstbewusst agierenden Frau, der dem Kanzler ganz grundsätzlich zuwider war. „Mit diesem Weibe“, so äußerte er ganz ungalant, „will ich nichts zu tun haben. Sie wird mich aufhängen lassen, sobald sie es kann. Sie ist eine von Humanität triefende Moraltrumpete“. Und nach einer der wenigen persönlichen Unterredungen notierte er: „Sie machte ein Jupitergesicht, hob die Augenbrauen, sträubte die Haare, rollte die Augen und schlug sie gen Himmel, dass es förmlich knackte und sprach zu mir in großen Phrasen, wie wenn ich eine Volksversammlung wäre. Sie ist eine reine Phrasengießkanne.“

Ihr Perfektionswahn machte auch vor ihrem 1859 geborenen ersten Sohn nicht halt. Er sollte nach ihrem Willen der Mustermonarch des Jahrhunderts werden. Statt Nestwärme und Zuneigung beherrschten jedoch Elektroschocks und metallene Stützapparate sein Dasein als Kind. „Ich kann Dir nicht sagen, liebe Mama, was ich durchlitten habe, als ich ihn in jener Maschine sah.

Es scheint so grausam, das arme Kind zu quälen. Doch würden wir ihm keinen Gefallen tun, wenn wir ihm jetzt Unannehmlichkeiten ersparten, die dadurch später sehr viel schlimmer werden könnten“.

Dieser Vorsatz schlug ins gänzliche Gegenteil um. Tatsächlich verdarb sie auf diese Weise nicht nur seinen Charakter, sondern auch das Verhältnis des Kindes zu seiner Mutter. Nie konnte er es ihr recht machen, nie ihren Ansprüchen genügen, so dass bald Widersetzlichkeit und blanke Feindschaft herrschten. Immer wieder kompromittierte er seine Mutter in der Öffentlichkeit durch Wutausbrüche und suchte sich später eine Frau, die gerade das Gegenbild seiner Mutter war: sanftmütig, willig, emotional und stets bereit, sich ihm unterzuordnen. Sofort nach dem Hinscheiden seines Vaters kam dann der Bruch mit der Mutter, als er das Todeshaus seines Vaters durch ein Garderegiment umstellen und durchwühlen ließ, ohne sich um das Entsetzen der Mutter zu kümmern. Er verdächtigte sie, geheime Papiere seines Vaters in ihre Heimat überführen zu wollen, eine Aktion, die freilich längst vonstatten gegangen war.

Zudem weigerte er sich, ihr eine angemessene Witwenpension zu gewähren und verbannte sie aus der Hauptstadt seines Reiches. Erst durch eine unverhoffte Erbschaft von fünf Millionen Francs seitens einer italienischen Aristokratin konnte sie sich eine standesgemäße Lebensführung leisten: auf einem Schloss im hessischen Taunus, das heute ein Fünf-Sterne-Hotel ist.

Als ihr Bruder dort zu Besuch aufkreuzte, inzwischen zum König seines Landes aufgestiegen, aber nach wie vor ein enfant terrible, bekam auch er ihren durch Einsamkeit und Verbitterung noch gesteigerten Perfektions- und Kontrollwahn zu spüren. „Sobald ich auf mein Zimmer komme“, notierte er, „ziehe ich mir die Stiefel aus und gehe in Socken herum, denn auch die weichsten Hausschuhe hätten Schrammen auf dem Parkett hinterlassen können. Und das hätte sie herausbekommen. Im Zimmer zu rauchen, war natürlich ausgeschlossen. Aber auch aus dem Fenster zu rauchen, war gefährlich. Sie hätte es gespürt. So nahm ich eine Zeitung, breitete sie vor dem Kamin aus und rauchte mit vorgestreckten Kopf in den Schornstein hinein.“

Sie starb im gleichen Jahr wie ihre Mutter: 1901 – 23 Jahre nach dem Tod ihres geliebten Gatten und genau 40 Jahre vor dem des ungeliebten Sohnes, der nach ihrem Dahinscheiden abermals ihr Domizil umstellen und durchsuchen ließ.

Wer war sie, wie hießen ihr Gemahl, ihr Sohn, ihr Vater und wie ihr königlicher Bruder? ▲



Schicken Sie uns Ihre Lösung per Email an landeszentrale@blz.bayern.de. Einsendeschluss ist der 4. November 2019. Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir ein Exemplar unserer Publikation von Michael Brenner: *Der lange Schatten der Revolution. Juden und Antisemiten in Hitlers München 1918-1923*, Berlin 2019.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Der Gewinner/die Gewinnerin wird in der nächsten Ausgabe von „Einsichten&Perspektiven“ bekannt gegeben.

Die Auflösung sowie die literarischen Hinweise zu diesem Rätsel finden Sie ebenfalls in der nächsten Ausgabe.

Viel Erfolg und Freude bei der historischen Spurensuche.



Die richtige Lösung des Rätsels aus Heft 2/2019 lautete:

Bernhard von Bülow.

Wir danken allen Teilnehmenden für die Einsendung Ihrer Lösung und gratulieren dem Gewinner,

Herrn Hans Bauer aus Mistelgau.

Literarische Quellen und Hinweise zu Bernhard von Bülow:

Quellen zu Bernhard von Bülow:

Die wichtigsten diplomatischen Aktenstücke zur Ära Bülow von 1897 bis 1909 finden sich in: Johannes Lepsius u.a. (Hg.): *Die große Politik der europäischen Kabinette 1871-1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes*, Bde. 12 - 26, Berlin 1922 ff.

Johannes Penzler (Hg.): *Fürst Bülows Reden*, Bd. I (1897-1903) u. Bd. II (1903-1906), Berlin 1907 und Otto Hötzsch (Hg.): Bd. III (1907-1909), Berlin 1909. [Digitalisate unter archive.org].

Franz von Stockhammern (Hg.): *Bernhard von Bülow: Denkwürdigkeiten*, 4 Bde., Berlin 1930/31. [Digitalisat unter (1) [urn:nbn:de:s2w-11878](http://nbn:de:s2w-11878), (2) [urn:nbn:de:s2w-11897](http://nbn:de:s2w-11897), (3) [urn:nbn:de:s2w-11908](http://nbn:de:s2w-11908), (4) [urn:nbn:de:s2w-11911](http://nbn:de:s2w-11911)].

Literatur zu Bernhard von Bülow:

Gerd Fesser: *Bernhard von Bülow und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs*, in: *Militär-geschichtliche Mitteilungen* 51 (1992), S. 317-324.

Ders.: *Der Traum vom Platz an der Sonne. Deutsche Weltpolitik 1897-1914*, Bremen 1996.

Ders.: *Reichskanzler von Bülow – Architekt der deutschen Weltpolitik*, Leipzig 2003.

Peter Winzen: *Bülows Weltmachtkonzept. Untersuchungen zur Frühphase seiner Außenpolitik 1897-1901*, Boppard 1977.

Ders.: *Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow. Weltmachtstrategie ohne Fortune – Wegbereiter der großen Katastrophe*, Göttingen/Zürich 2003.

Ders.: *Im Schatten Wilhelms II. Bülows und Eulenburgs Poker um die Macht im Kaiserreich*, Köln 2011.

Ders.: *Reichskanzler Bernhard von Bülow*, Regensburg 2013.

Der deutsche Überfall auf Polen

Auftakt zum Vernichtungskrieg (1939–1941)

von Krzysztof Ruchniewicz



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und der polnische Präsident Andrzej Duda gedenken am Denkmal des zerstörten Allerheiligen-Krankenhauses im polnischen Wieluń der Opfer der deutschen Luftangriffe, 1. September 2019

Foto: picture alliance/dpa/Fotograf: Bernd von Jutrczenka

Am 1. September 1939 jährte sich der Beginn des Zweiten Weltkriegs zum achtzigsten Mal. Während an jenem Septembertag in den frühen Morgenstunden das Linienschiff „Schleswig-Holstein“ die Westerplatte bei Danzig mit Granaten eindeckte, warfen in etwa zeitgleich Sturzkampfflieger Bomben über der noch schlafenden Stadt Wieluń ab. In Gedenken an die Opfer dieses Überfalls auf Polen besuchte der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 1. September dieses Jahres gemeinsam mit dem polnischen Präsidenten Andrzej Duda die Stadt Wieluń, wo ein fast sechs Jahre dauernder, kontinentübergreifender Krieg seinen Anfang nahm.

Vorbereitung des Krieges gegen Polen

Der Zweite Weltkrieg war von Anfang an als Vernichtungskrieg angelegt, in dem die Deutschen mit eiserner Disziplin die Befehle von oben ausführten. Die in Polen einfallenden Wehrmachts- und Polizeieinheiten führten Hitlers Kolonisierungspläne durch; der sogenannte „Führer“ hatte schon 1933 in einer Rede vor Militärs kein Blatt vor den Mund genommen: „Wie soll pol. Macht, wenn sie gewonnen ist, gebraucht werden? Jetzt noch nicht zu sagen. Vielleicht Erkämpfung neuer Export-Mögl., vielleicht – und wohl besser – Eroberung neuen Lebensraums im Osten u. dessen rücksichtslose Germanisierung. Sicher, dass erst mit pol. Macht u. Kampf jetzige wirtsch. Zustände geändert werden können. Alles, was jetzt geschehen kann – Siedlung – Aushilfsmittel.“¹

Ein umfassender Plan von Aussiedlungen und Vertreibungen, der sogenannte Generalplan Ost, wurde bald darauf zum integralen Bestandteil der NS-Politik im Osten. Die Zivilbevölkerung war von den ersten Stunden des Krieges an jedes Schutzes beraubt.

Die Kriegsvorbereitungen Hitlerdeutschlands gingen mit zahlreichen Besprechungen einher, an denen die ranghöchsten Parteifunktionäre und Militärs teilnahmen. Ein genauer Blick auf diese Konferenzen lässt den Charakter des bevorstehenden Krieges bereits deutlich hervortreten. Natürlich verbreitete die NS-Propaganda die Behauptung, der Krieg sei eine Reaktion auf polnische Provokationen in Grenznähe, aber die deutschen Beschlüsse liefen darauf hinaus, dass es sich um einen Krieg ganz neuer Art handele. Die ersten Kriegswochen bestätigten dies. Nach

Admiral Canaris' Notat sagte Hitler am 22. August 1939 zur Partei- und Wehrmachtsführung: „Herz verschließen gegen Mitleid. Brutales Vorgehen. 80 Mill.(ionen) Menschen müssen ihr Recht bekommen. Ihre Existenz muss gesichert werden. Der Stärkere hat das Recht. Größte Härte. Schnelligkeit der Entscheidung notwendig. Festen Glauben an den deutschen Soldaten. Krisen sind nur auf Versagen der Nerven der Führer zurückzuführen. Erste Forderung: Vordringen bis zur Weichsel und bis zum Narew. Unsere technische Überlegenheit wird die Nerven der Polen zerbrechen. Jede sich neu bildende lebendige polnische Kraft ist sofort wieder zu vernichten. Fortgesetzte Zermürbung. Neue deutsche Grenzführung nach gesunden Gesichtspunkten evtl. Protektorat als Vorgelände. Mil.(itärische) Operationen nehmen auf diese Überlegungen keine Rücksicht. Restlose Zertrümmerung Polens ist das militärische Ziel. Schnelligkeit ist die Hauptsache. Verfolgung bis zur völligen Vernichtung.“²

In solchen Ausführungen gab es keinen Platz für einen „gerechten“ und „ritterlichen“ Krieg, wenn solche Kriege überhaupt jemals außerhalb der Propaganda existierten. Hitler sagte ganz offen, internationale Konventionen würden nicht mehr gelten. Das Hauptziel war die Vernichtung des Feindes, seine Auslöschung, die Offenbarung einer durch nichts gehemmten Brutalität. Die Chefs der deutschen Polizei, Reinhard Heydrich und Heinrich Himmler, gingen noch einen Schritt weiter. Die hinter der Wehrmacht in Polen einmarschierenden Polizeieinheiten und die „Todesschwadronen“ sollten Angehörige der polnischen Führungsschicht und Intelligenz verfolgen, verhaften und

1 Thilo Vogelsang: Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930–1933, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 2 (1954), S. 397–439, hier S. 435.

2 Jochen Böhrer: Der Überfall. Deutschlands Krieg gegen Polen, Frankfurt am Main 2009, S.57.



Juden werden im September 1939 von Wehrmachtssoldaten für einen Zwangsarbeitseinsatz gesammelt. Sie stehen aufgereiht mit Reisigbesen an einer polnischen Straße.
Abbildung: akg-images

ermorden. Bei einer Besprechung mit Heydrich und Himmler und den späteren Chefs der Einsatzgruppen wurde den Kommandeuren der Großaktion der Sicherheitspolizei nicht nur die Maßnahme des Verhaftens, sondern auch des Mordens als Reaktion auf möglichen Widerstand aufgetragen: „Einzelheiten wurden nur insoweit bekannt gegeben, als uns erläutert wurde, dass im Rahmen der Bekämpfung von Widerstandsbewegungen und -gruppen alles erlaubt sei, also sowohl Erschießungen als auch Verhaftungen. Die Entscheidung, welche Maßnahme zu ergreifen war, oblag den durchführenden Organen, also den dem Gruppenstab unterstehenden Einsatzkommandos. [...] Von ausdrücklichen Maßnahmen gegen die polnische Intelligenz wurde damals im Einzelnen nicht gesprochen. Es wurde aber darauf hingewiesen und lag ja an sich auch auf der Hand, dass der Motor der Widerstandsbewegungen in der polnischen Intelligenz zu suchen war. Der Umfang und die Art der Maßnahmen bestimmten sich in den ersten Tagen des Polenfeldzuges, genauer gesagt in den ersten Wochen, vom Tagesgeschehen her [...]“³

Im Sommer 1939 sammelte das Reichssicherheitshauptamt Informationen über verdächtige Personen und potenzielle Informanten. Dabei ging es „nicht allein (um) die Deutschen in Polen und die Polen in Deutschland, sondern auch die im Rahmen der Volkstumsauseinander-

setzung hervorgetretenen Polen in Polen und die Volkstumsarbeiter [...] in Deutschland.“⁴

Wer als deutsch- oder reichsfeindlich galt, fand sich auf einer Proskriptionsliste wieder, die den Einsatzgruppen des Sicherheitsdienstes und der Polizei übergeben wurde. Bis heute ist diese Liste nur Fachleuten bekannt und unveröffentlicht. Wer sich auf dieser Liste befand, war faktisch rechtlos.

Dem Kriegsausbruch ging eine Reihe von Provokationen voraus, von denen die bekannteste der Überfall auf den Sender Gleiwitz ist. Die meisten davon liefen in Oberschlesien ab. Ihre Aufgabe war es, die deutsche Propaganda mit Vorwänden zu versorgen, um die Einleitung von Kampfhandlungen gegen Polen zu rechtfertigen.

Polen im Vorfeld des Überfalls

Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges beendete für Polen zwanzig Jahre des Aufbaus eines neuen, unabhängigen Staates, nachdem es auf der europäischen Landkarte mehr als hundert Jahre nicht existiert hatte. Die Polen standen einmal mehr in der Gefahr, ihre Existenz als Staat und Nation zu verlieren. Die Zweite Republik war kein Land, in dem Milch und Honig flossen, wie es der jüngste Propagandafilm „Die Unbesiegten. Zeit der Prüfung“ des Instituts für Nationales Gedenken (IPN) zum

3 Ebd. (wie Anm. 2), S. 45.

4 Böhler (wie Anm. 2), S. 57.



Der amerikanische Fotograf Julian Bryan tröstet die zehnjährige Polin Kazimiera Mika, deren Schwester beim Ernten von Kartoffeln durch deutsche Luftangriffe getötet wurde, Warschau, 13. September 1939.
Foto: United States Holocaust Memorial Museum with provenance of the Julian Bryan Archive⁵

Ausdruck bringen will. Sie hatte mit ernstesten Problemen zu kämpfen, die auf die Teilungszeit, zunehmenden Nationalismus, Demokratiefeindlichkeit und wirtschaftliche Rückständigkeit großer Teile des Staatsgebiets zurückgingen. Nehmen wir dabei nur die ethnischen Polen in den Blick, verengt sich unser Gesichtsfeld. In Vorkriegspolen gab es Antisemitismus ebenso wie feindliche Einstellungen gegenüber den nationalen Minderheiten und deren Nationalismus, gegen die der autoritäre Staat kein anderes Mittel als Repressionen fand. Auch die Außenpolitik der Zweiten Republik ist nicht über jede Kritik erhaben. Die Besetzung des tschechischen Olsagebietes im Oktober 1938 und die Beteiligung an der von Nazideutschland vollzogenen Teilung der Tschechoslowakei waren politisch falsch. Auch der Mangel an Empathie für die 1938 aus Deutschland nach Polen deportierten Juden polnischer

5 The views or opinions expressed in this article, and the context in which the images are used, do not necessarily reflect the views or policy of, nor imply approval or endorsement by, the United States Holocaust Memorial.

Staatsangehörigkeit war ein schwerwiegendes Manko. Offenbar sind den Polen diese Probleme zu wenig bewusst, genauso wie der verbrecherische Umgang mit den Juden in Polen gleich nach Kriegsausbruch. Denn schon im September 1939 waren sie Schikanen und Repressionen ausgesetzt, Pogrome nicht ausgenommen. Die polnischen Nachbarn blieben meist passive Zeugen dieser ersten Verbrechen an ihren jüdischen Landsleuten.

Andererseits waren für die polnische Regierung politische Alternativen zu ihrer Außenpolitik angesichts des Kräftegleichgewichts in Europa und ihrer eigenen geopolitischen Position praktisch nicht vorhanden. Hypothetisch wird oft gefragt, was passiert wäre, wenn Warschau ein Bündnis mit einem seiner gefährlichen Nachbarn gewählt hätte. Ein Bündnis mit Berlin oder Moskau hätte aber das Ende der Souveränität und vielleicht sogar der staatlichen Existenz bedeutet. Polen wurde zum Ziel einer rücksichtslosen Aggression seines westlichen Nachbarn, denn im Frühjahr 1939 entschied dieser, dass er in seinen Beziehungen zu Warschau keine anderen politischen Mittel als den Krieg einsetzen würde. Hitlers scheinbar überraschende Vereinbarung mit Stalin Ende August ließ den Angriff von beiden Seiten kommen.

Verlauf des Septemberkriegs

Eines der ersten Angriffsziele war die eingangs erwähnte grenznahe Stadt Wieluń. Dieser wenig bedeutsame Provinzort wurde bereits in den ersten Stunden durch Luftangriffe zerstört, bei denen bis zu 1200 Menschen umkamen. Das Städtchen verschwand gleichsam vom Erdboden. Dies stand am Anfang von Terrorangriffen aus der Luft auf polnische Städte. Die Luftwaffe zerbombte im Septemberkrieg etwa 150 größere und kleinere Städte. Wieluń war das polnische Guernica, die Stadt im spanischen Baskenland, die 1937 während des Bürgerkrieges von der deutschen „Legion Condor“ zerstört worden war. Auch dort waren hauptsächlich Zivilisten umgekommen. Es gibt noch eine weitere Verbindung. Beide Luftangriffe, der auf Guernica wie der auf Wieluń, wurden von demselben Offizier geleitet, dem aus Schlesien gebürtigen Wolfram von Richthofen. Die Angriffe richteten sich gegen Flüchtlingskolonnen und mit Zivilisten besetzte Züge. Zur Ikone dieser Geschehnisse wurde ein Bild des amerikanischen Fotografen und Filmemachers Julian Bryan. Er hielt die Verzweiflung eines Mädchens fest, das nach dem deutschen Luftangriff den Tod seiner Schwester beweinte. Ein Novum des Krieges war die schnelle Vernichtung militärischer Ziele, aber auch das rücksichtslose Vorgehen gegen Zivilisten, die als menschliche Ressource des Feindes behandelt wurden.



Die Skulpturen in den Wäldern um Wielka Piaśnica erinnern an getötete Häftlinge aus dem Konzentrationslager Stutthof in der Nähe von Danzig. 1944 ließ die SS die Leichen des Massakers von Piaśnica von Häftlingen des Konzentrationslagers Stutthof ausgraben und verbrennen, da sie die Entdeckung durch die nach Osten rückende Rote Armee fürchtete. Die Häftlinge wurden anschließend ebenfalls getötet, ihre Leichen wurden verbrannt.
Foto: Krzysztof Ruchniewicz

Die ersten Tage des September 1939 brachten zunehmendes Chaos und eine fortschreitende Lähmung aller Lebensbereiche mit sich. Die Wehrmacht walzte alle polnischen Verteidigungslinien nieder und rückte rasch auf Warschau vor. Die polnische Armee war schwächer und schlechter ausgerüstet, die Kommunikation zwischen dem Oberbefehlshaber und den einzelnen Einheiten funktionierte nicht. An der Front und in der Etappe wurde die Lage immer nervenaufreibender. Angehörigen der deutschen Minderheit wurde teils zu Recht, teils unberechtigt vorgeworfen, sie würden als „fünfte Kolonne“ gegen die Polen vorgehen. Die Entscheidung fiel, zehntausend Deutsche in den Osten des Landes zu verbringen. Sie wurden in Kolonnen zu einem vieltägigen Fußmarsch gezwungen. Nach dem deutschen Sieg wurden die Opfer zu Märtyrern stilisiert.

Bis heute sind die Ereignisse von Bromberg/Bydgoszcz am 3. September 1939 umstritten, dem sogenannten „Blutsonntag“, bei dem ein Teil der deutschen Einwohner,

darunter Alte, Frauen und Kinder, insgesamt etwa 360 Personen, erschossen wurde. Zwischen polnischen und deutschen Historikern besteht keine Einigkeit, ob es sich um eine deutsche Provokation, polnische Präventivmaßnahmen oder die Folge von Panik oder Vergeltungslust handelte. Doch Tatsache bleibt, dass diese Ereignisse und andere Todesfälle von Deutschen in Polen der deutschen Propaganda als Nachweis polnischer Bestialität dienten und deutsche Kriegsverbrechen rechtfertigen sollten. Polnische und deutsche Historiker sind sich heute darüber einig, dass insgesamt bei Kriegsbeginn etwa 4500 Angehörige der deutschen Minderheit umkamen, darin eingeschlossen Personen, die durch Kriegshandlungen ihr Leben verloren.

Die Bromberger Ereignisse lösten nach Einnahme der Stadt durch die Wehrmacht Vergeltungsaktionen aus. In den Folgewochen wurden Angehörige der polnischen Intelligenz, Geistliche und Gutsbesitzer massenweise verhaftet. Bis Ende 1939 ermordeten die Todesschwadronen des

Selbstschutzes und die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei insgesamt 40.000 Menschen. Nicht weniger als 30.000 wurden allein im Reichsgau Danzig-Westpreußen hingerichtet. Im Oktober 1939 begannen Erschießungen von Angehörigen der polnischen Intelligenz in den Wäldern um Wielka Piaśnica/Groß Piasnitz bei Wejherowo/Neustadt (Westpreußen) in Pommerellen. Dort wurden zudem auch deutsche Juden und geistig Behinderte ermordet. Schon in den ersten Septembertagen wurde das Konzentrationslager Stutthof bei Danzig in Betrieb genommen, in dem Polen und Juden inhaftiert wurden. Bis Ende 1939 wurden etwa 7.000 Juden ermordet; dies war der Beginn ihrer vollständigen Vernichtung. Mit der Zeit wuchsen sich diese Aktionen zum Völkermord an allen europäischen Juden aus, die unter Naziherrschaft gerieten. Gleich zu Anfang stellte sich die Frage, wie sich die nichtjüdischen Polen zu ihren jüdischen Nachbarn verhalten würden. Selbst in einer äußerst schwierigen Lage befindlich, nahmen sie angesichts der Judenverfolgungen unterschiedliche Haltungen ein, von Hilfsbereitschaft über Gleichgültigkeit bis hin zu Erpressung von versteckten Juden und Teilnahme an Pogromen. Persönliche Gesinnung, erworbene Haltung zu den Juden, vor allem aber die Erfahrungen der Besatzung und der von den Deutschen erwiesenen gänzlichen Verachtung für Menschenleben lösten ganz unterschiedliche Verhaltensweisen aus.

Nicht vergessen werden sollte auch, dass während des Septemberkriegs nicht nur Zivilisten der Gewalt zum Opfer fielen, sondern auch Kriegsgefangene, deren Exekution gegen alle kriegsvölkerrechtlichen Normen verstieß.

Es gab nach dem Krieg in der Bundesrepublik Versuche, Personen vor Gericht zu stellen, die für in Polen in den ersten Kriegswochen begangene Verbrechen verantwortlich waren. Das sollte noch eingehender untersucht werden. Die Prozesse endeten oft mit einem Freispruch. Zwar lassen sich diese Verfahren gewiss nicht wiederaufnehmen, doch könnte eine erneute Sichtung des Beweismaterials und der Urteilsbegründungen Antworten dazu liefern, ob sich die Gerichte in jedem Fall an die Buchstaben des Gesetzes hielten oder auch nach politischen Gesichtspunkten entschieden, ob sie zu verschleiern versuchten, dass schon zu Kriegsbeginn zahlreiche Deutsche an Verbrechen beteiligt gewesen waren.

Angriff der Sowjetunion

Am 17. September 1939 wurde Polen zusätzlich von der UdSSR angegriffen. Seit diesem Zeitpunkt musste das Land einen Zweifrontenkrieg führen; unterdessen hatten zwar seine Alliierten im Westen, Frankreich und Großbritannien, am 3. September Deutschland den Krieg erklärt,

sie hatten es aber nicht eilig, tatsächlich auch einzugreifen. Die Entscheidung für den Angriff auf Polen war in Moskau zehn Tage zuvor gefallen. Bei einer Sitzung mit hohen Staatsfunktionären gab Stalin den Angriffsplan bekannt, um noch einen „bourgeois“ und „faschistischen“ Staat zu vernichten.

Berlin wurde verständigt, doch im Unklaren über das genaue Angriffsdatum gelassen. Der polnische Botschafter in Moskau erhielt am 17. September eine mit Berlin abgestimmte sowjetische Note, die behauptete, nach dem Bankrott des polnischen Staates sei die polnisch-sowjetische Vereinbarung nicht mehr bindend. Daher habe Moskau entschieden, die Grenze zu überschreiten und die Westukraine und Westbelarus unter seine „Obhut“ zu nehmen.

Noch am selben Tag gab der Oberbefehlshaber der Armee den Befehl, sich in Richtung Rumänien und Ungarn zurückzuziehen. Die Einheiten sollten Gefechten mit den Bolschewiki ausweichen. Doch an vielen Orten fanden sie dennoch statt. Auch Zivilisten wurden getötet. Zehntausende von Soldaten wurden gefangen genommen, von wo aus ihr Weg in den Gulag oder die Todesgruben von Katyn führte. Der NKVD begann, die „Feinde des Volkes“ „vorsorglich“ zu verhaften. Bereits in den letzten Wochen des Jahres 1939 wurden große Deportationen nach Sibirien vorbereitet. Die Reaktion von Warschaus Verbündeten war einmal mehr enttäuschend; sie beschränkten sich darauf, Protestnoten nach Moskau zu schicken, während Polen informiert wurde, die Bündnisverpflichtungen würden sich nicht auf den sowjetischen Angriff auf Polen erstrecken. Die Rote Armee besetzte in kurzer Zeit die Ostgebiete der Rzeczpospolita, die über keine ausreichenden Kräfte zur Abwehr eines Angriffs von Osten verfügten.



Sowjetische Truppen marschieren im September 1939 in Polen ein.
Abbildung: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

Verlagerung des polnischen Widerstands ins Exil

Trotzdem setzten in der zweiten Septemberhälfte die polnischen Truppen unter immer schwierigeren Bedingungen ihren Kampf gegen die Wehrmacht fort. Trotz Schließung des Belagerungsringes und großer Verluste an Menschen verteidigte sich die Hauptstadt Warschau tapfer. Dieser Kampf erhielt in anderen Landesteilen die Hoffnung aufrecht. Zum Gesicht der Verteidigung wurde Warschauer Zivilkommissar Stefan Starzyński, der über das Radio zum Widerstand aufrief. Er kümmerte sich energisch um die provisorische Verwaltung und Versorgung der belagerten Stadt. Am 25. September führte die Luftwaffe einen Angriff bisher unbekanntes Ausmaßes aus. Warschau ergab sich drei Tage später. Starzyński sollte ein furchtbares Schicksal erleiden; er wurde von der Gestapo hingerichtet. Am 6. Oktober kapitulierte die Unabhängige Operationsgruppe Polesie. Dieser Tag gilt als Ende des polnischen Abwehrkampfes.

Doch war dies nicht das Ende des polnischen Staates und einer zu Aktion und Widerstand fähigen polnischen Nation. Die polnische Exekutive und Legislative, das heißt Regierung, Präsident und Parteien, nahmen kurz darauf ihre Tätigkeit im Exil wieder auf, erst in Frankreich, nach dessen Niederlage 1940 in Großbritannien. Die Polen ergaben sich nicht, sondern leisteten den Besatzungsmächten Widerstand. Bereits im Herbst 1939 wurden die Anfänge für den späteren Untergrundstaat gelegt, der auf einer militärischen und einer zivilen Säule ruhte. In Frankreich begann der Neuaufbau einer polnischen Armee, dem sich Polen auf unterschiedlichen Wegen anschlossen.

Folgen des Überfalls und Umgang mit der Verantwortung in Deutschland

Die Bilanz des Septemberkrieges war für die Polen katastrophal. Es gab zehntausende Todesopfer, hunderttausende Soldaten waren in Kriegsgefangenschaft geraten. Viele Städte und Dörfer lagen in Schutt und Asche. Die polnische Intelligenz war ständigen Verhaftungen und Exekutionen ausgesetzt. Am 6. November 1939 wurden 183 Professoren und Mitarbeiter der Jagiellonenuniversität und anderer Krakauer Hochschulen verhaftet und in das Konzentrationslager Sachsenhausen unweit Berlins verbracht. Die gegen die Führungsschicht der polnischen Gesellschaft gerichteten Maßnahmen setzten sich im Folgejahr fort. In der sogenannten „Außerordentlichen Befriedungsaktion – AB“ wurden in Palmiry bei Warschau von 1939 bis 1941 mehr als 1700 polnische und jüdische Menschen ermordet, allesamt Angehörige der politischen, intellektuellen und kulturellen Führungsschichten Polens.

In Deutschland besteht praktisch keine Erinnerung an diesen ersten, „polnischen“ Abschnitt des Zweiten Weltkrieges, an die brutale, kolonialistische deutsche Vernichtungspolitik in den besetzten Gebieten Polens. Sie fließt mit den Ereignissen von 1941, nämlich dem Überfall auf die Sowjetunion und den deutschen Verbrechen auf deren Gebieten, zusammen. Zudem stehen die deutschen Verbrechen an Polen und anderen Nationen des östlichen Europa im Schatten der Shoah, obwohl ihnen doch auch viele Millionen Menschen zum Opfer fielen.

Gleiches gilt für die Rolle des kommunistischen Verbündeten Deutschlands in den ersten Kriegsjahren. Auch die Auswirkungen des Hitler-Stalin-Pakts auf Polen und Mittel- und Osteuropa sind aus dem Gedächtnis verschwunden. Auch dieses Thema wird von deutschen Historikern nicht oft diskutiert. Der Vergleich der deutschen und sowjetischen Besatzungspolitik führt nach Ansicht einiger Personen zu der Gefahr der Relativierung deutscher Verbrechen. Allerdings kann man diesem Problem gegenüber nicht gleichgültig sein. Anfang 1940 sprach Hans Frank, der zum Generalgouverneur des nicht annektierten Restes des ehemaligen polnischen Staates ernannt wurde, über den Charakter der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der UdSSR nach dem Fall Polens: „[...] die Grenzbeziehungen mit der Sowjetunion (sind) die freundschaftlichsten, die Sowjetrussen (machen) sehr häufig ihren Besuch in Krakau, sie (sind) gern gesehene Gäste in unserem Territorium, weil es ununterbrochen Fragen des gegenseitigen Interesses gibt, so etwa Umsiedlungsfragen, Fragen des Gütertransportes, des Warenverkehrs usw.“⁶

Die jetzt – sowohl von Bundestagsabgeordneten als auch von deutschen Historikern – geführte Debatte, ob es begründet sei, in Berlin ein Mahnmal für die im Zweiten Weltkrieg ermordeten polnischen Staatsbürgern zu errichten, ist sehr bezeichnend. Die Diskussion zeigt nicht allein, welchen geringen Stellenwert die Thematik in historischem Gedächtnis und öffentlicher Debatte besitzt, sondern auch die fortgesetzte Abneigung, das Verschweigen oder das Ignorieren der Tatsachen, ein spätes Resultat der ausgebliebenen Aufarbeitung der NS-Propaganda. Es gibt bei unserem deutschen Nachbarn kein Bewusstsein dafür, dass das Jahr 1939 ein Vorspiel für die Verbrechen war, die in den Folgejahren an Bürgern der UdSSR und an Juden begangen wurden, genauso wenig wie ein Wissen um den weiteren Verlauf der Geschichte Polens im Jahr

6 Instytut Pamięci Narodowej Warszawa, Dziennik Hansa Franka, Vol. IX 3, Sign. IPN GK 95/19, Bl. 7.



Die Kooperation zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion zu Beginn des Krieges zeigte sich auch im Rahmen der feierlichen Übergabe der von den Deutschen besetzten Stadt Brest an die Sowjets, nachdem der Verlauf der deutsch-russischen Demarkationslinie im besetzten Polen beschlossen worden war. Das Foto entstand im Oktober 1939.
Abbildung: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

1945, als das Land von seinen westlichen Verbündeten aufgegeben und auf Jahrzehnte zu einem Moskauer Satellitenstaat wurde. Alle Anstrengungen des Untergrunds, der an Seiten der Alliierten kämpfenden Armee, schließlich die Bemühungen der anerkannten Regierung im Exil waren vergeblich.

Mangelnde Sensibilität für die Geschichte der polnischen Staatsangehörigen im Krieg zeigt auch das langjährige Ignorieren der Entschädigungsfrage durch die Bundesrepublik vor 1990. Viele Polen finden die Zahlungen an einen Teil der Opfer der Besatzungsgewalt verspätet und nicht im Verhältnis zu ihren Leiden. Es reicht nicht aus, sich hierbei auf den juristischen Sachverhalt zu berufen. Der deutsche Botschafter in Warschau Rolf Nickel formulierte unlängst treffend, das Thema sei zwar rechtlich und politisch, nicht aber moralisch abgeschlossen. Oder wie Raphael Utz sagte: „Das ist ein guter Anfang für ein Gespräch. Dieses darf sich eben nicht nur auf Rechtsfragen beschränken, sondern muss von Verständnis und Respekt für die polnische Seite getragen sein.“⁷

Steinmeiers Besuch von Gedenkfeierlichkeiten in Wieluń und Warschau kann sicherlich als eine Geste in diese Richtung gedeutet werden, allerdings bedarf es einer nachhaltigen Empathie Deutschlands für Polen, die nicht nur punktuell an Jahrestagen zum Ausdruck kommt. ■

Zur vertiefenden Lektüre

Alksandra Janiszewska (Hg.): Die Farben des Krieges/The Colors of War: Die Belagerung Warschau in den Fotografien von Julien Bryan/The Siege of Warsaw in Julien Bryan's Color Photographs, Berlin/München 2011.

Internetpräsenz des Museums Piaśnica:
<http://muzeumpiasnickie.pl/>

7 Weiße Flecken in der deutschen Erinnerungskultur, <https://forumdialog.eu/2019/05/22/weisse-flecken-in-der-deutschen-erinnerungskultur/> [Stand: 11.09.2019].

Historische Jugendromane im Geschichtsunterricht

– ein Medium zur Demokratieverziehung?

von Monika Rox-Helmer



Professor Unrat im Film „Der blaue Engel“ nach dem Roman von Heinrich Mann, 1930
Abbildung: ullstein bild

Demokratie lehren – Demokratie lernen

Obwohl das Grundgesetz vor 70 Jahren die Demokratie als Staatsform in der Bundesrepublik eingeführt hat und seitdem festschreibt, ist sie keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Allein der zurzeit vielfach bemühte Vergleich zur Weimarer Republik mahnt, dass es sich um eine politische Ordnung handelt, die geschützt und vor allem gelebt werden muss. Dafür ist es wichtig, dass bereits Kinder und Jugendliche eine demokratische Grundhaltung entwickeln, die ein politisches Bewusstsein schafft, das an humanistischen Werten ausgerichtet ist. Sie müssen sich

als politische Wesen erfahren, damit sie eine Bereitschaft entwickeln können, sich mit ihren Vorstellungen in die Gemeinschaft einzubringen.

Gerade dem Geschichtsunterricht wird neben dem Sozialkundeunterricht dafür eine besondere zugewiesen, welche von den Lehrkräften auch so wahrgenommen wird. Dennoch lassen Radikalisierungstendenzen, antisemitische oder ausgrenzende Äußerungen in sozialen Netzwerken daran zweifeln, dass der Geschichtsunterricht mit Blick auf diese Zielsetzung für alle, die das Bildungssystem durchlaufen, funktioniert. Deshalb werden neue Wege gesucht, mit denen Demokratielernen initiiert werden kann.

Der Geschichtsdidaktiker Michele Barricelli stellt bei seiner Suche nach möglichen Gründen fest, dass Demokratie zu selten durch das Erzählen von Geschichte gelehrt werde. Diese Beobachtung führt Barricelli darauf zurück, im Geschichtsunterricht würden zu wenige Narrative angesprochen, die modellhaft zeigen, wie „bestimmte Menschen Demokratie aktiv durchsetzten und demokratische Gemeinwesen gründeten, diese ausbauten, stets modernisierten und gegen Gefährdungen verteidigten.“¹ Er vermisst eingängige, positive Beispiele zur Demokratiegeschichte, die Anziehungskraft besitzen und die sich den Lernenden durch ein positives Erleben von Demokratie zur Orientierung anbieten können. Der Geschichtsunterricht fokussiere vielfach eher die Phänomene Unrecht, Diskriminierung, Entrechtung und Massengewalt – also

.....
1 Michele Barricelli: Demokratiegeschichte als Lerngeschichte. Zu einem vernachlässigten Zweig der historisch-politischen Bildung. In: Demokratiegeschichte als Beitrag zur Demokratiestärkung. Eine Publikation von Gegen Vergessen – für Demokratie e.V. und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 2018, S. 29-42, hier S. 30.

das Gegenteil von Demokratie. Ohne an der Bedeutung dieser Themen zu zweifeln, problematisiert Barricelli, dass die Thematisierung des Bösen nicht notwendig zum Guten führe. Er vertritt deshalb die These, neben der Erinnerung an Diktaturerfahrungen müssten auch anschauliche und anziehende Narrative zur Demokratiegeschichte im Unterricht bearbeitet werden.²

Historische Jugendromane erzählen anschaulich und konkret auf den einzelnen Menschen bezogen, sie stellen eingängige Narrative vor, die durchaus Anziehungskraft besitzen können. Sie bieten Orientierung und können im Leseprozess historisches Erfahrungswissen aufbauen. Insofern könnten sie sich als Medium für Demokratiegeschichte anbieten. Jugendliteratur kann die abstrakten Grundsätze der Demokratie konkretisieren, denn gattungsspezifisch bietet sie Identifikationsangebote, die eindrücklich auf die Bedeutung von Grund- und Menschenrechten sowie Rechtsstaatlichkeit aufmerksam machen könnten. Jugendlichen Protagonisten können dem Leser den Zugang zu den politischen Aspekten erleichtern, die Konkretisierung am historischen Thema schafft zusätzlich eine Distanz zur Gegenwart, die lernförderlich sein kann. Während aktuelle politische Probleme oft vorschnell emotionalisieren, kann die Thematik am historischen Beispiel zunächst in ihrer Andersartigkeit wahrgenommen und kognitiv durchdacht werden, bevor sie auf die Gegenwart bezogen wird. Dieser Bezug drängt sich dennoch immer auf, weil trotz aller Andersartigkeit der Vergangenheit über die altersspezifischen Erfahrungen des Protagonisten eine Vergleichsfläche angelegt ist. So kann sich nahezu automatisch vom historischen Sachurteil ausgehend auch ein gegenwartsorientiertes individuelles Werturteil bilden.³

So einleuchtend diese Idee erscheinen mag, ist sie doch nicht einfach umsetzbar, denn es gibt kaum historische Romane, die in ihrer Haupthandlung solche positiven Narrative zur Demokratiegeschichte aufgreifen. Wenn Figuren deutlich demokratische Ideale vertreten, scheitern sie oft an den Strukturen ihrer Zeit, Emanzipationsgeschichten thematisieren vor allem die Schwierigkeiten und enden spätestens, wenn ein Erfolgskurs absehbar ist. Inhaltlich ist der Jugendbuchmarkt derzeit vom Thema ‚Nationalsozialismus und Holocaust‘ dominiert, insbesondere dem erinnerungskulturellen Erzählen von Dikta-



Kinder und Jugendliche auf der Leipziger Buchmesse
Abbildung: Waltraud Grubitzsch/dpa-Zentralbild/picture alliance

turerfahrungen; selbst die Romane, die jetzt zum 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution erschienen sind, legen ihren Schwerpunkt eher auf die Auswirkungen der SED-Diktatur als auf die demokratische Bewegung.

Demokratie scheint kein romanhaftes Thema zu sein! Das ist auch wenig verwunderlich, denn die Jugendliteratur, die spannende Geschichten erzählen will, wählt als Erzählgegenstand eher historische Situationen aus, in denen die Demokratie in Gefahr ist oder gar nicht existiert. Die Auswirkungen von Unrecht, Diskriminierung, Entrechtung oder Gewalt lassen sich leichter mit jugendliterarischen Erzählmustern verbinden als die durch demokratische Grundsätze möglichen Handlungsoptionen. Insofern sind historische Romane kaum direkt als *Lehrmittel* für Demokratieerziehung im Sinne der Vermittlung positiver Demokratienarrative einsetzbar.

Dennoch müssen sie in der Demokratieerziehung nicht als Unterrichtsmedien ausgeschlossen werden. Ihre Potenziale lassen sich durchaus nutzen, zumal es ohnehin fragwürdig ist, ob Demokratie einfach über positive Beispiele lehrbar ist. Der Politikdidaktiker Peter Heintel stellte bereits in den 1970er Jahren heraus, dass Demokratie sich nicht lehren lasse, sondern allenfalls lernen lasse.⁴ Dafür sind Umwege oft besser geeignet als direkte Unterweisungen.

Ein solcher Umweg kann über kulturell-ästhetische Zugänge in besonders eindringlicher Weise erfolgen, weil diese innerhalb eines wertorientierend angelegten Rahmens grundsätzlich interpretationsoffen sind und das Eintreten für eine humanistische Werthaltung als persönlich relevant erkennbar machen können. Die Literatur- und

2 Vgl. ebd., S. 31 ff.

3 Zu diesen didaktischen Potenzialen historischer Jugendliteratur vgl. Monika Rox-Helmer: Der historische Jugendroman als geschichtskulturelle Gattung. Fiktionalisierung von Geschichte und ihr didaktisches Potential, Frankfurt 2019, S. 389 ff.

4 Vgl. Peter Heintel: Politische Bildung als Prinzip aller Bildung, Wien 1977, S. 37 f.



Schulbibliothek des Wilhelmsgymnasiums in München, 2019
 Abbildung: Florian Peljak/Süddeutsche Zeitung Photo

Politikdidaktik macht auf diese Möglichkeiten für die gegenwartsorientierte Kinder- und Jugendliteratur bereits aufmerksam.⁵

Im Folgenden wird aus geschichtsdidaktischer Perspektive geprüft, inwieweit historische Jugendliteratur sich als Lernmedium zur Demokratieerziehung auch dann anbietet, wenn sie undemokratische Narrative aufgreifen.

Historische Romane als Lernmedium in der Demokratieerziehung

Historische Jugendliteratur hat als Lernmedium für Demokratieerziehung den großen Vorteil, dass sie ihre Wertorientierung nicht im Text, sondern über den Text transportiert. Der aktuelle Jugendbuchmarkt stellt Sichtweisen, Auffassungen und Werte zur Diskussion, mit subjektiven und komplexen Erzählweisen sind diese Fiktionen ein Experimentierfeld menschlicher Handlungsoptionen, die der Leser beobachten kann, sich seine eigenen Gedanken machen kann, ohne dass – wie in der älteren Jugendliteratur oft noch beobachtbar – eine Korrektur durch den Erzähler erfolgt. Die Texte präsentieren keine fertigen Lösungen und gerade dadurch wirken sie für die Leser, die sich auf sie einlassen, auffordernd. Gerade weil sie keine Handlungsanweisungen vorschreiben, können sie als Erkenntnisinstrumente fungieren.

Dabei greifen die literarische Ästhetik und die historisch-politische Zielsetzung im Sinne eines Demokratie-

lernens durchaus befruchtend ineinander.⁶ Das gilt auch für die Romane, die Diktaturerfahrungen darstellen. Durch ihre identifikations- und imaginationsanregenden Fiktionalisierungen lassen sie nahezu erlebbar werden, was es bedeutet, wenn Grundrechte nicht für alle Menschen gelten, wenn Ausgrenzung erfolgt oder wenn sich ein Staat nicht an Freiheitsrechte hält. Insofern regen diese Romane auch eine Auseinandersetzung mit den Werten der Demokratie an.

Wenn Romane für eine unterrichtliche Bearbeitung ausgewählt werden, sollten deshalb moderne Texte bevorzugt werden, in denen nicht ein allwissender Erzähler moralische Urteile oder ideologische Wertungen vorgibt. Vielmehr kann bei Romanen, die mit subjektiv geprägten, multiperspektivischen Erzählweisen arbeiten oder in Gesprächen vielseitige Perspektiven abbilden, ihre Bedeutungsoffenheit ebenso genutzt werden wie die Möglichkeit, unterschiedliche Bezüge zur Gegenwart zu diskutieren.

Weiterhin kann für das Demokratielernen hilfreich sein, dass die aktuelle geschichtserzählende Jugendliteratur mit dem Adoleszenzmodell ein Erzählmuster für das Vergehen von Zeit verwendet, das letztlich in der Tendenz zumeist eine positive Entwicklung des Protagonisten aufzeigt. Idealtypisch wird es in drei Schritten realisiert: existentielle Erschütterung und Identitätskrise des adoleszenten Individuums durch politisch-gesellschaftliche Gegebenheiten (Schritt 1), allmählicher Selbstfindungs- und Emanzipationsprozess (Schritt 2) sowie letztlich Ausbildung einer spezifisch-eigenen Ich-Identität, die einen Beitrag zur positiven Weiterentwicklung der Gesellschaft leisten kann (Schritt 3).⁷ Diese Entwicklung läuft in den meisten Romanen keineswegs gradlinig und der dritte Erzählschritt wird meist in einem offenen Ende nur angedeutet. Die Figuren sind nicht als Helden angelegt, sondern sie werden als Jugendliche in ihrer alterstypischen Zerrissenheit, mit ihren Fehlern und Irrtümern sowie auf der Suche nach einer eigenen Identität gezeigt. Sie sind damit keine Vorbilder im heldenhaften Sinn, aber gerade das eröffnet besondere Identifikationsangebote, weil die Leserinnen und Leser Ähnlichkeiten zu sich selbst erkennen können. Gleichzeitig verhilft es zu Irritationen, weil die Figuren erkennbar Irrtümern aufsitzen, für den Leser nicht nachvollziehbar oder in seinen Augen einfach widersprüchlich oder falsch handeln. Durch solche Textpassagen tritt der Leser in eine Distanz zur Figur, die er

5 Vgl. Werner Wintersteiner: Wie ein Stück Brot. Kinder- und Jugendliteratur und Politische Bildung. In: *kj|e|m* 19.2 (2019), S. 3-12, hier S. 4 f. Susann Gessner: Kinder- und Jugendliteratur im Kontext politischer Bildung. Online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/kulturelle-bildung/135134/kinder-und-jugendliteratur-im-kontext-politischer-bildung?p=all>. [Stand: 09.09.2019].

6 Vgl. ebd., S. 4 f.

7 Vgl. Gina Weinkauff/Gabriele v. Glasenapp: Kinder- und Jugendliteratur, Paderborn, 2014, S. 130f. In Übertragung auf den historischen Jugendroman: Rox-Helmer (wie Anm. 3), S. 106 ff.

benötigt, um zu durchdenken, wie er in so einer Situation handeln würde. So reflektiert er über Handlungsoptionen und kann dabei möglicherweise die grundsätzliche Mitgestaltbarkeit des gesellschaftlichen Umfeldes erkennen. Da sich viele Figuren allmählich als politische Wesen erkennen und eine politische Teilhabe zunehmend einfordern, können die Leser die Bedeutung dieser Aspekte auch für sich selbst erkennen.

Die Lektüreauswahl sollte deshalb grundsätzlich von den Identifikations- und Irritationsangeboten, die vom Roman für die Lerngruppe ausgehen können, erfolgen. Der Unterricht kann diese Angebote unterstützen, indem die jugendlichen Figuren in ihrer zeitlichen Fremdheit, ihrem Unwissen oder ihren Irrtümern ebenso betrachtet werden wie in ihren alterstypischen Erfahrungen und Problemen. Während die Identifikation über die positive Entwicklung prinzipiell so etwas wie ein ‚Lernen am Modell‘ ermöglichen kann, dienen die Irritationen dazu, nicht auf dieser Ebene stehen zu bleiben, sondern das für demokratische Meinungsbildung zentrale eigenständige und kognitive Lernen zu initiieren.

Durch die irritierenden Elemente kann der Leser die Entwicklung des Protagonisten in Abhängigkeit der gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen sehen, und im unterrichtlichen Anschlussgespräch können am Einzelfall historische Erfahrungen und Änderungen in Werthaltungen mit den jeweiligen Konsequenzen diskutiert werden. Hier ist die Gelegenheit zum Austausch wichtig, damit die Schülerinnen und Schüler ihre Sach- und Werturteile begründet darstellen, in der Auseinandersetzung mit anderen Interpretationen ausdifferenzieren und individuelle Sichtweisen auf die Romanhandlung tolerieren lernen. So ist im günstigsten Fall die demokratische Meinungsbildung Inhalt und Methode zugleich.



Lehrerin und Schüler im Klassenzimmer
Abbildung: Giordano Poloni/ picture alliance / Ikon Images

Damit das gelingt, sollten schon in der Bearbeitungsphase Impulse, Aufgabenformate und Anschlussgespräche nicht auf eindeutige Lösungen abzielen, sondern die Auseinandersetzungen mit und Diskussionen über Werthaltungen der Figuren und ihre Handlungsoptionen in den historischen Strukturen anregen. Besonders ertragreich kann für die Demokratieerziehung sein, ein offenes Ende, das eine positive Entwicklung lediglich andeutet, auszugestalten und dabei verschiedene Handlungsmöglichkeiten und ihre möglichen Auswirkungen in der historischen Entwicklung spekulativ zu durchdenken. So können letztlich doch noch erfahrungsbasierte positive Narrative zur Demokratiegeschichte entstehen.

Der Roman „Kopf runter, durchhalten“ – nicht nur eine Mitläufer-Narration⁸

„Kopf runter, durchhalten“ von Daniel Höra erzählt entsprechend des Reihenkonzepts von Carlsen Clips auf gut 100 Seiten und in sprachlich bewusst einfach gehaltener Weise, aber literarisch ansprechend von der Anfangszeit der nationalsozialistischen Herrschaft. Es ist somit besonders geeignet für leseschwache Jugendliche am Ende der Sek.I, die aber dennoch ein anspruchsvolles Thema bearbeiten wollen und können.

Die Romanhandlung setzt am 30. Januar 1933 ein und veranschaulicht die Zeit der Gleichschaltung anhand des Pfadfinders Hans. Er erlebt zu Beginn mit seinem Freund Heini den Fackelzug der Nationalsozialisten am Abend des 30. Januar mit. Während er verhalten fasziniert gegenüber den Begeisterungstürmen ist, lässt sich sein Freund stärker von der neuen Bewegung beeindruckt. Auch im weiteren Verlauf bleibt Hans seinen Pfadfinder-Idealen treu, Heini ist dagegen schnell bereit, der HJ beizutreten. Beide Jugendliche passen mit ihren Haltungen in ihre jeweiligen Familien. Heinis Vater macht als Polizist Karriere und wird zum Parteianhänger. Die Eltern von Hans stehen als Katholiken zwar den Nationalsozialisten äußerst



Abbildung: Carlsen Verlag

⁸ Daniel Höra: Kopf runter, Durchhalten! Carlsen Clips, Hamburg 2019, 108 Seiten, 4,99 €.

reserviert gegenüber, dennoch opponieren sie nicht, weil sie keine Gefahr für die Demokratie sehen. Sie sitzen dem Irrtum auf, eine Regierung Hitler werde sich ebenso schnell erledigen wie die letzten Präsidialkabinette. Doch schon bald müssen sie erkennen, wie sich das politische Leben verändert und sich Angst breitmacht. Der Vater gibt daraufhin das Motto aus: „Kopf runter, durchhalten“. In Bezug auf Hans selbst lässt der Roman mit seinem Ende wenige Monate nach Hitlers Regierungsübernahme offen, ob er sich dem anschließt oder ob er seine unangepasste Haltung beibehalten wird.

In der Erzählung treffen verschiedene Positionen aufeinander, die in Gesprächen über einzelne Ereignisse verdeutlichen, aus welchen Motiven und mit welchen Grundüberzeugungen Menschen auf das Aushöhlen der Demokratie durch die Nationalsozialisten reagiert haben. In der Kürze der Erzählung wird zwar weder eine Entwicklung des Protagonisten beschrieben noch werden die Veränderungen in Deutschland langfristig und in ihrer Komplexität betrachtet, dennoch kann insbesondere die Figurenkonstellation interessante Impulse für eine Urteilsbildung im Sinne einer Demokratieverziehung geben. Neben den historischen Ereignissen der Gleichschaltung werden eine ganze Reihe Themen des Nationalsozialismus angeschnitten, die im Unterricht in ihrer Beziehung zu demokratischen Grundwerten thematisiert werden können: die Veränderungen, die sich durch die Gleichschaltung in der Schule, auf dem Arbeitsmarkt und im Alltag ergeben; die NS-Volksgemeinschaft in ihrer Ambivalenz zwischen Integrationskraft und Ausgrenzung; die Lebensumstände, die Menschen zu Widerstandshandlungen motivieren; die Probleme, die auf jüdische, behinderte oder homosexuelle Menschen zukommen, weil ihnen Grundrechte verweigert werden.

Ein zusätzliches Potenzial kann daraus erwachsen, dass sich bei den Urteilen der Figuren schnelle Wertungen meist als trügerisch erweisen. Das zeigt, wie politische Situationen sich wandeln können, und dass deshalb eigene Einschätzungen immer wieder neu durchdacht werden müssen. Da der Roman keine Handlungsalternativen darstellt, ist es wichtig, diese im Unterrichtsgespräch zu diskutieren, um der ‚Mitläufer-Erzählung‘, für die Hans‘ Familie steht, als Anpassung an die Veränderungen eine Gegenerzählung gegenüberzustellen, bei der ein aktives Eintreten für die demokratischen Grundrechte nicht von vorneherein ausgeschlossen wird.

Das kann insbesondere durch ein spekulatives Weiterdenken von Hans‘ Entwicklung erfolgen, das durch das offene Ende angeregt wird. Mögliche Füllungen können

in alle Richtungen vorgenommen werden, da sowohl angelegt ist, dass Hans sich anpasst, als auch, dass er für seine Überzeugungen aktiv eintreten könnte. Zum Beispiel zeigt seine erste Liebesbeziehung zu Ursula, die sich mit besonderer Leidenschaft der nationalsozialistischen Bewegung verschreibt, dass es für Hans schon persönlich nicht einfach ist, sich zu verweigern, weil er sich damit selbst in eine Ausgrenzung begibt. Das wird verstärkt durch die Berichte, wie stark die Pfadfindergruppe unter Druck gesetzt wird. Dass eine oppositionelle Haltung gefährlich werden könnte, wird dabei deutlich. Auf der anderen Seite ermöglicht Hans‘ unbeirrbares Festhalten an dieser immer kleiner werdenden Gruppe auch die Denkooption, dass Hans für persönliche Freiheits- und Menschenrechte kämpfen könnte. Unterstützt wird diese Interpretationsrichtung dadurch, dass er mit Irene ein Mädchen kennenlernt, das sich nicht einfach dem Druck der NS-Jugendpolitik beugt. Im Austausch über ein solches Weiterdenken mit anderen Lesern kann jeder für sich selbst klären, unter welchen Bedingungen und für welche Werte er stehen und sich einsetzen will.

„Vaters Befehl oder Ein deutsches Mädel“ – eine Emanzipationserzählung gegen den Führerstaat⁹

„Vaters Befehl oder Ein deutsches Mädchen“ von Elisabeth Zöller erzählt im Adoleszenzmodell die Entwicklung der 1941 fünfzehnjährigen Paula und zeigt ihren Wandel von einem überzeugten BDM-Mädel zu einer sich widersetzenden, humanistische Ideale vertretenden Siebzehnjährigen.

Der Roman, der in den Abschlussklassen der Sek. I einsetzbar ist, beginnt mit einer Szene, in der Paula überglücklich ein Exemplar von „Mein Kampf“ mit einer Widmung Hitlers verliehen bekommt. Anlass ist ihre Ernennung zur Schaffführerin. Diese Aufgabe übernimmt sie stolz und pflichtbewusst, wofür sie viel Lob und Anerkennung erfährt. Besonders ihr Vater, der seit der Regierungsübernahme der Nationalsozialisten eine steile Karriere gemacht hat, lobt, wie sie überzeugt die Volksgemeinschaft über ihre individuellen Wünsche stellt.

Dennoch wird im weiteren Verlauf des Romans deutlich, dass Paula immer wieder Gedanken beschleichen, die das Konzept des Führerstaates und die Ideologie der rassistisch definierten Volksgemeinschaft in Frage stellen. Die Zweifel entzündeten sich an der Situation der Mutter, die

.....
9 Elisabeth Zöller: Vaters Befehl oder Ein deutsches Mädel. Fischer Schatzinsel, Frankfurt 2012, 270 Seiten, 12,99 €.

zwar ihren Dienst in der NS-Frauenschaft leistet, aber nur wenig Anerkennung findet, weil sie nicht mehr als zwei Kinder bekommen hat. Sie setzen sich fort, als die Familie in eine Villa umzieht, die vorher einer jüdischen Familie gehörte, und verstärken sich, als sie beobachtet, wie die Gestapo gegen einen Anhänger der Swing-Jugend vorgeht und ihr Vater offenbar an solchen Aktionen nicht unbe-



Abbildung: S. Fischer Verlag

teiligt ist. Eine große Widersprüchlichkeit ergibt sich für Paula durch ihre Freundschaft zu Mathilda, die als Halbjüdin zunehmend ausgegrenzt wird. Hier beobachtet der Leser, wie Paula ihre Vorurteile, die sie über Juden hat, für Mathilda lange Zeit ausblendet und sich nicht vorstellen kann, dass Mathilda überhaupt in Gefahr sein könnte. Erst als Mathilda untertaucht und sie nur noch über einen geheimen ‚Briefkasten‘ kommunizieren können, wird Paula allmählich bewusst, was es bedeutet, wenn rechtsstaatliche Prinzipien und Menschenrechte nicht für alle Menschen gelten. Mit diesem Bewusstsein lässt sie sich auch unter der massiven Gewaltanwendung ihres Vaters, nachdem er weiß, dass sie ihn bei der Deportation jüdischer Mitbürger beobachtet hat, nicht von ihrer Haltung abbringen. Aufgrund des Einschreitens der Großeltern kann Paula in einem Kloster Zuflucht finden und das offene Ende legt nahe, dass Paula dort ihr Trauma allmählich überwinden wird.

Die Erzählung veranschaulicht im ersten Teil die Funktionsweise der ‚Zustimmungsdiktatur‘ und deckt deren Mechanismen auf. Im zweiten Teil ist sie ein positives Beispiel des aktiven Eintretens für humanistische und demokratische Ideale. Auch wenn sich diese bis zum Ende der Romanhandlung noch nicht durchsetzen, wird die positive Wirkung, die diese Grundhaltung für eine Zeit nach Krieg und Nationalsozialismus haben kann, angedeutet. Der Leser nimmt Paula am Romanende als moralisch überlegene Figur wahr, die sich extremistischen Grundmotiven wie unkritischem Respekt gegenüber Autoritäten oder der Loyalität gegenüber der eigenen Gruppe ebenso widersetzt wie rassistischer Ausgrenzung. Der Leser erlebt mit, wie problematische Sichtweisen entstehen, wenn Ideologien nicht zu Ende gedacht werden, aber auch, wie sich ein neuer Blick auf die Wirklichkeit entwickeln kann,

wenn stereotype Wahrnehmungen als solche erkannt werden. Insofern kann die Entwicklung von Paula auch unterrichtlich zum Anlass genommen werden, eine Sach- und Werturteilsbildung anzustoßen sowie eine positive Demokratienarration anzuschließen. ■

Vertiefende Literatur:

Michele Barricelli: Demokratieggeschichte als Lerngeschichte. Zu einem vernachlässigten Zweig der historisch-politischen Bildung, in: Demokratieggeschichte als Beitrag zur Demokratiestärkung. Eine Publikation von Gegen Vergessen – für Demokratie e.V. und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 2018, S. 29 ff.

Katharina Donat/Bianca Fischer: Kulturelle und politische Bildung für nachhaltige Entwicklung, o.O. 2012. Online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/162706/kulturelle-und-politische-bildung-fuer-nachhaltige-entwicklung?p=all>. [Stand: 14.8.2019].

Susan Gessner: Kinder- und Jugendliteratur im Kontext politischer Bildung. Online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/kulturelle-bildung/135134/kinder-und-jugendliteratur-im-kontext-politischer-bildung?p=all>. [Stand: 09.09.2019].

Peter Heintel: Politische Bildung als Prinzip aller Bildung, Wien 1977.

Monika Rox-Helmer: Der historische Jugendroman als geschichtskulturelle Gattung. Fiktionalisierung von Geschichte und ihr didaktisches Potential, Frankfurt 2019.

Dies.: Jugendbücher im Geschichtsunterricht, Schwalbach im Taunus 2006.

Werner Wintersteiner: Wie ein Stück Brot. Kinder- und Jugendliteratur und Politische Bildung, in: *kj&m* 19.2 (2019), S. 3 ff.

Zwischen Utopie und Kommunismus: Die Münchner Räterepubliken

Teil II: „Es lebe die Weltrevolution!“ – Die Kommunistische Räterepublik

von Michaela Karl



Die Zweite Räterepublik in der Kunst: ein bewaffneter Rotgardist auf dem verlassen wirkenden Münchner Marienplatz; das Gemälde von Berta Kaiser (1875-1962) stammt aus dem Jahr 1919.¹
Foto: Münchner Stadtmuseum, GM-67/518

Mit der Niederschlagung des Palmsonntagsputsches schlug in Bayern die Stunde der Kommunistischen Partei. Zentrale Figur der Zweiten Räterepublik wurde der gebürtige Russe Eugen Leviné, von Sebastian Haffner später als deutscher Lenin oder Trotzki bezeichnet.²

Aus der russischen Oberschicht stammend hatte sich Leviné während seines Jurastudiums in Heidelberg zum glühenden Sozialrevolutionär entwickelt. 1909 war er der SPD beigetreten, seit 1913 war er deutscher Staatsbürger. Die Haltung seiner Partei zum Ersten Weltkrieg hatte ihn der SPD entfremdet und zum Spartakusbund geführt, der für eine sozialistische Revolution kämpfte. Zum Jahreswechsel 1918/19 hatte Leviné die Kommunistische Partei Deutschlands mitbegründet.³



Eugen Leviné war Mitbegründer der KPD und Vorsitzender des Vollzugsrats der zweiten Räterepublik in München. Er wurde am 13. Mai verhaftet und am 5. Juni 1919 wegen Hochverrats hingerichtet. Bei dem Foto handelt es sich um eine Aufnahme des Erkennungsdienstes der Polizeidirektion München vom 16. Mai 1919.

Foto: Sammlung Megele/Süddeutsche Zeitung Photo

Auch in Bayern war im Januar 1919 aus Spartakusbund und diversen linken Gruppierungen eine bayerische KPD entstanden. Sie hatte keine Berührungspunkte mit anderen politischen Gruppierungen und arbeitete sowohl mit der USPD als auch mit Anarchisten zusammen. Für die Bayerische KPD bemaß sich der Revolutionär nicht nach dem Parteibuch. Eugen Leviné schrieb später nach Berlin: „Meine Freunde hier sind die reinsten Kinder. Alle Erfahrungen scheinen an ihnen spurlos vorübergegangen zu sein. Es herrscht eine ungeheure Verwirrung. Die meisten Mitglieder tragen an ihrer Brust die Bilder von Karl Liebknecht und Kurt Eisner friedlich nebeneinander. Wenn man sie darauf aufmerksam macht, erklären sie: ‚Auf unseren Eisner lassen wir nichts kommen. Er war ein aufrechter Revolutionär.‘“⁴

Die wenig linientreue Politik der bayerischen Kommunisten wurde in der Berliner Parteizentrale nicht gern gesehen. Um die Genossen wieder auf Kurs zu bringen und davon abzuhalten, sich der Ersten Räterepublik anzuschließen, wurde Eugen Leviné Anfang März 1919 nach München entsandt, wo er den Vorsitz der Münchner KPD übernahm. Doch je länger er in der bayerischen Hauptstadt war, umso mehr zweifelte er an der Richtigkeit der Direktive aus Berlin, sich der Mitarbeit an einer Räterepublik zu verweigern. Zwei Tage vor dem sog. Palmsonntagsputsch erklärte Leviné auf einer Versammlung der Betriebsräte, dass sich die KPD dem revolutionären Willen der Menschen nicht länger verschließen könne.⁵ Noch während die Partei beriet, ob sie der bestehenden Räteregierung ihre Unterstützung anbieten oder selbst die Regierung übernehmen sollte, überstürzten sich mit dem Palmsonntagsputsch die Ereignisse und zwangen die KPD zum Handeln.

Am 14. April 1919 begann der erste Versuch, auf deutschem Boden eine Diktatur des Proletariats zu errichten. Die Betriebs- und Kasernenräte, wie die Arbeiter- und Soldatenräte nun hießen, gründeten einen Aktionsaus-

1 Nähere Informationen zum Gemälde gibt Dr. Matthias Bader unter <https://www.bavarikon.de/object/bav:MSM-OBJ-0000000000000004?view=meta&lang=de> [Stand: 23.09.2019].

2 Sebastian Haffner: Die deutsche Revolution 1918/19, München 1991, S. 178.

3 Rosa Meyer-Leviné: Eugen Leviné. Leben und Tod eines Revolutionärs. Erinnerungen, München 1972.

4 Dies.: Aus der Münchner Rätezeit, Berlin 1925, S. 8.

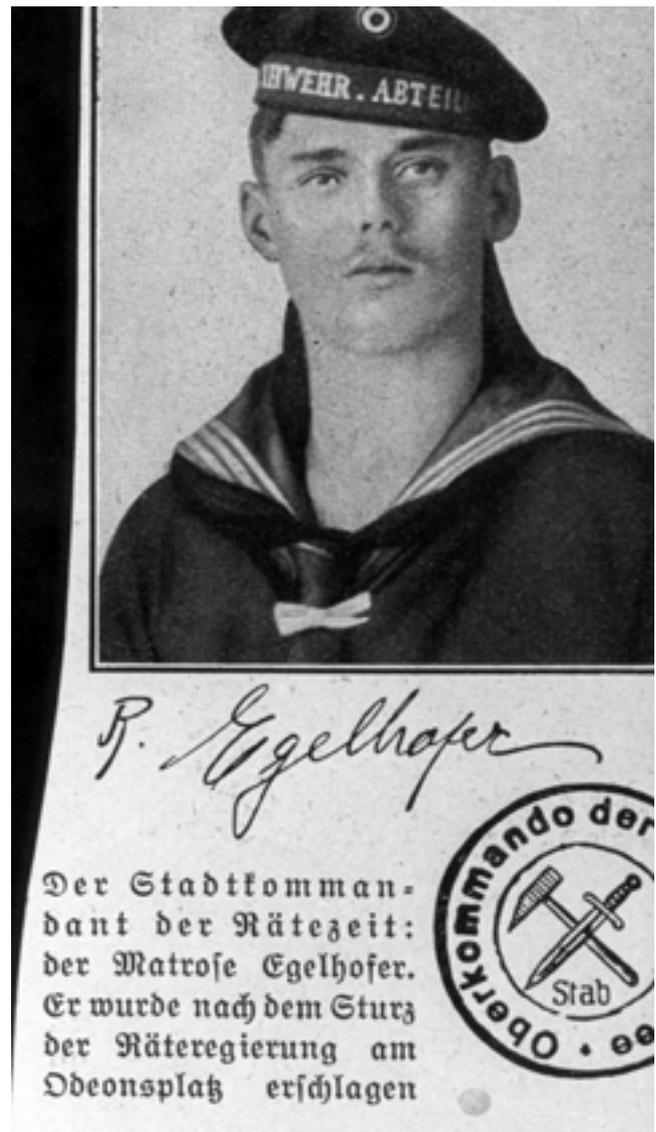
5 Michaela Karl: Die Münchner Räterepublik. Porträts einer Revolution, Düsseldorf 2008, S. 222.

schuss, der die gesetzgebende und vollziehende Gewalt übernahm. Neben Kommunisten waren in diesem Ausschuss auch Mitglieder von USPD und SPD vertreten. An der Spitze der neuen Regierung stand der Vollzugsrat, der die Regierung nach außen vertrat. Eugen Leviné wurde dessen Vorsitzender.

In der Parteizentrale in Berlin war man entsetzt über diese Entwicklung. Die Übernahme der Macht wurde hier als taktischer Fehler angesehen. Nichts an der Situation habe sich geändert. Südbayern sei als eigenständige Räterepublik nicht überlebensfähig. Im Norden sammelte sich zudem bereits die Gegenrevolution, die auf Unterstützung der Reichsregierung zählen konnte. Wie wenig hoffnungsvoll die Lage war, dessen war sich auch Leviné bewusst. Dennoch ließ er sich darauf ein. Die Abwehrschlacht am Palmsonntag hatte ihm gezeigt, dass die Arbeiter bereit waren, mit ganzem Einsatz die Räterepublik zu verteidigen. In dieser Situation hielt Leviné es für die revolutionäre Pflicht der Partei, die Massen nicht im Stich zu lassen. Vielleicht würde das einsame Beispiel Bayerns ja zum Fanal für die ins Stocken geratene Revolution in Deutschland werden.⁶

Die ersten Amtshandlungen der neuen Räterepublik waren die Ausrufung eines zehntägigen Generalstreiks sowie die Bildung einer Roten Armee. Die vordringlichste Aufgabe der kommunistischen Räterepublik bestand in ihrer Verteidigung. Nachdem eine Wirtschaftsblockade der Regierung Hoffmann nicht das gewünschte Ergebnis gebracht hatte, setzte man auf die militärische Lösung. Ende April wurde die bayerische Landeshauptstadt von 35.000 Regierungssoldaten und Freikorps umstellt. Ihnen gegenüber stand als Armee der Revolution die Bayerische Rote Armee. An ihrer Spitze befand sich der 23-jährige Schwabinger Matrose Rudolf Egelhofer, der auch zum „Stadtkommandanten“ von München ernannt wurde. Er verhängte den Ausnahmezustand über die Stadt.

Zum ersten Mal seit der Novemberrevolution wurden die alten Polizeitruppen entwaffnet. Mehr als 20.000 Gewehre wurden eingesammelt und an Arbeiter verteilt. Genaue Angaben über die Größe der Roten Armee gibt es keine. Realistische Schätzungen sprechen von 10.000 bis 12.000 Mann. Da die Rote Armee von hoher Fluktuation geprägt war, schwankte die Zahl der Aktiven jedoch ständig. Niemals standen alle Rotarmisten zeitgleich im Feld. Die Rote Armee in Bayern war zu keiner Zeit mit



Die Aufnahme zeigt den Rudolf Egelhofer, den Oberkommandierenden der Roten Armee und Stadtkommandanten von München, in der Uniform der kaiserlichen Marine im Ersten Weltkrieg.

Foto: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

einer regulären Armee zu vergleichen. Aus dem bunt zusammengewürfelten Haufen revolutionärer Idealisten eine schlagkräftige Truppe zu formen, die sich den hochgerüsteten Reichstruppen entgegenzustellen vermochte, stellte Egelhofer vor eine kaum lösbare Aufgabe. Bei den späteren Kämpfen zeigte sich, wie sehr die Rote Armee unter dem Mangel an einheitlicher militärischer Führung und der Unmöglichkeit einer Koordination der einzelnen militärischen Operationen litt. Die Rote Armee war den Regierungstruppen hoffnungslos unterlegen.⁷

6 Gerhard Schmolze (Hg.): Revolution und Räterepublik in München 1918/19 in Augenzeugenberichten, München 1978, S. 302.

7 Erich Wollenberg: Als Rotarmist vor München, Hamburg 1972.

Um die Ernährung der Bevölkerung trotz der Hoffmann'schen Blockade aufrechtzuerhalten, wurden Lebensmittel beschlagnahmt. Milch wurde nur mehr an Kinder und Kranke verteilt. Die Verarbeitung zu Butter und Käse wurde bei Androhung von Strafe verboten. Kohle gab es nur mehr für Arbeiterfamilien und Betriebe, die vom Streik ausgeschlossen waren. Die Banken wurden nationalisiert, Bankkonten gesperrt, das Bankgeheimnis wurde aufgehoben. Abhebungen waren nur mehr bis zu einer Höhe von 100 Mark täglich möglich. Alle Schließfächer wurden geöffnet, die Gelder beschlagnahmt und gutgeschrieben.⁸ Die Sozialisierung der Betriebe war eines der Hauptanliegen der kommunistischen Räterepublik. Von nun an übten Betriebsräte die Kontrolle über die Betriebe aus. In Zukunft sollte die Arbeiterschaft als handelnde Einheit auftreten und das Wirtschaftsleben bestimmen. Die Sozialisierung der Presse, wie sie in der anarchistischen Räterepublik durchgeführt worden war, wurde zurückgenommen. Für die Kommunisten war die Presse ein Machtmittel, das sie nicht aus der Hand geben wollten. Zunächst wurden alle Zeitungen verboten. Die Regierung gab stattdessen kostenlos die „Mitteilungen des Vollzugsrats der Betriebs- und Soldatenräte“ heraus. Sozialistische Zeitungen wie die „Münchener Post“ wurden nach und nach wieder zugelassen, die bürgerliche Presse blieb verboten. Telefon und Telegraphenverkehr wurden zur Verhinderung von Gegenspionage unter Überwachung gestellt.

Der 23-jährige Karl Retzlaw wurde zum Polizeikommissar und zum Polizeipräsidenten von München ernannt. Es erging ein Befehl zur Entlassung aller politischen Gefangenen. Als Retzlaw bei einem Besuch im Polizeigefängnis mit den kleinen Vergehen der „Unpolitischen“ konfrontiert wurde, schickte er auch sie nach Hause. Um die entlassenen Strafgefangenen vor weiterer Verfolgung zu schützen, wurden alle Akten des Polizeipräsidiats vernichtet.⁹

Als die Bedrohung von außen zunahm, rückte die militärische Verteidigung der Revolution in den Vordergrund. Dabei zeigte sich einmal mehr die Uneinigkeit der Revolutionäre: Kommunistische Kaderdisziplin stand anarchistischer Freiwilligkeit diametral entgegen. Die Zusammenarbeit mit Freigeistern und Pazifisten wie Ernst Toller war schwierig, doch die KPD war bei der Verteidigung der Räterepublik auf diese Zusammenarbeit angewiesen, da aufgrund des geringen Organisationsgrads der Partei für

Führungsaufgaben innerhalb der Roten Armee nur vereinzelt kommunistische Vertrauensleute oder Parteimitglieder zur Verfügung standen.

Am Abend des 15. April sickerte die Nachricht durch, dass von Dachau her eine 800 Mann starke Truppe auf München zumarschierte. Rudolf Egelhofer ließ den Hauptbahnhof räumen. Der Zugverkehr wurde unterbrochen. Lastwagen brachten Soldaten an den nordwestlichen Stadtrand von München bei Allach. Zu Befehlshabern wurden ehemalige Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg ernannt, die zumindest als Unteroffiziere Befehlserfahrung hatten. Nach kurzer Zeit trafen die Truppen auf den Feind. Mit vereinten Kräften gelang es, den Gegner bis Karlsfeld zurückzuschlagen. Die Regierungstruppen, von der heftigen Gegenwehr der Revolutionäre überrascht, zogen sich zurück. Die Rote Armee hatte ihren ersten Sieg errungen. Die sich zurückziehenden Truppen der Regierung verschanzten sich in Dachau. Von den Revolutionären wurden sie als „Weiße Truppen“ bezeichnet, in Anlehnung an die bewaffneten Weißen Truppen, die im russischen Bürgerkrieg gegen Oktoberrevolution und Bolschewismus kämpften.

Rudolf Egelhofer befahl Ernst Toller, der zwischenzeitlich zum Kommandanten der Dachauer Truppen ernannt worden war, die Stadt mit Artillerie zu beschießen. Toller weigerte sich, setzte stattdessen auf Verhandlungen. Erst als diese scheiterten, zog er militärische Konsequenzen. Der vorrückenden Roten Armee gelang es, nach kurzem Feuergefecht am 16. April den Gegner erneut zu bezwingen. In den nächsten Tagen besetzte die Rote Armee Freising, Rosenheim, Kochel, Schongau und Kaufbeuren sowie den Flugplatz Schleißheim.

Rudolf Egelhofer schickte Toller einen Kurier mit dem Befehl, die gefangenen Offiziere standrechtlich zu erschießen, was Toller erneut verweigerte. Er setzte auch in diesem Zusammenhang auf Verhandlungen, hoffte auf die Vernunft beider Seiten. So gelang es ihm, einen Waffenstillstand auszuhandeln und das Gebiet zwischen Ingolstadt und Dachau zur neutralen Zone erklären zu lassen.¹⁰ Dies gab den Regierungstruppen die dringend benötigte Atempause, um sich zu sammeln und zum Gegenschlag auszuholen. Sie ersuchten die Reichsregierung in Berlin um Hilfe. Am 17. April beschloss Reichswehrminister Gustav Noske den Einsatz von Reichswehrverbänden gegen München. Zuvor hatten die Entente-Mächte Reichspräsident Ebert die Entsendung

8 Mitteilungen des Vollzugsrats vom 16. April 1919, in: Hans Beyer: Die Revolution in Bayern 1918/19, Berlin 1982, S. 106.

9 Karl Retzlaw: Spartacus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Frankfurt am Main 1985, S. 145.

10 Ernst Toller: Eine Jugend in Deutschland, Leipzig 1990, S. 126.



Am 22. April 1919 stellte die Rote Armee wegen der für die Räterepublik bedrohlichen Entwicklungen ihre Entschlossenheit mit einem großen Truppenaufmarsch zur Schau. Der Oberbefehlshaber Rudolf Egelhofer fährt in seinem Mercedes, von seiner Leibgarde begleitet, durch das Siegestor auf der Ludwigstraße.

Foto: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

von Truppen angeboten, falls er sich außerstande sehe, die soziale Ordnung aufrechtzuerhalten. Davon waren nicht zuletzt die Lebensmittellieferungen nach Deutschland abhängig. Man betrachtete die Rote Armee als Feindesarmee und war entschlossen einzuschreiten.¹¹

Bei ihrem nächsten Angriff waren Regierungstruppen und Freikorps besser vorbereitet und zahlenmäßig enorm angestiegen. Am 20. August kapitulierte Augsburg, nachdem sich die Arbeiter der Vororte zunächst drei Tage lang erbittert gewehrt hatten. Die Eroberung des Eisenbahnkontenpunkts Augsburg war für die Eroberung Münchens von entscheidender strategischer Bedeutung.

Am letzten Tag des Generalstreiks kam es zu einer Masendemonstration für die Räterepublik. Es war die letzte große Kundgebung der Revolution. Am 26. April entstand auf einer Betriebsräteversammlung ein heftiger Streit zwischen Kommunisten und Unabhängigen. Der russische Revolutionär Towje Axelrod hatte als politischer Kommissar verfügt, Schmuck und andere Wertgegenstände aus

.....
¹¹ Schmolze (wie Anm. 5), S. 327.

Bankschließfächern zu entnehmen. Die USPD-Genossen im Aktionsausschuss hielten dies für Diebstahl und traten von ihren Ämtern zurück. Die Mehrheit der Betriebsräte stand hinter ihnen. Weitere Spannungen bezüglich der Verteidigungsstrategie der Räterepublik sprengten den Aktionsausschuss schließlich. Eugen Leviné trat von seinem Posten als Leiter des Vollzugsrates zurück.

Ein neu zusammengesetzter Aktionsausschuss beteiligte die Kommunisten nicht mehr an der Regierung. Daraufhin wurde das Hofbräuhaus von einer Roten Garde umstellt, sodass de facto die Rote Armee die Macht übernahm, womit die letzte Phase der Revolution in Bayern begonnen hatte.

Leviné erhielt von der Zentrale in Berlin den Befehl, sich in Sicherheit zu bringen. Doch er weigerte sich, versuchte stattdessen nach Ungarn zu fliegen und Bela Kun, den Anführer der ungarischen Räterepublik, um Unterstützung zu bitten. Doch das Flugzeug, das ihn nach Budapest bringen sollte, landete aufgrund eines vorgetäuschten Defekts in der Nähe von Wasserburg auf einem Acker. Hilfe von außen gab es für die bedrängte Räterepublik nicht. Die Revolution würde untergehen, doch sie sollte,

wie Leviné sagte, mit erhobenem Haupt untergehen: „Es ist ein Irrtum zu glauben, dass kleinmütige Unterwerfung ein besserer Weg sei, um Blutvergießen zu vermeiden oder zu verhindern. Im Gegenteil: Nur, wenn die Weißen Garden eine kühn entschlossene Armee vor sich haben und merken, dass der Kampf auch in ihren Reihen Opfer fordern wird, werden sie bereits sein, Konzessionen zu machen. [...] Die Weiße Armee wird auf jeden Fall einen Vorwand für ein Blutbad finden. [...] Ist Arbeiterblut so billig, dass man es zur Genugtuung von neugebackenen Pazifisten wehrlos vergießen darf?“¹²

Die Regierung Hoffmann aber forderte die bedingungslose Kapitulation. Aufgabe der Regierungstruppen war die Niederschlagung der Räterepublik und die Auflösung jeglicher Rätebildung in Bayern. Es ging um nichts weniger als um das Ende der Revolution.

Da die Unabhängigen aller Verlautbarungen der Bamberger Regierung zum Trotz noch immer auf Verhandlungen setzten, beschloss das Oberkommando um Tollers Stellvertreter Gustav Klingelhöfer bei Dachau den Rückzug der Truppen. Am 30. April wurde Dachau aufgegeben.

Der Belagerungsring um München schloss sich. Bei ihrem Vormarsch auf München gingen die Regierungstruppen mit gnadenloser Härte vor. Wer mit dem Gewehr in der Hand angetroffen wurde, mit dem wurde kurzer Prozess gemacht. Als die Nachrichten von den Gräueltaten der Weißen Garden in München bekannt wurden, kam es zu einer fatalen Racheaktion von Seiten der Roten Armee. Im Luitpoldgymnasium wurden zehn Gefangene erschossen, sieben davon Mitglieder der rechtsextremistischen Thule-Gesellschaft. Die Thule-Gesellschaft war im August 1918 aus dem „Germanenorden“, einem antisemitischen Geheimbund, hervorgegangen. Ihr Gründer Rudolf von Sebottendorf war Anführer eines der nun einrückenden Freikorps. Über Monate hinweg war sie zur tragenden Säule der Gegenrevolution geworden. Zu ihren Mitgliedern zählten neben dem späteren NS-Ideologen Alfred Rosenberg der Herausgeber des „Stürmers“, Julius Streicher, der spätere Generalgouverneur in Polen Hans Frank und Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess. Teile der Thule-Ideologie flossen später in die Ideologie der NSDAP mit ein, so dass die Thule-Gesellschaft ideologisch als Keimzelle des „Dritten Reiches“ galt. Emblem der Thule-Gesellschaft war das Hakenkreuz, welches später zum Zeichen der NSDAP wurde. Ihr Gruß waren die Worte „Sieg und Heil“, ihr Organ hieß „Münchner Beob-

achter“ und wurde 1920 unter dem Namen „Völkischer Beobachter“ von der NSDAP übernommen.¹³

Am 1. Mai war es so weit. Die Weißen, bestehend aus Reichswehr, einem württembergischen Gruppenkommando und zahlreichen Freikorps, waren da. Leiter der Operation in Bayern war der preußische Generalleutnant Ernst von Oven. Die Namen derer, die sich an der Niederschlagung der Bayerischen Räterepublik beteiligten, lesen sich wie das „Who is who“ der späteren Nazi-Prominenz: Heinrich Himmler, Karl Wolff, Adolf Hühnlein, Ernst Röhm, Hans Frank, Rudolf Heß sowie die Gebrüder Gregor und Otto Strasser. Besondere Beachtung verdient die Marinebrigade Ehrhardt, die am Stahlhelm das Hakenkreuz trug, und deren Nachfolgeorganisation, die nationalsozialistische Terrororganisation Consul, die für zahlreiche Fememorde verantwortlich zeichnete, unter anderem an den Politikern Matthias Erzberger und Karl Gareis sowie an Außenminister Walther Rathenau. Dies waren die Truppen, mit denen die Demokratie in Bayern verteidigt werden sollte. Während Lenin auf dem Roten Platz in Moskau noch feierlich von der Bruderrepublik „Sowjetbayern“¹⁴ sprach, begann in München der Häuserkampf. Die Revolutionäre wehrten sich verzweifelt, aber letztlich ohne Erfolg. Am Nachmittag des 2. Mai war die Räterepublik besiegt, die Revolution in Bayern endgültig vorbei. Was nun einsetzte, schildert der Schriftsteller Gustav Regler: „Am nächsten Tag begann die Hysterie einer Stadt, die ‚befreit‘ wurde [...]. Die Zeitungen nannten es ‚die Reinigung von dem roten Gesindel‘. Die württembergischen Soldaten, die die Reinigung vollzogen, brüsteten sich damit, dass es eine biblische Rache war. ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn‘, sagte ihr Plakat.“¹⁵

Die meisten Toten der Maitage waren Zivilisten. Willkürlich ermordet – aufgrund übler Verleumdung oder eines vagen Verdachtes. Viele stammten aus den Arbeitervierteln Münchens. Ihre Leichen wurden auf den Ostfriedhof geschafft, wo verzweifelte Angehörige nach ihnen suchten. Manche waren derart verstümmelt, dass eine Identifizierung nicht mehr möglich war. Die Strafverfolgung der Rotarmisten wurde von den Standgerichten übernommen, wobei man mit den meisten kurzen Prozess machte. Rudolf Egelhofer wurde in der Wohnung der kommunistischen Ärztin Dr. Hildegard Menzi unter

.....
12 Meyer-Leviné (wie Anm. 2), S. 182 f.

.....
13 Jan Philipp Pomplun: Thule-Gesellschaft, in: Wolfgang Benz (Hg.): Handbuch des Antisemitismus, Bd. 5: Organisationen, Berlin 2012, S. 597.

14 Kees van der Pijl: Vordenker der Weltpolitik (Grundwissen der Politik, Bd. 13), Opladen 1996, S. 145.

15 Gustav Regler: Das Ohr des Malchus. Eine Lebensgeschichte, Frankfurt am Main 1975, S. 107.



Heinrich Ehmsen stellt im Hauptbild seines Tryptichons (ca. 1930–1933) die Erschießung Rudolf Egelhofers am Münchner Odeonsplatz dar. Das linke Bild zeigt unter anderem die an ihrem weißen Helmband erkennbaren Weißgardisten, das rechte Bild präsentiert im Vordergrund Mitglieder der Roten Armee.¹⁶
Foto: The State Hermitage Museum, St. Petersburg; Photograph © The State Hermitage Museum/photo by Vladimir Terebin

einem Berg schmutziger Wäsche gefunden und verhaftet. Nach schweren Misshandlungen wurde er am 3. Mai in aller Frühe zum Verhör abgeholt. Minuten später war er tot, erschossen. In der Eremitage von St. Petersburg hängt zur Erinnerung an die Geschehnisse des 3. Mai 1919 ein Tryptichon des Malers Heinrich Ehmsen mit dem Titel „Die Erschießung des Matrosen Egelhofer“. Der Humanist und Pazifist Gustav Landauer war einen Tag zuvor im Gefängnishof von Stadelheim grausam ermordet worden.

Eugen Leviné selbst wurde am 13. Mai 1919 verhaftet und des Hochverrats angeklagt. Am 2. Juni begann der Prozess. Levinés Verteidigungsrede vor Gericht ging in die Geschichte ein: „Wir Kommunisten sind alle Tote auf Urlaub, dessen bin ich mir bewusst. Ich weiß nicht, ob Sie mir meinen Urlaubsschein noch verlängern werden, oder ob ich einrücken muss zu Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Ich sehe auf jeden Fall Ihrem Spruch mit Gefasstheit und mit einer inneren Heiterkeit entgegen. Die Ereignisse sind nicht aufzuhalten. Die Staatsanwaltschaft glaubt, die Führer hätten die Massen aufgepeitscht. Wie die Führer die Fehler der Massen nicht hintertreiben konnten unter der Scheinräterepublik, so wird auch das Verschwinden des einen oder des anderen Führers unter keinen Umständen die Bewegung hindern. Und über kurz

oder lang werden in diesem Raume andere Richter tagen, und dann wird der wegen Hochverrats bestraft werden, der sich gegen die Diktatur des Proletariats vergangen hat. Füllen Sie das Urteil, wenn Sie es für richtig halten. Ich habe mich nur dagegen gewehrt, dass meine politische Agitation, der Name der Räterepublik, mit der ich mich verknüpft fühle, dass der gute Name der Münchener Arbeiter beschmutzt wird. Diese und ich mit ihnen zusammen, wir haben alles versucht, nach bestem Wissen und Gewissen unsere Pflicht zu tun gegen die Internationale, gegen die Kommunistische Weltrevolution.“¹⁷

Nach nur einem Tag Verhandlung fällt das Urteil: Tod durch Erschießen. Obwohl Leviné Fürsprecher in der ganzen Republik fand, darunter Berühmtheiten wie den späteren Reichsjustizminister Gustav Radbruch, wurde das Urteil am 5. Juni 1919 vollstreckt. Bevor ihn die Schüsse an der Gefängnismauer in Stadelheim trafen, erhob er die Faust und rief: „Es lebe die Weltrevolution“. Nur einen Tag, nachdem das Todesurteil gegen Eugen Leviné gesprochen war, wurde Ernst Toller am 4. Juni 1919 hinter einer Tapetentür in der Wohnung des Kunstmalers Johannes Reichel in München Schwabing verhaftet. Er wurde ebenso wie Erich Mühsam und viele seiner Mitstreiter zu langer Festungshaft verurteilt.¹⁸

16 Vgl. hierzu Bruno Thoß: Weißer Terror, 1919, https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Wei%C3%9Fer_Terror,_1919 [Stand: 18.09.2019].

17 Tankred Dorst/Helmut Neubauer: Die Münchner Räterepublik. Zeugnisse und Kommentar, Frankfurt am Main 1966, S.157–167.

18 Toller (wie Anm.9), S. 151.



Das Bild zeigt das Versteck Ernst Tollers im Schwabinger Maleratelier von Johannes Reichel. Die hier geöffnete Tapetentür war mit darüber gehängten Bildern verdeckt worden, um nicht auf den Raum dahinter schließen zu können.

Foto: SZ Photo/Süddeutsche Zeitung Photo

Mit der Niederschlagung der Räterepublik setzte in Bayern die ideologische Wende ein. Aus dem freigeistigen liberalen München wurde die „Hauptstadt der Bewegung“: „Bayern wurde zum Ordnungsstaat, auf den die ganze deutsche Reaktion mit Neid blickte, die „Ordnungszelle“, in der jede Verunglimpfung des Weimarer Systems gestattet war, das gelobte Land der Deutschnationalen und der Vorhimmel des Dritten Reiches“, schrieb der spätere bayerische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner 1966.¹⁹ Mit dem Ende der Revolution wurde Bayern vom Experimentierfeld sozialistischer Utopien zum Aufmarschgebiet des Nationalsozialismus, während die Einheit der Arbeiterbewegung unwiederbringlich zerstört war.

Die Revolutionäre von 1918/19 aber wurden bis weit nach dem Zweiten Weltkrieg als Umstürzler, Hasardeure, Träumer und Radikale gebrandmarkt. Dabei war die Revolution in Bayern eines der letzten Beispiele des 20. Jahrhunderts dafür, dass politisch Verantwortliche eigenmächtig Entscheidungen auch gegen die offizielle Linie ihrer Partei trafen. Damit wurden sie zum Alptraum jeder zentralistischen Parteiführung und zum Beispiel für den persönlichen Mut von Personen, die im entscheidenden Moment ihre Chance, ihre Ideale zu verwirklichen, ergriffen. Die bayerische Revolution ist ein Beispiel dafür, wie Menschen Geschichte machen, wie der freie Wille sich über objektive Gegebenheiten hinwegsetzt und Menschen auch in einer hoffnungslosen Situation zu Handelnden werden können. Der Mensch, das revolutionäre Subjekt, war in jenen Monaten, ganz unabhängig vom Ergebnis, der entscheidende Faktor. Denn ganz im Sinne Rosa Luxemburgs machen Menschen ihre Geschichte zwar nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst. ■

.....
 19 Wilhelm Hoegner: Der politische Radikalismus in Deutschland 1919-1933, München 1966, S. 53.

Frauen in Bewegung

100 Jahre Frauenwahlrecht – 120 Jahre Erster Bayerischer Frauentag:
Vom 16. bis 21. Oktober 2019 findet die Themenwoche „Frauen in Bewegung“
in München statt. Es geht um das Engagement bayerischer Frauen
für Gleichberechtigung damals und heute.



16.10. Altes Rathaus München, 18 Uhr

„Bavarias Töchter“: *Wie ist die Frauenbewegung entstanden und wie steht es heute um sie?*

18:00 Begrüßungen

18:15 Lesung von historischen Texten
(Katja Schild) und Kommentierung
(Dr. Ingvild Richardsen)

18:45 Impulsvortrag:
Der lange Weg zur Gleichstellung –
Ergebnisse aus dem ersten und zweiten
Gleichstellungsbericht für Deutschland
(Prof. Dr. Ute Klammer)

19:20 Podiumsdiskussion: Gleichstellung von
Frauen und Männern – was haben wir
erreicht, was bleibt zu tun?

20:00 Empfang

Musik: Michaela Dietl und die Quetschenweiber



17.10. Verein für Fraueninteressen, 19 Uhr

Vortrag von Frau Prof. Dr. Daniela Neri-Ultsch
zum Thema „Frauenwahlrecht“



18.10. Künstlerhaus am Lenbachplatz, 9 Uhr

*Kreative Workshops für Schülerinnen und Schülerinnen
und Schüler rund um das Thema „Empowerment“*

Melden Sie Ihre Schüler für einen halben Tag an:
Teilnahme entweder von 9-12 Uhr oder von 13-16 Uhr
Jede/r Schüler/in kann an drei der unten genannten
Workshops teilnehmen.

Selbstwert stärken und selbstbewusster werden

Tools zur Stärkung des Selbstwerts und -bewusstseins

Sagen, was einem wichtig ist

Mut und Stärke, Freundschaft, Solidarität ...

Schülerinnen und Schüler entwickeln gemeinsam
ihre Botschaften und setzen sie kreativ um. Eine
Fotografin hält die Ergebnisse fest.

Think out of the box – Lerne, deine (Vor-)urteile zu überprüfen

Ein Spiel mit Rollenbildern und Werten: Wie beein-
flusst das Gespräch die Art und Weise, in der wir
miteinander umgehen?

Wie wollen wir zusammenleben?

Mit dieser und anderen Fragen beschäftigen sich die
Teilnehmerinnen und Teilnehmer und verarbeiten
ihre Ideen lyrisch. Unterstützt werden sie dabei vom
Münchner Rapper Boshi San und dem Musikprodu-
zenten Provo Beatz. Aus den Ideen und Vorschlägen,
aus den Workshops, entsteht am Ende mit Hilfe von
Boshi San ein Song.



21.10. Café Luitpold, 20 Uhr

„Frauenleben heute“: Salongespräche zu Themen, die Frauen heute bewegen – mit Frauen, die etwas bewegen
Armutsrisko? Chancengleichheit? Empowerment? Bereits seit dem 18. Jahrhundert galt der Salon als ein im Privaten versteckter öffentlicher Raum, um gegen die Entrechtung der Frau anzukämpfen. Nutzen Sie unser Salongespräch, um mit Expertinnen über das Thema „Frauen in der Arbeitswelt und Gesellschaft“ zu diskutieren und gemeinsam Visionen für die Zukunft der Frauen im 21. Jahrhundert zu entwickeln. Das Café Luitpold ist spätestens seit 1899 auch ein Ort der Frauenbewegung.

Vom 18. bis 21. Oktober 1899 fanden Veranstaltungen des Ersten Bayerischen Frauentages u.a. im Café Luitpold statt. Eingeladen hatte der Münchner Verein für Fraueninteressen. Die Teilnehmerinnen diskutierten über den Sinn von Mädchengymnasien und forderten in einer Resolution eine Verordnung zum Schutz der Kellnerinnen. Die Veranstaltung gilt als Initialzündung für die Emanzipationsbewegung in Bayern.



Am 21.10. finden drei Salongespräche zu den Themen „Frauen in der Arbeitswelt“, „Integration und Inklusion“ und „Sport und Bildung“ statt.

Musik: Natalie Elwood

Literaturportal Bayern: Frauenporträts und Stadtspaziergänge

Auf dem Literaturportal ist eine Vielzahl von Porträts von schreibenden Frauen und Frauenrechtlerinnen um 1900 sowie zu weiteren Themen zu finden:

- Bayerische Amazonen
- Die bürgerliche Frauenbewegung in München und Bayern und ihre Schriftstellerinnen
- Münchner Schriftstellerinnen. Stadtspaziergang durch die Maxvorstadt
- Frauenporträts
 - Eva von Baudissin
 - Max Haushofer
 - Elsa Bernstein
 - Emma Haushofer-Merk
 - Helene Böhlau
 - Ricarda Huch
 - Carry Brachvogel
 - Maria Janitschek
 - Anna Croissant-Rust
 - Emma Klingensfeld
 - Lydia Danöfen
 - Annette Kolb
 - Emmy von Egidy
 - Frieda Port
 - Ika Freudenberg
 - Helene Raff
 - Marie Haushofer
 - Gabriele Reuter
 - Martha Haushofer

„Frauen in Bewegung“ wird von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit mit folgenden Partnerinnen und Partnern veranstaltet: Gleichstellungsstelle für Frauen der Landeshauptstadt München/Verein für Fraueninteressen e.V./Literaturportal Bayern/Bayerische Staatsbibliothek/Café Luitpold/Richard Stury Stiftung/ Der Lila Podcast/Frauenstudien München. 📌



Schleife und Kokarde zum Ersten Bayerischen Frauentag
Foto: Bayerische Staatsbibliothek (Bavar. 848 i-3, zwei Textilobjekte)

Anmeldungen für den 16. und den 21.10. bitte an veranstaltung@blz.bayern.de.

Lesetipp: Einen historischen Einblick in den Ersten Allgemeinen Bayerischen Frauentag 1899 gibt die Publikation „Frei und gleich und würdig“ – Die Frauenbewegung und der Erste Bayerische Frauentag von Ingvild Richardsen, die Mitte Oktober erscheint.

Impressum

Einsichten und Perspektiven
hg. von der Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Monika Franz

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Christina Gibbs, Markus Baar, Karla Frank
Redaktionsassistentz: Christelle Nyamekye

Titelbild: Aufnahme der Glienicker Brücke am 11. November 1989
Foto: Paul Glaser/Süddeutsche Zeitung Photo

Gestaltung: MUMBECK – Agentur für Werbung GmbH, Schlieffenstraße 60, Wuppertal

Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, München/Regensburg

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.
Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln.
Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Engschalkinger Str. 12, 81925 München, Fax: 089 2186-21 80, landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de



@lz_bayern